

ENTWICKLUNG UND RÜCKWIRKUNGEN
DER TERMS OF TRADE
IM WESTDEUTSCHEN AUSSENHANDEL
NACH DEM ZWEITEN WELTKRIEG

DISSERTATION

vorgelegt der
Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät

der

Johannes Gutenberg-Universität
in Mainz

zur Erlangung des Grades eines
Doktors der Staatswissenschaften
(Dr. rer. pol.)

von

Dipl.-Volkswirt Kurt Kleinhanß aus Mainz

Mainz ~~1959~~

29/60

ENTWICKLUNG UND RÜCKWIRKUNGEN
DER TERMS OF TRADE
IM WESTDEUTSCHEN AUSSENHANDEL
NACH DEM ZWEITEN WELTKRIEG

DISSERTATION

vorgelegt der
Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät
der
Johannes Gutenberg-Universität
in Mainz
zur Erlangung des Grades eines
Doktors der Staatswissenschaften
(Dr. rer. pol.)
von
Dipl.-Volkswirt Kurt Kleinhanß aus Mainz

Mainz 1959



Referent: Professor Dr. Antonio *Montaner*

Korreferent: Professor Dr. Werner *Bosch*

Tag der mündlichen Prüfung: 28. Juli 1959

Datum des Diploms 25. JAN. 1960

INHALTSÜBERSICHT

	Seite
Einleitung	5
Erster Hauptabschnitt	3
Die Bedeutung der terms of trade in der Theorie	
I. Kapitel	5
Die Frage des Austauschverhältnisses in den Untersuchungen der Vorklassiker, der Klassiker und der Neo-Klassiker	
1. Merkantilisten und Physiokraten	5
2. David <i>Hume</i> und die Lehre vom Preismechanismus im Außenhandel	5
3. John Stuart <i>Mill</i> und die Frage des Austauschverhältnisses ..	6
4. <i>Marshall's</i> Begriff der terms of trade	9
5. Die terms of trade in <i>Edgeworth's</i> Außenhandelsmodell	12
6. Die Bedeutung der terms of trade in <i>Taussigs</i> außenhandels- theoretischen Überlegungen	14
II. Kapitel	16
Die terms of trade in der dynamischen Theorie	
1. Die Grundlagen	16
2. Der Einfluß von Veränderungen der terms of trade auf Volks- einkommen und Wachstum	17
3. Der Versuch einer Beschränkung der terms of trade auf eine Indexformel	19
4. Änderungen der Nachfragestruktur und terms of trade	21
5. Die Bedeutung wirtschaftspolitischer Interventionen für die Ent- wicklung des Außenhandels	24
a) Die Theorie der Einfuhrzölle	24
b) Währungspolitische Erwägungen	30
6. Terms of trade und Kapitalbewegungen	32
III. Kapitel	34
Die tatsächliche Bedeutung der terms of trade	
1. Der gegenwärtige Stand der Diskussion	34
2. Der Einfluß der unsichtbaren Ein- und Ausfuhren auf die Ge- staltung der Zahlungsbilanz eines Landes	36
3. Die Wertung des Begriffes der terms of trade	39
Zweiter Hauptabschnitt	41
Die Gestaltung der Austauschrelationen in Westdeutschland nach dem Zweiten Weltkrieg	
IV. Kapitel	41
Die Grundlagen der Darstellung	
1. Der Gegenstand der Untersuchung	41
2. Das übliche Verfahren zur Errechnung der terms of trade	41

	Seite
V. Kapitel	43
Sachliche Schwierigkeiten, die der Errechnung der deutschen terms of trade während der ersten Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg entgegenstanden	
1. Die ersten Versuche zur Überwindung des totalen Außenhandelsverbotes	43
2. Die Entwicklung des deutschen Außenhandels von der Gründung der JEIA bis zur Währungsreform	45
3. Das Fehlen brauchbarer Unterlagen zur Errechnung der terms of trade	48
4. Die Entwicklung des westdeutschen Außenhandels von der Währungsreform bis zum Ausbruch der Feindseligkeiten in Korea im Juni 1950	49
VI. Kapitel	58
Technische Schwierigkeiten, die der Errechnung der deutschen terms of trade während der ersten Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg entgegenstanden	
1. Die Ausgangssituation	58
2. Das Verfahren des Statistischen Bundesamtes zur Errechnung von Preisindices der Ein- und Ausfuhr	60
a) Die Berechnung der Volumenwerte	60
b) Die Berechnung von Preisbewegungen	62
3. Schwierigkeiten, die sich für das Statistische Bundesamt bei der Wahl des Basisjahres ergaben	62
VII. Kapitel	65
Die Zusammenhänge zwischen Veränderungen der terms of trade und der Entwicklung des Außenhandels, untersucht am Beispiel Westdeutschlands in den Jahren 1949 — 1951	
1. Veränderungen der westdeutschen terms of trade in der Zeit vom 4. Vierteljahr 1949 bis zum Ende des Jahres 1951	65
2. Die Struktur des westdeutschen Außenhandels zwischen 1949 und 1951	66
3. Die Veränderungen der westdeutschen terms of trade in den Jahren 1949 — 1951 im Vergleich mit einigen anderen Ländern ..	69
4. Ökonomische und außerökonomische Kräfte, die die Gestaltung des westdeutschen Außenhandels in den Jahren 1949 — 1951 maßgeblich beeinflussten	71
5. Die Aufwärtsentwicklung des westdeutschen Außenhandels in den Jahren von 1949 — 1951 in ihren Auswirkungen auf die gesamte Volkswirtschaft	80
6. Der Einfluß von Veränderungen der terms of trade auf die Entwicklung des westdeutschen Außenhandels während der Jahre 1949 — 1951	84

VIII. Kapitel	86
Veränderungen der terms of trade und ihre Bedeutung für die Entwicklung der westdeutschen Leistungsbilanz in den Jahren von 1952—1956	
1. Die westdeutschen terms of trade von 1951 — 1956 in graphischer Darstellung	86
2. Die Struktur des westdeutschen Außenhandels in den Jahren 1952 — 1956	88
a) Strukturelle Veränderungen in der westdeutschen Einfuhr während der Jahre 1952—1956	88
b) Strukturelle Veränderungen in der westdeutschen Ausfuhr während der Jahre 1952—1956	90
3. Herkunfts- und Bestimmungsländer der westdeutschen Ein- und Ausfuhr um die Jahreswende 1951/52	91
4. Vom „erwünschten“ zum „unerwünschten“ Ausfuhrüberschuß. — Die allgemeine Entwicklung des westdeutschen Außenhandels von Anfang 1952 bis um die Mitte des Jahres 1953	93
5. Überlegungen und praktische Versuche zur Verminderung der Außenhandelsüberschüsse	98
a) Außenwirtschaftliche Möglichkeiten	98
b) Binnenwirtschaftliche Möglichkeiten	99
c) Die praktischen Lösungsversuche	100
6. Die weitere Entwicklung der westdeutschen Außenhandelsüberschüsse	103
7. Die Zusammenhänge zwischen Veränderungen der terms of trade und der Gestaltung der Leistungsbilanz	113
Schlußbetrachtung	117
Tabellarischer Anhang	119
Literaturverzeichnis	122
Lebenslauf	131

EINLEITUNG

Der Außenhandel, der nicht nur den Sachgüterhandel, sondern auch den Personen-, Dienstleistungs-, Geld- und Kapitalverkehr umfaßt, trägt zur Markterweiterung der Volkswirtschaft bei. Eine Beurteilung seiner Bedeutung, seiner Erfolge und Mißerfolge darf sich nicht auf die Feststellung beschränken, ob er einen Ausfuhr- oder Einfuhrüberschuß erbringt, ob der Wert der Dienstleistungen groß genug ist, um die zur Einfuhr notwendigen Devisen zu beschaffen, und wie man Überschüsse oder Defizite ausgleicht, sondern muß auch das Austauschverhältnis und seine Veränderungen in die Betrachtung miteinbeziehen.

Was haben wir unter diesem Austauschverhältnis zu verstehen? Erich *Schneider* definiert es wie folgt:¹

„Das Austauschverhältnis ist ein Verhältnis des Preises der Exportgüter zu dem Preise der Importgüter, das anzeigt, welche Mengen Importgüter man für eine exportierte Mengeneinheit erhält.“²

Aus dieser Definition können wir folgern, daß es sich bei dem Austauschverhältnis um eine variable Größe handelt, die auf der einen Seite in der Hauptsache von den Faktoren beeinflusst wird, welche das Volkseinkommen bestimmen, die aber auf der anderen Seite selbst für die Entwicklung des Außenhandels und damit des Volkseinkommens mitverantwortlich ist. Hier liegt eine Interdependenz vor, die untersucht werden muß. Das Thema ist wichtig genug für die Theorie, die Konjunkturforschung und die Konjunkturbeobachtung.

Die Disposition für die Untersuchung ergibt sich aus dem Thema und aus dem Problem, welches dieses Thema stellt:

1. Die Bedeutung der terms of trade in der Theorie.
2. Die Gestaltung der Austauschrelationen in Westdeutschland nach dem Zweiten Weltkrieg.
3. Folgerungen aus der Entwicklung der westdeutschen terms of trade
 - a) für die außenhandelstheoretische Betrachtung als Beitrag zur Theorie;
 - b) für Konjunkturbeobachtung und Wirtschaftspolitik.

Bezüglich der letzten Frage müssen wir allerdings bereits an dieser Stelle darauf hinweisen, daß das Austauschverhältnis niemals punktuell für sich betrachtet werden darf, sondern daß es immer im Zusammenhang mit ande-

¹ *Schneider*, Erich, Einführung in die Wirtschaftstheorie, Teil III, 4. Aufl., Tübingen 1957, S. 303.

² Vgl. hierzu auch *Nöll* von der *Nahmer*, Robert, Außenwirtschaft, Eine Einführung, Heidelberg 1959, S. 50-51.

ren Faktoren gesehen werden muß. Dies ergibt sich schon aus der Wechselwirkung zwischen den terms of trade und anderen Größen.

Zu der vorliegenden Untersuchung wurde der Verfasser von seinem verehrten Lehrer, Herrn Professor Dr. Antonio Montaner, angeregt. Es ist ihm daher ein Bedürfnis, Herrn Professor Montaner nicht nur für die Übertragung des Themas zu danken, sondern auch für mannigfache Ratschläge und wertvolle Empfehlungen. Auch Herrn Professor Dr. Werner Bosch schuldet der Verfasser Dank für zahlreiche nützliche Hinweise, die zum Gelingen der Untersuchung wesentlich beigetragen haben.

ERSTER HAUPTABSCHNITT

Die Bedeutung der terms of trade in der Theorie

I. KAPITEL

Die Frage des Austauschverhältnisses in den Untersuchungen der Vorklassiker, der Klassiker und der Neo-Klassiker

1. Merkantilisten und Physiokraten

Die Volkswirtschaftslehre als ein wesentlicher Zweig der Wirtschaftswissenschaften ist jüngerem Datums. Erst seit dem 15. und 16. Jahrhundert, mit dem Beginn der Epoche des Merkantilismus, erscheinen entsprechende Veröffentlichungen. Es dauerte dann aber bis in die zweite Hälfte des 17. Jahrhunderts, bis diese Untersuchungen auch eine volkswirtschaftliche Fragestellung erkennen lassen. Verhältnismäßig früh beschäftigte man sich schon mit dem auswärtigen Handel und den durch ihn aufgeworfenen Fragen. Man prägte den Begriff der „Handelsbilanz“¹, drang aber im übrigen nicht tiefer in die damit zusammenhängende Materie ein. An dieser Feststellung ändert auch die Tatsache nichts, daß bereits einige Autoren die Frage aufgriffen, welcher Einfluß von Veränderungen des Austauschverhältnisses auf die Handelsbilanz ausgehe, wobei sie übereinstimmend zu dem Ergebnis kamen, daß es wünschenswert sei, wenn hohen Exportpreisen niedrige Importpreise gegenüberständen.² An systematischen Untersuchungen in dieser Richtung fehlte es jedoch noch vollkommen.

Auch die Physiokraten, für die der Außenhandel aus ihrer ganzen Einstellung heraus nur eine Nebenrolle spielte, befaßten sich nicht näher mit der Bedeutung der Austauschrelationen.

2. David Hume und die Lehre vom Preismechanismus im Außenhandel

Die Klassiker, die sich viel mit dem Außenhandel beschäftigt haben, konnten an den Fragen, die Veränderungen des Austauschverhältnisses aufwarfen, nicht achtlos vorübergehen. Zwar gewannen sie noch keine vollkommene Klarheit über die bestehenden Zusammenhänge und vieles blieb in ihren Vorstellungen nebelhaft, doch verdient zumindest das, was David Hume und John St. Mill sagten, festgehalten zu werden.

¹ Eine empirische Untersuchung zweier englischer Regierungsbeamter aus dem Jahre 1615 trägt den Titel: „Sir Lionel Cranfield, his balance of trade, 21 May 1615“. Ein Jahr später verwendete Sir Francis Bacon den gleichen Ausdruck in einer Empfehlung, die er den Politikern seines Landes gab.

² Houghton, Thomas, *The alteration of the coyn*, 1695.
Malynes, A., *A treatise of the canker*, 1601.

David *Hume*, der vielfach als Vorläufer von Adam *Smith* bezeichnet wird, konnte sich trotz aller grundsätzlichen Gegnerschaft zum Merkantilismus nicht völlig von ihm lösen. So vertrat er einerseits den Standpunkt, daß im Außenhandel der Vorteil des einen Landes keineswegs notwendig den Nachteil des anderen im Gefolge haben müsse, während er andererseits einen Schutz gewisser inländischer Industriezweige als Ansporn zur Vermehrung der Gütererzeugung für notwendig hielt.

Die von ihm formulierte Lehre von dem völlig selbsttätig wirkenden Mechanismus, der die Erhaltung eines dauernden Gleichgewichtszustandes in den Handelsbilanzen aller beteiligten Länder bewirkte, bringt *Hume* jedoch in enge geistige Verwandtschaft zu den Klassikern.

Wenn wir einen von allen staatlichen Reglementierungen freien Außenhandel voraussetzen, dann verteilt sich nach seiner Lehre die gesamte im Umlauf befindliche Geldmenge gleichmäßig auf alle Handelspartner dem Grade ihrer jeweiligen wirtschaftlichen Entwicklung entsprechend. Störungen der vorhandenen Harmonie müssen in den betroffenen Ländern zu Preisänderungen bei den angebotenen beziehungsweise nachgefragten Gütern führen. Die hieraus resultierenden Veränderungen im Umfang der Im- und Exporte stellen das ursprüngliche Gleichgewicht wieder her. Der Mechanismus wird in Gang gebracht durch das allen Wirtschaftssubjekten innewohnende Streben nach Profit.

Damit hatte *Hume* bezüglich der Bedeutung der Austauschrelationen folgendes erkannt:

1. Preisänderungen im Außenhandel haben mit dem Gleichgewicht zu tun.
2. Sie können daher das Gleichgewicht mehr oder weniger beeinflussen.

Bereits vor *Hume* entwickelten einige Autoren, *North* (1691), *Gervaise* (1720), *Cantillon* (1730) und *Vanderlint* (1734), ähnliche Gedanken, ohne dabei jedoch in ihren Folgerungen den gleichen Grad an Genauigkeit und Vollkommenheit zu erreichen.

3. John Stuart Mill und die Frage des Austauschverhältnisses

John Stuart *Mill* kam von *Ricardos* Idee über die komparativen Kosten zu seiner Theorie der reziproken Nachfrage.¹ Er erkannte die Unzulänglichkeiten einer Lehre, die den Güteraustausch aus Kostenunterschieden herleitet und darüber die Nachfrage als wesentliches Stimulans außer Betracht läßt. Seine Aufmerksamkeit galt daher zunächst der Frage, nach welchen Grundsätzen sich die Preise im internationalen Handel bilden. Mit der Umwandlung der Theorie der komparativen Kosten in eine Theorie der internationalen Werte gelang ihm die Fixierung des Wertverhältnisses, zu dem die

¹ *Mill*, John, Stuart, Grundsätze der politischen Ökonomie, nach der Ausgabe der letzten Hand (7. Aufl. 1871) übersetzt von Wilh. Gehrige, Jena 1921, XVIII. Kap., § 2, S. 147.

Güter im internationalen Handel ausgetauscht werden. Einer gleichen Menge an aufgewandter Arbeit stellte er ein unterschiedliches Produktionsergebnis gegenüber und folgerte daraus eine komparative Überlegenheit des einen Landes *über* das andere.¹ Durch diese Überlegenheit bedingt, vollzieht sich der Handel zwischen den beiden Ländern in einem ganz bestimmten Verhältnis, wobei das Angebot des einen Landes über die Höhe der Nachfrage nach der von dem anderen Lande angebotenen Ware entscheidet.

In diesen Überlegungen, mit denen *Mill* die Preisbestimmung der international gehandelten Güter gelang, liegt aber auch die Schwäche seiner Konzeption. Er brachte nämlich keine Geldpreise zueinander ins Verhältnis, sondern Leinenpreise des Tuches und Tuchpreise des Leinen.² Ein Gleichgewichtspreis kann sich unter diesen Umständen nur einstellen, wenn das Verhältnis der Menge an angebotenem Leinen zur Menge des benötigten Tuches gleich ist. Nach einer von *Enke-Salera* entwickelten „halb-mathematischen“ Formel³ würde dies erfordern, daß

Angebotenes Leinen	=	Preis des Tuches, ausgedrückt in Leinen;
Angebotenes Tuch	oder	
Angebotenes Tuch	=	Preis des Leinen, ausgedrückt in Tuch.
Angebotenes Leinen		

Das tatsächliche Verhältnis jedoch, zu dem die beiden Güter ausgetauscht werden, hängt einzig und allein ab von der Stärke und der Elastizität der Nachfrage des einen Landes nach den Erzeugnissen des anderen.⁴

Mill erkannte demzufolge nicht den monetären Einfluß auf das internationale Außenhandels-Gleichgewicht, womit seine Anschauungen zwangsläufig einseitig bleiben mußten.

Im Anschluß an die Preisbestimmung der international gehandelten Güter befaßte sich *Mill* sehr eingehend mit der Frage, wie sich staatliche Eingriffe auf die Austauschrelationen auswirken. Als Beispiel wählte er den Fall, daß ein Land das Ergebnis seiner Erzeugung verbesserte, ohne daß es hierzu eines höheren Aufwandes an Arbeit bedurft hätte.⁵

Unter Berücksichtigung einer unterschiedlichen Elastizität der Nachfrage ergaben sich für ihn folgende zwei Möglichkeiten:

1. Bei einer elastischen Nachfrage wird eine proportionale Steigerung der Menge des exportierten Gutes gleich sein der proportionalen Verminderung seines Preises (ausgedrückt in Werten des importierten Gutes).

¹ *Mill*, John Stuart, a.a.O., S. 148.

² *Mill*, John Stuart, a.a.O., S. 148.

³ *Enke*, Stephen und *Salera*, Virgil, International Economics, London 1950, S. 205.

⁴ *Mill*, John Stuart, a.a.O., S. 150.

⁵ *Mill*, John Stuart, a.a.O., S. 160.

Eine solche Entwicklung begünstigt das Land, welches das Ergebnis seiner Erzeugung (durch einen staatlichen Eingriff) verbessert. Es braucht von nun an weniger Arbeit aufzuwenden, um die gleiche Menge des von ihm importierten Gutes zu erhalten wie seither.

2. Bei einer unelastischen Nachfrage entsprechen sich nicht die Proportionen in der Steigerung der Menge und der Verminderung des Preises (ausgedrückt in Werten des importierten Gutes).

Hieraus folgt, daß das Land, welches das Ergebnis seiner Erzeugung (willkürlich) verbessern will, eine Verschlechterung seiner Austauschrelationen in Kauf nehmen muß. Es sieht sich gezwungen, von nun an mehr Arbeit aufzuwenden, um die gleiche Menge des von ihm importierten Gutes zu erhalten wie seither.

Auch hier schaltete also *Mill* bewußt alle Einflüsse aus, die vom monetären Bereich ausgehen. Auf Grund weitgehender Vereinfachungen gelangte er zu einem Modell, in dem zwei Länder jeweils ein Gut austauschen. Beide Länder griff er willkürlich aus der Gesamtheit aller Länder heraus und betrachtete ihre Handelsbeziehungen in dem Bewußtsein, daß es sich lediglich um einen Ausschnitt aus einem viel größeren und weiteren Geflecht von Beziehungen handele.

Wir folgern daraus, daß für *Mill* die aus einem derartigen Modell abgeleiteten Schlüsse auch in unveränderter Weise für den wesentlich komplizierteren Handel zwischen einer größeren Anzahl von Ländern Gültigkeit besaßen. Auf die Unhaltbarkeit dieser Ansicht werden wir an anderer Stelle noch zurückkommen.

Fast zur gleichen Zeit, doch völlig unabhängig von *Mill*, befaßte sich Richard *Torrens* ebenfalls mit der Frage, welche Bedeutung staatliche Eingriffe für Veränderungen der Austauschrelationen haben.

Torrens schlug im Jahre 1835 dem „Political Economy Club“ vor, die Frage zu prüfen, inwieweit man mit Hilfe von Importzöllen das Austauschverhältnis eines Landes günstig beeinflussen könne. Sein Ersuchen wurde jedoch abgelehnt, „da es sich um einen unmöglichen Fall handele und weil es dabei nicht darum gehe, ein Prinzip zu ermöglichen, sondern eines zu zerstören, nämlich das des freien Handels, und das aus Gründen, die zusammengekommen hypothetisch seien.“¹

Daraufhin stellte *Torrens* in einer Reihe von Veröffentlichungen während der Jahre 1841-1842 eigene Untersuchungen an, um die Frage zu klären, wie sich das Austauschverhältnis eines Landes verändere, wenn durch die

¹ „... that is turned 'upon an impossible case' and 'did not go to establish but to disturb a principle, that of free trade, upon grounds altogether hypothetical'.“ zit. J. *Viner*, *Studies in the Theory of International Trade*, New York 1937, S. 322.

Erhebung von Importzöllen der nationale Gewinn aus dem Außenhandel steige.¹

Bei seinen Zeitgenossen fanden diese Arbeiten jedoch keinen Widerhall, und es sind uns daher nur sehr wenige zustimmende Äußerungen bekannt geworden.²

Obwohl *Mill* und *Torrens*, wie wir bereits sagten, völlig unbeeinflusst voneinander an ihre Untersuchungen gegangen waren, stimmten sie in der Argumentation weitgehend überein. Beide vertraten die Ansicht, daß unter gewissen Voraussetzungen die Möglichkeit bestand, die Austauschrelationen durch die Erhebung von Importzöllen günstig zu beeinflussen.

Da aber für die klassische Lehre eine Verbesserung des Austauschverhältnisses gleichbedeutend mit einem größeren nationalen Anteil am totalen Außenhandelsgewinn war, kamen sie zu der unhaltbaren Schlußfolgerung, daß günstigere Austauschrelationen zwangsläufig mit der Erzielung eines nationalen Gewinnes verbunden sein mußten.

4. *Marshall's Begriff der terms of trade*

Spätere Klassiker, wie beispielsweise *Joplin*³, *Cairnes*⁴, *Bastable*⁵, *Nicholson*⁶, u. a., die in ihre Untersuchungen über die Bedeutung des Außenhandels auch die Austauschrelationen miteinbezogen, beschränkten sich dabei auf positive oder negative Stellungnahmen zu den Arbeiten *Mills*, so daß wirklich neue Gesichtspunkte von ihnen nicht in die Debatte gebracht wurden. Diese finden wir erst bei *Alfred Marshall*.⁷

Den Ausgangspunkt seiner Überlegungen bildete das klassische Zweiländer-Modell. Er wandelte es jedoch insoweit ab, als er nicht mehr willkürlich die beiden Länder aus der Gesamtheit aller Länder herausgriff⁸, sondern einem Land E den „Rest der Welt“ gegenüberstellte, den er in einem Lande G zusammenfaßte.

Die Wirtschaftssubjekte, die den internationalen Handel betreiben, sind nicht mehr wie bei den Klassikern anonyme Produzenten und Konsumenten, deren Handeln von vagen Bedürfnissen bestimmt wird, sondern Kaufleute, die allein ihrem nüchternen rechnerischen Kalkül folgen.

¹ *Torrens*, Richard, The budget, a series of letters on financial, and colonial policy, London 1841-42.

² Unter dem Eindruck dieser Arbeiten veröffentlichte *Mill* 1844 seine „Essays on some unsettled questions“, die er bereits 1829 verfaßt hatte.

³ *Joplin*, Thomas, Currency reform: improvement not depreciation (1844).

⁴ *Cairnes*, J., Essays in the political economy (1873).

⁵ *Bastable*, C. F., On some applications of the theory of international trade, Quarterly Journ. of Econ., IV, 1899.

⁶ *Nicholson*, J. S., Principles of political economy (1897).

⁷ *Marshall*, Alfred, Money, Credit and Commerce, London 1923.

⁸ Vgl. hierzu unsere Ausführungen auf Seite 8.

Während durch diese Prämissen die klassische Lehre nur mehr oder minder verfeinert wurde, besteht u. E. eine grundsätzliche Neuerung darin, daß *Marshall* für seine Untersuchungen nicht mehr zwei Güter aus einer Menge export- bzw. importgeeigneter Waren herausgriff, sondern mit dieser Menge selbst arbeitete, indem er sie zu „repräsentativen Ballen“ vereinigte. In diesen „repräsentativen Ballen“ sind alle Güter enthalten, die von den Ländern E beziehungsweise G tatsächlich ein- oder ausgeführt werden. Die Zusammensetzung der Ballen ist nicht starr und unveränderlich, doch kann ein Gut nur durch ein solches Gut ersetzt werden, das zu seiner Herstellung den gleichen Arbeitsaufwand erfordert.¹

Als Folge dieser Überlegungen erhält das Austauschverhältnis eine neue Bedeutung. Es ist nicht mehr die Relation, zu der zwei beliebige Güter gegeneinander getauscht werden, sondern repräsentiert das Verhältnis der Durchschnittspreise der exportierten „repräsentativen Ballen“ zu den Durchschnittspreisen der importierten „repräsentativen Ballen“. Während die Höhe des totalen Außenhandelsgewinnes, wie in den Vorstellungen der Klassiker, vom Grad der internationalen Arbeitsteilung abhängig ist, steigt der nationale Gewinnanteil, „je mehr ausländische Güterballen ein Land im Tausche gegen eine gegebene Anzahl inländischer Güterballen erhält“.²

Darüber hinaus führte *Marshall* den Begriff der Preiselastizität in seine Untersuchungen ein, so daß die Menge der insgesamt zum Tausch angebotenen Güterballen mit jeder Veränderung des Austauschverhältnisses variiert. Unter dem Austauschverhältnis selbst verstand er das Verhältnis der Durchschnittspreise der eingeführten Güterballen zu jenen der ausgeführten Güterballen und bezeichnete es als die „terms of trade“.

Wenn aber die terms of trade durch die Durchschnittspreise der Ein- und Ausfuhr bestimmt werden, dann lassen sie sich auch durch die zueinander ins Verhältnis gebrachten Indices dieser Durchschnittspreise ausdrücken. Da jedoch der Begriff der Preisindices an den des Preisniveaus gebunden ist und letzterer den Klassikern bis dahin fremd geblieben war³, mußte *Marshall* einen neuen Weg einschlagen.

Im Verlaufe seiner Untersuchungen, die er unter Zuhilfenahme eines Koordinatensystems durchführte, gelangte *Marshall* zu der Ansicht: „the international trade is governed by international demand and supply ... what ... is but another expression for ‘reciprocal demand’“.⁴ Aus der Lage der Ange-

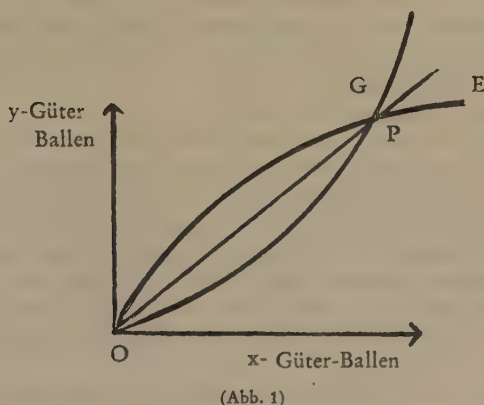
¹ *Marshall*, Alfred, a.a.O., S. 157.

² *Lademann*, John, Probleme des auswärtigen Realaustauschverhältnisses, (Diss.), Zürich u. St. Gallen 1955, S. 29.

³ Hierzu siehe auch *Graham*, Frank D., The Theory of International Values, Princeton 1948, S. 154.

⁴ *Marshall*, Alfred, a.a.O., S. 160.

botskurven der beiden Länder E und G zueinander versuchte er daher, das Zustandekommen des Gleichgewichtspreises graphisch darzustellen.¹



In dem vorstehenden Koordinatensystem (Abb. 1) werden die beiden Angebotskurven der Länder E und G durch OE beziehungsweise OG wiedergegeben. Da OP den Verlauf der Preisgeraden anzeigt, wird die Lage des Gleichgewichtspreises durch den Schnittpunkt der beiden Angebotskurven in P bestimmt.

Gleich seinen Vorgängern setzte auch *Marshall* vollkommene, das heißt atomistische Konkurrenz auf allen Gütermärkten voraus. Bezüglich des Gleichgewichtspreises muß allerdings darauf geachtet werden, daß es sich um keinen „Geldpreis“ handelt, da die von den Ländern E und G angebotenen und nachgefragten Gütermengen nicht als Funktionen von „Geldpreisen“ ausgedrückt werden können.

Da *Marshall* in seinen Untersuchungen die Existenz des Geldes und damit den Einfluß, der von dem monetären Sektor ausgeht, bewußt ignorierte², leiden deren Ergebnisse unter dieser Einseitigkeit. Der tatsächliche Aussagewert seiner Arbeiten geht daher auch nicht viel über den seiner Vorgänger hinaus.³

¹ *Marshall*, Alfred, a.a.O., S. 331 („... OE ... may be called E's curve ... to represent the terms on which E is willing to trade, ... OG ... represent the terms on which G is willing to trade. ... the point of intersection of OE and OG may be called the equilibrium point.“)

² *Marshall*, Alfred, a.a.O., S. 157: “Thus money, even when finally based on gold, does not afford a good measure of international values and it does not explain the changes in those values, which are caused by broad variations in international demand, but in the contrary it disguises and conceals them.“

³ Siehe hierzu Seite 8.

5. Die terms of trade in Edgeworths Außenhandelsmodell

Die außenhandelstheoretischen Überlegungen von *Marshall* und *Edgeworth* werden zumeist in einem Atemzug genannt. Das erscheint umso verständlicher, als *Edgeworth* selbst darauf hinweist, daß er sich des von *Marshall* entwickelten Koordinatensystems bediente.¹ Trotzdem besteht gerade in der Auffassung über die Bedeutung der terms of trade ein sehr wesentlicher Unterschied zwischen den beiden Autoren.

Während *Marshall* in erster Linie den Zweck verfolgte, mit Hilfe der Austauschrelationen den im Außenhandel erzielten Nutzen zu messen, beschränkte sich *Edgeworth* darauf, Veränderungen dieses Nutzens festzustellen.² Sein Modell beruht daher auch auf anderen Voraussetzungen.

Wie wir sahen, bezeichnete zwar *Marshall* in seinen Darstellungen diejenigen, die in den einzelnen Ländern Außenhandel treiben, ganz allgemein als Kaufleute³, doch verstand er darunter nur einige relativ wenige Spezialisten. In der heutigen Terminologie würden wir sie als Außenhandelskaufleute bezeichnen.

Für *Edgeworth* war diese Basis zu schmal. Ihn interessierte nicht die Verhaltensweise der Spezialisten, sondern die der Masse. Um aber deren Tun und Lassen erkennen zu können, bedurfte er des repräsentativen Durchschnitts, den er daher in den Mittelpunkt seiner Untersuchungen stellte.

Sein Durchschnittstyp blieb allerdings nebulös. Er beruhte nicht auf exakten statistischen Berechnungen, sondern eher auf der Vorstellung *Quetelets* vom „homme moyen“⁴.

Von den in den Ländern E und G angenommenen Durchschnittstypen werden nun zunächst noch unbestimmte Mengen irgendeines Gutes zum Tausch gegen ebenso unbestimmte Mengen eines anderen Gutes angeboten. Gleich den Wirtschaftssubjekten sollen auch die Güter den Durchschnitt repräsentieren und das Typische jeden Landes wiedergeben.⁵

Die sehr bedeutungsvolle Veränderung der Voraussetzungen findet ihre Erklärung in dem Einfluß der Grenznutzenlehre, wie sie von W. St. *Jevons* entwickelt worden war⁶, auf *Edgeworth*.

Sie offenbart sich darin, daß nach seiner Ansicht nur dann ein internatio-

¹ *Edgeworth*, Francis Y., Papers relating to political Economy, vol. II, The pure Theory of International Values, London 1925, S. 32: „The simplest geometrical representation of international trade appears to be a construction first used by Prof. Marshall.“

² *Edgeworth*, Francis Y., a.a.O., S. 31 ff.

³ Siehe hierzu auch Seite 9.

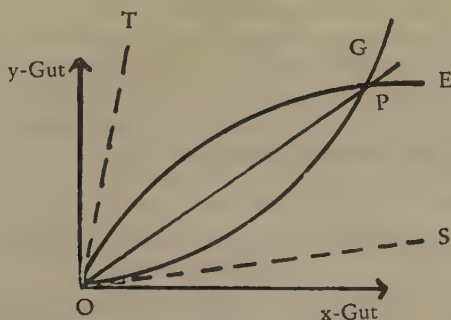
⁴ *Quetelet*, Ad., Sur l'homme et le développement de ses facultés ou essai de physique sociale (1835); dtsh. Übersetzung i. Bd. 19 und 20 der Sammlung sozialwissenschaftlicher Meister, Jena 1914 bzw. 1921.

⁵ Auch hier offenbart sich der Einfluß *Quetelets* sehr deutlich.

⁶ *Jevons*, W. St., The Theory of Political Economy, London 1888.

naler Handel in Gang kommen konnte, wenn dieser zumindest die fixen Kosten deckt, mit denen die zum Im- und Export angebotenen Güter belastet sind.¹

Edgeworth erweiterte daher das Diagramm *Marshall's* durch Einfügung der beiden Geraden OT und OS, die den Verlauf der fixen Kosten anzeigen sollten (Abb. 2).²



(Abb. 2)

Den terms of trade maß *Edgeworth* für die Entwicklung des Außenhandels eine besondere Bedeutung bei und untersuchte deshalb an seinem Modell die Folgen einer günstigen Veränderung des Austauschverhältnisses für das Land E. Diese Veränderung konnte seiner Ansicht nach auf folgenden Ursachen beruhen:

1. Im Austausch gegen eine unveränderte Menge des Gutes x wird eine größere Menge des Gutes y geliefert.
2. Im Austausch gegen eine kleinere Menge des Gutes x wird eine unveränderte Menge des Gutes y geliefert.
3. Im Austausch gegen eine kleinere Menge des Gutes x wird eine relativ größere Menge des Gutes y geliefert. (Der Bezug des Gutes y vermindert sich nicht so stark wie das Angebot von x.)
4. Im Austausch gegen eine größere Menge des Gutes x wird eine relativ größere Menge des Gutes y geliefert. (Der Bezug des Gutes y erhöht sich stärker als das Angebot von x.)

Im Ergebnis seiner Überlegungen kam *Edgeworth* zu der Schlußfolgerung, daß ein Land, dessen terms of trade sich zu seinen Gunsten veränderten, aus dieser Entwicklung einen tatsächlichen Gewinn erzielen müsse, weil der

¹ *Edgeworth*, Francis Y., a.a.O., S. 33.

² *Edgeworth*, Francis Y., a.a.O., ebenda.

Gesamtnutzen der neuen Güterkombination den der seitherigen übertreffe; umgekehrt sei aber auch eine ungünstige Veränderung der Austauschrelationen mit einem effektiven Verlust für das betroffene Land verbunden.

Daß es *Edgeworth* damit jedoch keineswegs gelungen war, die *terms of trade* befriedigend zu erklären, ergibt sich bereits daraus, daß der behauptete Kausalzusammenhang zwischen Veränderungen des Austauschverhältnisses und Veränderungen des Außenhandelsgewinnes in der realen Welt nicht immer und überall beobachtet werden kann.

Für *Taussig* bestand ein sehr wesentlicher Mangel der Untersuchungen *Edgeworths* in der unvollkommenen und unklaren Verwendung von nicht näher bestimmten Durchschnittspreisen. Da er in den *terms of trade* einen Schlüssel zur Erklärung aller Vorgänge im internationalen Handel sah, verfeinerte er zunächst die Preisindexrechnung.¹

6. Die Bedeutung der *terms of trade* in *Taussigs* außenhandelstheoretischen Überlegungen

Als einer der ersten versuchte *Taussig* durch systematische empirische Untersuchungen die Austauschrelationen verschiedener Länder anhand von Preisindizes zu errechnen.²

Das wesentlichste Ergebnis dieser Arbeiten bestand in der Feststellung, daß es in der Praxis nirgends zu einem reinen und unmittelbaren Güteraustausch kommt, so daß im Gegensatz zu der Annahme der Klassiker die Handelsbilanzen der einzelnen Länder nicht ständig ausgeglichen sind. Die seitherige Vorstellung vom Wesen der Austauschrelationen wurde diesem Tatbestand nicht gerecht.³ *Taussig* prägte daher den Begriff der „Gross barter *terms of trade*“, das sind „Bruttoaustauschrelationen“, denen er die „Net barter *terms of trade*“, also die „Nettoaustauschrelationen“ gegenüberstellte. Letzteren, die sich vollinhaltlich mit den „*terms of trade*“ *Marshalls* decken⁴, maß er für die Praxis keine große Bedeutung bei, und unter Bezugnahme auf die entsprechenden Arbeiten *Marshalls* führte er aus:

„Es braucht . . . kaum gesagt zu werden, daß die dieser Methode zu Grunde liegenden Annahmen wirklichkeitsfremd sind. Importe und Exporte gleichen sich in keinem modernen Lande dem Geldwerte nach aus und stehen

¹ *Taussig*, F. W., Theorie der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, dtsh. Ausgabe v. M. Palyi, Leipzig 1929.

² Eine Berechnung der englischen *terms of trade* während des 19. Jahrhunderts auf Grund von Preisindizes nahm bereits *Bowley* im Jahre 1893 vor. (*Bowley*, A.L., *England's foreign Trade in the 19th Century*, London 1893.)

³ Vgl. hierzu die von uns auf Seite 9 bzw. 12 ff. wiedergegebene Auffassung *Marshalls* und *Edgeworths*.

⁴ Vgl. unsere Ausführungen auf Seite 10.

auch nicht in einer konstanten Proportion miteinander . . . In der Wirklichkeit haben wir es mit Bruttobedingungen zu tun, mit dem Verhältnis einer einheitlichen Masse eingehender und ausgehender Güter.“¹

Die tatsächlichen Austauschrelationen eines Landes ergaben sich für *Taussig* aus dem Vergleich preisbereinigter Wertindices der Im- und Exporte einer bestimmten Periode. Dabei überschätzte er allerdings die Bedeutung der Handelsbilanz und übersah die mitunter sehr wesentlichen Einflüsse, die von Kapitalübertragungen, Dienstleistungen und ähnlichen Transaktionen auf die Gestaltung der Zahlungsbilanz dieses Landes ausgehen können.

Andererseits sind es aber gerade die Schwierigkeiten, denen sich *Taussig* bei der Auswertung seiner empirischen Erhebungen gegenüber sah, die uns zeigen, daß punktuell angesetzte Untersuchungen, die sich notwendigerweise lediglich auf die Analyse von Tatbeständen beschränken und damit statisch angelegt sind, niemals ein Problem lösen können, das seinem ganzen Wesen nach nur universell und somit dynamisch aufgefaßt werden kann. Die tatsächliche Bedeutung von Veränderungen der Austauschrelationen auf die Entwicklung des Außenhandels eines Landes kann nur dann richtig eingeschätzt werden, wenn die *terms of trade* im Zusammenhang mit anderen Faktoren gesehen werden. Zu diesen Faktoren gehören vor allem:

1. Der reale Wert des gesamten Güterausstauschs;
2. die Zusammensetzung des Güter- und Leistungsaustauschs;
3. die Außenhandelsquote der Wertschöpfung;
4. die Wertschöpfung, die gleich dem Volkseinkommen ist;
5. die Wirtschaftsstruktur;
6. der Geldwert.

Die Aufgabe der theoretischen Forschung besteht darin, zu untersuchen, inwieweit die vorgenannten Größen von den *terms of trade* beeinflusst werden und inwieweit hier irgendwelche Wechselwirkungen beobachtet werden können. Zu welchen Ergebnissen hierbei die moderne Theorie gelangt ist, soll Gegenstand unserer weiteren Darstellung sein.

¹ *Taussig*, F. W., a.a.O., S. 178.

II. KAPITEL

Die terms of trade in der dynamischen Theorie

1. Die Grundlagen

In den 20er und 30er Jahren unseres Jahrhunderts kam es zu einer Neuorientierung der nationalökonomischen Theorie. Diese wurde begünstigt durch die wirtschaftlichen Folgen des Ersten Weltkrieges und eine nach einem kurzen Aufschwung einsetzende Depression der Weltwirtschaft.¹

Die Neuorientierung führte auch zu einer Neuformulierung der Preistheorie, die ihrerseits wieder zum Ansatzpunkt für eine neue Betrachtung der Probleme des Außenhandels wurde.

Während man bislang bei allen preistheoretischen Überlegungen den realen Kosten eine dominierende Stellung eingeräumt hatte, trat nunmehr die Bedeutung der Nachfragefunktion in den Vordergrund des Interesses. Da die Wirksamkeit der letzteren von dem Grade der Nachfrageintensität abhängig ist, spielten Untersuchungen über die Bedarfsstruktur und die Höhe der frei verfügbaren „Konsumsumme“² eine besondere Rolle. Die gleiche Wertschätzung, die der Konsument unterschiedlichen Güterkombinationen gegenüber zum Ausdruck bringt, wurde durch einen „Ophelimitätsindex“³ ausgedrückt, seine Reaktion auf Veränderungen in der Zusammensetzung der von ihm begehrten Gütermenge durch den Verlauf von „Indifferenzkurven“ wiedergegeben.

Die neuen preistheoretischen Überlegungen basierten auf den entsprechenden Arbeiten von *Marshall*⁴, *Edgeworth*⁵ und *Pareto*⁶. Während sich dabei die beiden Erstgenannten vornehmlich mit grundsätzlichen Fragen beschäftigten, widmete sich *Pareto* mehr der Erforschung des Indifferenzkurvensystems. Mit irgendwelchen Problemen des Außenhandels hatten allerdings diese Untersuchungen noch nichts zu tun. Sie blieben auf das Modell der geschlossenen Volkswirtschaft beschränkt, und es verdient daher besonders hervorgehoben zu werden, daß zwischen den preis- und den außenhandels-theoretischen Arbeiten von *Marshall* und *Edgeworth* kein direkter Zusammenhang besteht.⁷

¹ Vgl. hierzu auch *Metzler*, Lloyd A., *The Theory of International Trade*, i.: *A Survey of Contemporary Economics*, Philadelphia 1948, S. 210-211.

² *Erich Schneider* definiert die Konsumsumme als die Geldsumme, die für Konsumzwecke zur Verfügung steht. Sie ergibt sich aus der Subtraktion der im vorhinein geplanten Ersparnisse von dem Einkommen. (*Schneider*, Erich: *Einführung in die Wirtschaftstheorie*, II. Teil, 4. Aufl., Tübingen 1956, S. 4.)

³ Zu dem Begriff des „Ophelimitätsindex“ vgl. besonders die Untersuchungen *Schneiders*, a.a.O., S. 13.

⁴ *Marshall*, Alfred, *Money, Credit and Commerce*, London 1923.

⁵ *Edgeworth*, Francis Y., *The pure Theory of International Values*, London 1925.

⁶ *Pareto*, Vilfredo, *Manuel d'Economie politique*, 2. Aufl., Paris 1927.

⁷ Vgl. hierzu unsere Ausführungen auf den Seiten 9 ff. bzw. 12 ff.

Erst im Jahre 1933 unternahm der schwedische Nationalökonom Bertil *Ohlin* den Versuch, die Ergebnisse der neuen Preistheorie auch auf Fragen des Außenhandels zu übertragen.¹ Es war dies nur mehr eine konsequente Folgerung, nachdem *Ohlin* mit der seitherigen Vorstellung gebrochen hatte, daß der Raum innerhalb der geschlossenen Volkswirtschaft ein einheitliches Ganzes bilde. Für ihn bestand dieser Raum aus mehreren Regionen, deren wirtschaftliche Struktur stark voneinander abweichen konnte. Wickelte sich nun aber der Handel innerhalb der geschlossenen Volkswirtschaft als ein Gütertausch zwischen einzelnen Regionen ab, dann lag der Schluß nahe, im internationalen Güterverkehr nur noch einen Spezialfall des interregionalen Handels zu sehen. Die Ergebnisse, zu denen man bei den Untersuchungen am Modell der geschlossenen Volkswirtschaft gelangt war, ließen sich also ohne weiteres auch auf die offene Volkswirtschaft übertragen.²

Während *Ohlin* bei seinen Arbeiten auf den Gebrauch von Indifferenzkurven verzichtet hatte, bediente sich ihrer noch im gleichen Jahr (1933) Wassily W. *Leontief*, weil er in ihnen ein verhältnismäßig einfaches und handliches Werkzeug zur Darstellung und Untersuchung der Probleme des Außenhandels sah.³

Damit war praktisch der erste Schritt getan, die terms of trade aus ihrer seitherigen Isolierung zu lösen und sie mit anderen Faktoren (hier: der Nachfrage und der Bedarfsstruktur) in Verbindung zu bringen.

Ging somit ein Anstoß zur Neuorientierung der Außenhandelstheorie von der neuen Preislehre aus, so kamen weitere sehr starke Impulse von der allgemeinen Beschäftigungstheorie in der *Keynes'schen* Formulierung.⁴

2. Der Einfluß von Veränderungen der terms of trade auf Volkseinkommen und Wachstum

Fragen des Außenhandels spielten für *Keynes* bei der Abfassung seiner Beschäftigungstheorie keine Rolle, wenn er sie auch beiläufig in dem Buche vom Gelde streifte.⁵ Seine Untersuchungen beschränkten sich demzufolge einzig und allein auf die geschlossene Volkswirtschaft.

Stand es bis dahin für die Klassiker und Neo-Klassiker außer jeder Diskussion, daß die wirtschaftliche Aktivität durch das Vorhandensein eines Geld-

¹ *Ohlin*, Bertil, *Interregional and International Trade*, Cambridge (Mass.), 1933.

² Vgl. auch *Franke*, Hans-Joachim, *Die Entwicklung der Außenwirtschaftstheorie seit dem Ende des 1. Weltkrieges. Eine Kritik der klassischen Lehre vom internationalen Handel*, (Diss.), Mainz 1955.

³ *Leontief*, Wassily W., *The Use of Indifference Curves in the Analysis of Foreign Trade*, *Quarterly Journal of Economics*, vol. XLVII, No. 3, 1933, S. 493 ff.

⁴ *Keynes*, John M., *Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes*, ins Deutsche übersetzt v. Fritz *Waeger*, München und Leipzig 1936.

⁵ *Keynes*, John M., *Vom Gelde*, ins Deutsche übersetzt von C. *Krämer*, München und Leipzig 1932.

systems angeregt werde¹, so trat dieser Faktor bei *Keynes* hinter jenen des Volkseinkommens und seiner Verwendung zurück. Die Neigungen, dieses Volkseinkommen auszugeben oder aber zu einem gewissen Teil zur Ersparnisbildung zu verwenden, ersetzten individuelle Angebots- und Nachfragefunktionen. Die Höhe des Volkseinkommens und damit auch das Ausmaß der Beschäftigung werden durch das Verhalten sämtlicher Wirtschaftssubjekte bestimmt. Sie allein entscheiden in ihrer Einstellung zum Gelde und seiner von der Zentralbank festgelegten Menge über dessen Verwendung.

Harrod machte *Keynes* gelegentlich den Vorschlag, die Ergebnisse seiner Untersuchungen auf die Verhältnisse der offenen Volkswirtschaft zu übertragen, wozu sich dieser aber nur mit betonter Zurückhaltung äußerte.²

Diese Haltung überraschte die Anhänger *Keynes*, weil es ihrer Ansicht nach gar nicht darum ging, völliges Neuland zu betreten.

Bereits unter den Klassikern gab es Vertreter einer „Einkommens-Theorie des Außenhandels“. Zu ihnen können wir *Wheatley*, *Ricardo*, *Bastable* und *Nicolson* zählen. Obwohl sie noch keine spezielle Theorie der Beschäftigung und des Einkommens kannten, wiesen sie bereits darauf hin, daß Störungen des internationalen Gleichgewichtes nicht nur durch Preisänderungen beseitigt würden, sondern auch durch Veränderungen in der Kaufkraft der Konsumenten in den einzelnen Ländern.³

Diese Hinweise wurden jedoch noch nicht durch systematische Untersuchungen ergänzt und gerieten daher im Verlaufe der Zeit in Vergessenheit. Aktuelle Bedeutung gewannen sie erst wieder durch eine Kontroverse, die *Wicksell* mit *Taussig* hatte⁴, vor allem durch die Diskussion *Ohlins* mit *Keynes* über die Auswirkungen der Reparationen, die man Deutschland nach dem 1. Weltkrieg auferlegte.⁵

Von diesen theoretischen Auseinandersetzungen angeregt, kam es auch zu

¹ Vgl. hierzu auch *Metzler*, Lloyd A., a.a.O., S. 212.

² *Harrod*, R. F., *Dynamische Wirtschaft*, Wien 1949, S. 125 - 126.

³ In diesem Sinne auch *Metzler*, Lloyd A., a.a.O., S. 218.

⁴ *Taussig*, F. W., *International Trade under Depreciated Paper*, *The Quarterly Journ. of Economics*, vol. XXXI, 1917, S. 380 - 403;

Wicksell, Knut, *International Freights and Prices*, *Quarterly Journ. of Economics*, vol. XXXII, 1918, S. 404 - 410.

⁵ *Ohlin*, Bertil, *The Reparations Problem*, *INDEX*, April 1928, S. 2 - 33;

Keynes, John M., *The German Transfer Problem*, *Economic Journ.*, vol. XXXIX, 1929, S. 1 - 7;

Ohlin, Bertil, *The Reparations Problem: a Discussion*, ebenda, S. 172 - 178;

Keynes, John M., *The Reparations Problem: a Rejoinder*, ebenda, S. 179 - 182;

Ohlin, Bertil, *Mr. Keynes' Views on the Transfer Problem: II a Rejoinder*, ebenda, S. 400 - 404;

Keynes, John M., *Views on the Transfer Problem: III, a Reply*, ebenda, S. 404 - 408.

einer Reihe empirischer Untersuchungen, an denen sich in erster Linie *Taussig* beteiligte.¹

Kurz nach dem Erscheinen der von *Keynes* formulierten Beschäftigungstheorie unternahm *F. W. Paish* im Jahre 1936 den Versuch, die hier zum Ausdruck gebrachten Gedanken auf das Gebiet des Außenhandels zu übertragen.² War dieser Versuch auch nur tastend und sehr unvollkommen, so bildete er doch die Grundlage einer neuen Theorie, die wenig später von *Joan Robinson*³ und *R. F. Harrod*⁴ vorgetragen wurde. Eine weitere Verfeinerung erfuhr sie im Jahre 1943 durch *Fritz Machlup*.⁵

Als einen weiteren Vertreter dieser Lehre wollen wir an dieser Stelle noch *James E. Meade* erwähnen, der in jüngerer Zeit unter anderem die Frage zu klären suchte, welcher Einfluß von Veränderungen der *terms of trade* auf die Gestaltung des Außenhandels und damit das Ausmaß der Beschäftigung, das Wachstum des Volkseinkommens und nicht zuletzt die Entwicklung der gesamten Volkswirtschaft ausgeht.⁶ Hierbei ergaben sich jedoch für ihn nahezu unüberwindliche Schwierigkeiten, die auf dem von ihm verwandten und von seinen Vorgängern entwickelten Modell beruhten. Um einen festen Ausgangspunkt zu erhalten, hatte man nämlich in diesem Preise, Löhne und Wechselkurse festgefroren, demgegenüber aber Beschäftigung und Volkseinkommen flexibel gehalten. Die Fixierung aller Preise, einschließlich der Außenhandelspreise, machte es nun praktisch unmöglich, wechselseitige Beziehungen zwischen dem Volkseinkommen und den *terms of trade* herzustellen. Die von *Meade* aufgezeigten Entwicklungen gelten daher nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen, seine abschließenden Ergebnisse sind von geringem Aussagewert.

Andere Wissenschaftler erkannten diese Schwierigkeiten von vornherein und suchten nach neuen Möglichkeiten, die effektive Bedeutung der Austauschrelationen klarzustellen.

3. Der Versuch einer Beschränkung der *terms of trade* auf eine Indexformel

Große Aufmerksamkeit widmete in seinen Untersuchungen *Jacob Viner* der Frage der Austauschverhältnisse.⁷ Ihm kam es dabei vor allem darauf an, Klarheit über die möglichen Abweichungen eines Modellfalles von der

¹ *Taussig*, F. W., a.a.O.

² *Paish*, F. W., *Banking Policy and the Balance of International Payments*, ECONOMICA, Nov. 1936, N.S.

³ *Robinson*, Joan, *Essays in the Theory of Employment*, New York 1937.

⁴ *Harrod*, R. F., *International Economics*, (rev. ed.), London 1939.

⁵ *Machlup*, Fritz, *International Trade and the National Income Multiplier*, Philadelphia 1943.

⁶ *Meade*, James E., *The Balance of Payments*, i.: *The Theory of International Economic Policy*, vol. I., London - New York - Toronto 1954, 4. Aufl.

⁷ *Viner*, Jacob, *Studies in the Theory of International Trade*, New York 1937.

Praxis zu erhalten. Er entwickelte eine Reihe von Indexformeln, um deren praktische Anwendbarkeit er sich allerdings weniger Gedanken machte. Mit Hilfe dieser Indices hoffte *Viner* Veränderungen des Produktionsaufwandes entweder nur im Inland („Single Factoral Terms of Trade“) oder aber im In- und Ausland („Double Factoral Terms of Trade“) errechnen zu können. Aus diesen Werten versuchte er die „Utility Terms of Trade“ abzuleiten, die zeigen sollten, wie sich ein Nutzen, der Importen zu verdanken war, oder ein Nutzenverzicht, der mit Exporten in Zusammenhang stand, veränderte. Abschließend wollte *Viner* die verschiedenen Indices zusammenfassen, um hieraus einen Gesamtindex zu errechnen. Dieser sollte die Bewegungen des Handelsvolumens wiedergeben und ferner dazu dienen, die Veränderungen in der Größe des absoluten Außenhandelsgewinnes zu messen. Wegen dieser Zielsetzung bezeichnete ihn *Viner* als „Index of Total Gain from Trade“.

Im Verlaufe seiner Untersuchungen schränkte *Viner* die frühere Feststellung von *Edgeworth* ein, daß einer Veränderung der Austauschrelationen immer eine entsprechende Änderung des Außenhandelsgewinnes folgen müsse.¹ Er vertrat demgegenüber die Ansicht, daß dies höchstens mit einiger Wahrscheinlichkeit der Fall sei. Voraussetzung bleibe allerdings, daß nicht andere Faktoren den Gewinn in einem entgegengesetzten Sinne beeinflussten.

Trotz aller Verfeinerungen in der Methode kam *Viner* nur zu einem bescheidenen Ergebnis, das denn auch in seiner Formulierung die darob empfundene Resignation ahnen läßt. Über die Ursache von Störungen des Außenhandels sowie bezüglich der Vor- und Nachteile für das betroffene Land könne die Theorie immer nur Vermutungen äußern; niemals sei sie jedoch in der Lage, ganz bestimmte Hinweise zu geben.

D. H. *Robertson* versuchte die von *Viner* und anderen angestellten Untersuchungen insofern wieder mehr der Wirklichkeit anzupassen, als er zwischen einem statistisch ermittelten, tatsächlichem und einem „echten“ Austauschverhältnis unterscheiden wollte.² Während sich das „echte“ Austauschverhältnis begrifflich mit den terms of trade *Marshall's* deckt³, kann das statistisch ermittelte Austauschverhältnis aus einer Reihe von Gründen, die ihren Ursprung in realen Gegebenheiten haben, hiervon mehr oder minder stark abweichen. Den meisten Faktoren, die diese Abweichungen bewirken, maß *Robertson* nur einen vorübergehenden Einfluß bei. Demgegenüber erschien ihm der Umstand bedeutsam, daß eine Anzahl von Rohstoffen nur deshalb aus bestimmten Ländern importiert werden, um daraus Güter zu fertigen, die ausschließlich oder doch zum größten Teil für den Export bestimmt sind

¹ Vgl. hierzu unsere Ausführungen auf Seite 13.

² *Robertson*, D. H., Die Austauschverhältnisse im Außenhandel, i.: Zeitschrift für Nationalökonomie, Bd. XIII, Heft 3, 1952, S. 377 ff.

³ Vgl. hierzu unsere Ausführungen auf Seite 10.

In Übereinstimmung mit *Viner* war *Robertson* der Meinung, daß nicht jede Verbesserung der terms of trade zwangsläufig mit einem zusätzlichen nationalen Gewinn aus dem Außenhandel verbunden sein müsse.

Während der Gedanke eines Zusammenhangs zwischen Änderungen der Nachfrage und Veränderungen der terms of trade bei *Robertson* nur beiläufig anklingt, beherrscht er weitgehend die entsprechenden Untersuchungen *Grahams*.¹

4. Änderungen der Nachfragestruktur und terms of trade

Wie wir bereits an anderer Stelle sahen, stand für *Mill* im Mittelpunkt seiner außenhandelstheoretischen Überlegungen die „reziproke Nachfrage“, die allein einen internationalen Handel in Gang bringe und unterhalte.²

Dies bildete den Ansatz für *Grahams* Kritik. Er hielt die Anwendung des Begriffes für unzulässig, da normalerweise die Preise international gehandelter Güter von der reziproken Nachfrage nicht entscheidend beeinflußt würden. Wesentlich bedeutungsvoller erschienen ihm in diesem Zusammenhang die sogenannten „opportunity costs“.³

Der Begriff der „opportunity costs“ nimmt in *Grahams* Theorie eine derart zentrale Stellung ein, daß es uns notwendig erscheint, einige Erläuterungen dazu zu geben.

Graham versuchte zu zeigen, daß es auch im internationalen Handel auf lange Sicht gesehen Werte gibt, zu denen die Marktwerte hintendieren. Nach seiner Ansicht führen dabei Nachfrageänderungen nicht unmittelbar zu Veränderungen dieser Werte. Die primäre Reaktion auf Nachfrageänderungen bestehe vielmehr in einer Umstellung der Produktion und in einer anderen Zusammensetzung der im- und exportierten Güter. Unter diesen Umständen bestimmten allein die komparativen Kostenverhältnisse in Gestalt der „opportunity costs“, was jedes Land produziere, nämlich solche Güter, in denen es im Hinblick auf die terms of trade einen komparativen Vorteil genieße. Über die von mehreren Ländern gemeinsam produzierten Güter seien die Kostenverhältnisse aller Länder direkt oder indirekt verbunden. Hieraus ergebe sich eine ausgeprägte Stabilität der internationalen Werte, die sich auch auf die terms of trade der einzelnen Länder übertrage.⁴ Die

¹ *Graham*, Frank D., The Theory of International Values Reexamined, Quart. Journ. of Econ., vol. XXVIII, 1923, S. 54-86;

The Theory of International Values, Quart. Journ. of Econ., vol. XLVI, 1932, S. 581-616;

The Theory of International Values, Princeton 1948.

² Vgl. hierzu unsere Ausführungen auf Seite 6 ff.

³ *Graham*, Frank D., a.a.O., S. 16.

⁴ *Graham*, Frank D., a.a.O., S. 17.

Austauschverhältnisse müßten daher weit weniger Veränderungen unterliegen, als dies bis dahin gemeinhin angenommen worden war.

Daß man sich bislang dieser Zusammenhänge nicht bewußt wurde, lag nach *Grahams* Auffassung an einer zu weit gehenden Vereinfachung der Modelle. Seine Hauptangriffe richtete er gegen *Marshall*, der durch die Einführung „einheitlicher Güterballen“ nur noch mehr Verwirrung gestiftet habe.¹ Dabei übersah allerdings *Graham*, daß die Zusammensetzung der Güterballen gewissen Veränderungen unterliegen konnte und somit keineswegs starr „einheitlich“ war.²

Um nun selbst der Gefahr zu entgehen, die Dinge in allzu grober Vereinfachung darzustellen, beobachtete *Graham* den Wirtschaftsverkehr zwischen den einzelnen Ländern von einer neutralen Warte aus. Sein Hauptinteresse galt dabei der Preisbildung international gehandelter Güter. Er entwickelte hierfür eine Reihe arithmetischer Beispiele und untersuchte zunächst einen internationalen Handel, an dem sich zwar mehrere Länder beteiligen, dessen Gegenstand aber nur zwei Güter bilden. Später analysierte er dann den Handel zweier Länder, der mehrere Güter umfaßt. Er kam dabei zu dem Ergebnis, daß Preise, die nicht auf den „opportunity costs“ basieren, in hohem Maße flexibel sind.

Betrachten wir die Theorie *Grahams* als Ganzes, dann stellen wir fest, daß das von ihm entwickelte Modell keineswegs Allgemeingültigkeit besitzt. Es bleibt an die Voraussetzungen gebunden, die für seinen Aufbau maßgebend waren. Zwangsläufig ist es denn auch gerade die Vielzahl der Länder und Güter, die in einer arithmetischen Darstellung eine Unveränderlichkeit der Prämissen verlangt und „die das arithmetische Modell weniger allgemein erscheinen lassen, als beispielsweise das neo-klassische“.³

Die Verhältnisse brachten es mit sich, daß in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg die Nachfragestruktur und deren Änderungen wiederum im Vordergrund des Interesses standen. Allerdings traten hierbei rein wirtschaftliche Überlegungen hinter politischen zurück, und die Frage der Bedeutung von Veränderungen der terms of trade im Zusammenhang mit Änderungen in der Struktur der Nachfrage fand höchstens am Rande Beachtung. Trotzdem wollen wir hier an dieser Stelle kurz auf diese Arbeiten eingehen, weil sie für unsere weitere Darstellung nicht ohne Belang sind.

Für all diese Untersuchungen ist die Vorstellung charakteristisch, daß außerökonomische Kräfte nicht nur die Gestaltung der nationalen Volkswirtschaft, sondern auch die der internationalen Handelsbeziehungen maßgeblich beeinflussen. War dies in früherer Zeit nahezu ausschließlich die allen Wirt-

¹ *Graham*, Frank D., a.a.O., S. 39.

² Vgl. hierzu unsere Ausführungen auf Seite 10.

³ *Elliot*, G. A., *The Theory of International Values*, Journ. of Polit. Econ., vol. LVIII. No. 1, Febr. 1950, S. 26.

schaftssubjekten angeborene wirtschaftliche Aktivität¹, so tritt in neuerer Zeit immer mehr das staatliche Streben nach Macht hervor.² So glaubte beispielsweise im Jahre 1948 François *Perroux* auf Grund seiner Beobachtungen feststellen zu können, daß die wirtschaftliche Beherrschung Europas, sei es nun durch Amerika oder Rußland, den Tatsachen entspreche.³ Dadurch aber bleibe das Gebiet des Außenhandels weitgehend den Regeln des freien Wettbewerbes entzogen, und der Ablauf des wirtschaftlichen Geschehens werde von den dominierenden Volkswirtschaften („*économies dominantes*“) bestimmt.⁴ Andere Autoren folgerten daraus, daß es außerordentlich unwahrscheinlich sei, daß eine von Europa ausgehende Depression ernstere Rückwirkungen auf die USA habe. Im Gegensatz dazu erscheine es sicher, daß selbst kleinere Rückschläge in den USA sehr weitgehende Folgen in Europa zeitigten. Als Beispiel hierfür wird das Jahr 1949 angeführt, „als eine kleine ‘Recession’ in den USA zu einer Verminderung der Exporte der europäischen Länder führte, die für einige von ihnen 40-50% ihrer gesamten Exporte nach den USA ausmachten“.⁵

Zum Beweis für die Richtigkeit dieser Behauptungen wurde immer wieder darauf verwiesen, daß der Außenhandel für die USA eine relativ geringe Bedeutung habe und daß lediglich 5-10% der gesamten Produktion in irgend einer Beziehung zu ihm ständen.⁶

Diese Gedanken bildeten die Grundlagen für *Perroux* Theorie vom „Domination Effekt“⁷ und *Kindlebergers* Lehre von der „*asymétrie de la balance des paiements*“⁸.

Traten bei den soeben erwähnten Autoren die wirtschaftlichen Erwägungen ganz bewußt hinter den politischen zurück, so gab es im Gegensatz hierzu auch andere, die es sich speziell zur Aufgabe machten, den möglichen Zusammenhängen zwischen Veränderungen der *terms of trade* und wirtschaftspolitischen Interventionen nachzuspüren.

¹ Vgl. hierzu auch *Ellsworth*, P. T., *The International Economy, Its Structure and Operation*, New York 1950, S. 480 ff.

² *Perroux*, François, *The Domination Effect and Modern Economic Theory*, *Social Research*, vol. XVII/2, 1950, S. 188 ff.

³ *Perroux*, François, *Le plan Marshall ou l'Europe nécessaire au monde*, Paris 1948, S. 14.

⁴ *Perroux*, François, *The Domination Effect . . .*, a.a.O., S. 189 ff.

⁵ *Marjolin*, Robert, *Europe and the United States in the World Economy*, Durham 1953, S. 94.

⁶ *Perroux*, François, *Le plan Marshall . . .*, a.a.O., S. 50.

⁷ *Perroux*, François, *The Domination Effect . . .*, a.a.O.

⁸ *Kindleberger*, Charles P., *L'asymétrie de la balance des paiements et le problème du Dollar*, *Rev. économique*, 2/1954, S. 166 ff;
The Dollar Shortage, New York 1950.

5. Die Bedeutung wirtschaftspolitischer Interventionen für die Entwicklung des Außenhandels

a) Die Theorie der Einfuhrzölle

Ihre Entstehung verdankte die Theorie der Einfuhrzölle dem Engländer Richard *Torrens*, der sich vor mehr als 100 Jahren mit der Frage beschäftigte, ob nicht durch die Erhebung von Importzöllen das Austauschverhältnis eines Landes günstig zu beeinflussen sei.¹ Seine Untersuchungen blieben jedoch ohne Widerhall und gerieten zunächst völlig in Vergessenheit.

Viele Jahrzehnte später griff *Edgeworth* diese Überlegungen wieder auf. Für ihn ergaben sich dabei insofern neue Gesichtspunkte, als er dem zollerhebenden Land ein Einfuhrmonopol einräumte. Aber auch diese Arbeiten fanden kein Echo und wurden nicht weiter ausgewertet.

Erst als mit der Einführung des Indifferenzkurvensystems in die Außenhandelstheorie das Interesse an der Lösung von Detailfragen geweckt wurde, widmete man den Auswirkungen von Zollerhebungen auf die *terms of trade* größere Aufmerksamkeit. Diese Untersuchungen dienten weniger der Gewinnung allgemeiner Erkenntnisse, sondern verfolgten den Zweck, Mittel und Wege zu finden, das nationale „Welfare“ zu steigern. Mit anderen Worten: Man versuchte, den nationalen Außenhandelsgewinn zu maximieren. Als erster beschäftigte sich Paul A. *Samuelson* mit dieser Frage. Im Gegensatz zu *Edgeworth* ging er von einem zweiseitigen Monopol aus, weil er hoffte, daß diese Marktform besonders geeignet sei, „Licht in die ‘Welfare’-Probleme des internationalen Handels zu bringen“².

Samuelsons Darstellung beruht auf der Voraussetzung eines freien Handels zwischen zwei Ländern, von denen jedes das Monopol für das von ihm angebotene Gut besitzt. Sodann trägt er in ein Koordinatensystem, dessen Achsen die beiden angebotenen Güter bilden, je eine Indifferenzkurve für jedes der beiden Länder (E und G) ein. Diesen Indifferenzkurven entspricht in dem Lande E eine Bedürfnisbefriedigung über eine gewisse Güterkombination xy und in dem Lande G eine solche über die Kombination yx . Beide Kurven berühren sich im Punkt P. An diesem Punkt treffen die Außenhandelsinteressen der beiden Länder zusammen. Das heißt, der Befriedigung im Lande E über die Güterkombination xy entspricht im Lande G die Befriedigung über die Kombination yx .

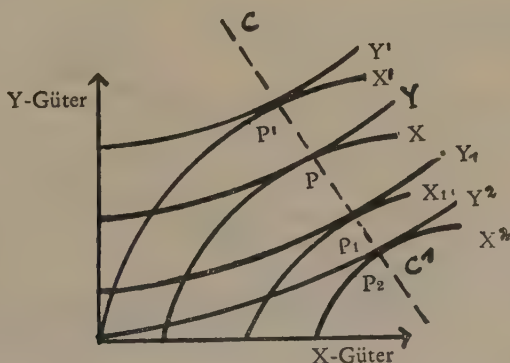
Darüber hinaus erblickt *Samuelson* in dem Punkt P aber auch den Ausdruck eines bestimmten Kräfteverhältnisses zwischen E und G. Das besagt, daß auf Grund der Monopolstellung, die beide Länder für das von ihnen angebotene Gut innehaben, ein Handel zwischen ihnen nur dann zustande kom-

¹ Vgl. hierzu unsere Ausführungen auf Seite 8 und 9.

² *Samuelson*, Paul A., *Welfare Economics and International Trade*, *The American Econ. Rev.*, vol XXVIII, No. 2, 1938, S. 262.

men kann, wenn P tatsächlich zum Berührungspunkt der beiden Indifferenzkurven wird. Trifft beispielsweise die Indifferenzkurve x_1 des Landes E mit der Indifferenzkurve y des Landes G zusammen, dann ist ein Handel zwischen den beiden Ländern unmöglich. Will G in einem derartigen Fall den Handelsverkehr mit E aufrechterhalten, dann muß es die eigene Indifferenzkurve so verändern, daß sie x_1 in P_1 berührt. G muß also mit einer Güterkombination yx zufrieden sein, die ihren Ausdruck in y_1 findet.

Verbinden wir die beiden Punkte P und P_1 , dann erhalten wir das Teilstück einer Kurve, auf der alle Punkte liegen, bei denen ein Handel zwischen E und G möglich ist. Diese Kurve bezeichnet *Samuelson* als „Kontraktkurve“ (Abb. 3).



(Abb. 3)

Wenn wir den Verlauf der Kontraktkurve über P und P_1 hinaus verfolgen, dann stellen wir fest, daß es keinen Punkt auf dieser Kurve gibt, der den Handel beider Länder gleichzeitig begünstigt. Jede Veränderung einer Indifferenzkurve, die keinen Abbruch des beiderseitigen Handels im Gefolge hat, ist stets der Ausdruck einer Verschiebung des Kräfteverhältnisses zwischen E und G. Die tatsächliche Position auf der Kontraktkurve hängt also bei einem Handel zwischen zwei Monopolisten einzig und allein von dem Verhandlungsgeschick des Stärkeren ab. Jede Bewegung auf der Kurve — gleichgültig ob von P nach P_1 oder von P nach P' — schädigt notwendigerweise die Interessen eines der Beteiligten.

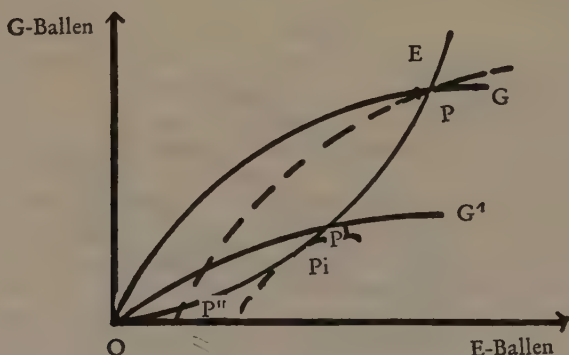
Diese Überlegungen veranlassen *Samuelson* zu der Schlußfolgerung, daß der „Freihandelsgleichgewichtspunkt“ niemals einem anderen Punkt der Kontraktkurve überlegen sein kann.¹ Er kann nicht der beste sein, weil

¹ *Samuelson*, Paul A., a.a.O., S. 265.

jedes Land einen Berührungspunkt der Kontraktkurve mit einem höhergelegenen seiner Indifferenzkurve vorzieht. Beide Länder versuchen daher zwangsläufig, ihre Preisgebote monopolistisch auszunutzen.

Das Ergebnis seiner Untersuchungen faßt *Samuelson* in dem Satz zusammen, daß zwar der freie Handel nicht der beste, aber irgend ein Handel immer noch besser als gar keiner sei.¹

Auch für *Kaldor* bildete das zweiseitige Monopol die Grundlage seiner Darstellung. Er entwickelte ein Modell, in dem Frankreich und England die beiden Länder sind, die ein bestimmtes Monopol innehaben.²



(Abb. 4)

Kaldor ging in seinen Untersuchungen von dem Diagramm *Marshall's* aus. Die Achsen des Koordinatensystems werden daher von x- und y-Güterballen gebildet. Eine für das Ergebnis sehr wesentliche Änderung nahm *Kaldor* jedoch insofern vor, als in seinem Modell der Außenhandel von den Staaten selbst betrieben wird. In seiner graphischen Darstellung erscheinen demzufolge die Angebotskurven Englands (E) und Frankreichs (G).

Wickelt sich der Handel zwischen den beiden Ländern frei und unbehindert ab, dann ist der Schnittpunkt der Angebotskurven in P. Diesen Punkt bezeichnet *Kaldor* als Gleichgewichtspunkt. Durch den Punkt P verläuft

¹ *Samuelson*, Paul A., a.a.O., S. 265.

² *Kaldor*, N., A Note on Tariffs and The Terms of Trade, *ECONOMICA*, vol. VII, N.S., Nov. 1940, S. 377-380.

aber auch eine Indifferenzkurve des Landes G, die die Angebotskurve des Landes E in P'' ein zweites Mal schneidet (Abb. 4).

Aus irgend einem beliebigen Grund erwägt das Land G die Erhebung eines Importzolles. Bei einer angenommenen bestimmten Höhe dieses Zolles würde sich die Angebotskurve des Landes G von OG nach OG' verschieben. Der neue Schnittpunkt der beiden Kurven OG' und OE wäre P' . Auch durch P' führt eine Indifferenzkurve des Landes G. Diese Kurve hat einen höheren Ophelimitätsindex¹ als die ursprüngliche Indifferenzkurve, weil die neue Güterkombination — weniger Importe bei nicht gleich stark verringerten Exporten — dem Lande G eine größere Befriedigung (im Sinne eines größeren Gewinnes) verschafft.

G kann den Zoll bis zur Erreichung des optimalen Zollsatzes steigern. Dieser Punkt wird erreicht, wenn die Angebotskurve des Landes G OE in P_i schneidet. Die entsprechende Indifferenzkurve des Landes G berührt dann OE gerade noch in P_i .

Hebt G den Zoll darüber hinaus an, so haben die Indifferenzkurven des Landes G mit einem noch höheren Ophelimitätsindex keinen Kontakt mehr mit OE; das heißt, durch den neuen Schnittpunkt der beiden Angebotskurven muß eine Indifferenzkurve mit einem niedrigeren Index verlaufen. Für das zollerhebende Land ist dies gleichbedeutend mit geringeren Gewinnen, die dann sogar in Verluste umschlagen können, wenn der neue Schnittpunkt der Angebotskurven von E und G links von P'' zu liegen kommt. In diesem Falle hat die entsprechende Indifferenzkurve einen niedrigeren Ophelimitätsindex als die der Ausgangssituation.

Das Ergebnis seiner Untersuchungen faßte *Kaldor* in folgenden Schlußfolgerungen zusammen:

1. Den größten Vorteil genießt der Monopolist, dem es gelingt, den Punkt P_i zu erreichen. Das Handelsvolumen ist dann zwar kleiner als bei einem freien Handel, doch liegen die erzielbaren Gewinne höher.
2. Mit Hilfe von Importzöllen ist es möglich, die gleichen Wirkungen zu erzielen, wie durch die Errichtung von Monopolen.
3. Eine von dem geschädigten Land geübte Vergeltung verbessert zwar dessen Position, stellt beide Länder jedoch schlechter, als dies ursprünglich der Fall war.

Scitovsky knüpfte in seinen Überlegungen an die Arbeiten *Kaldors* an, indem er die Wirkungen von Vergeltungen und Wiedervergeltungen einer näheren Prüfung unterzog.² Zur Darstellung seiner Gedanken können wir uns des von *Kaldor* entwickelten Diagrammes bedienen.

¹ Siehe hierzu auch Seite 16.

² *Scitovsky*, Tibor, A Reconsideration of the Theory of Tariffs, The Rev. of Economic Studies, vol. IX, 1942, S. 89 - 110.

Die Gelegenheit, P durch eine Veränderung der Angebotskurven OG und OE in die jeweils optimale Lage zu bringen, ist beiden Ländern nicht gleichmäßig gegeben, sondern winkt gleichsam als Prämie dem, der schnell zu handeln versteht.

Ergreift eines der beiden Länder die Initiative und wird dieses Vorgehen von dem anderen mit einer Vergeltung beantwortet, der das erste Land eine Wiedervergeltung folgen läßt, dann kommt es durch die ständige Annäherung der beiden Angebotskurven OG und OE zu einer anhaltenden Verkleinerung des Handelsvolumens beider Länder. Jeder Initiativvorstoß eines Landes verschafft allerdings diesem im Vergleich zur Ausgangssituation eine günstigere Stellung.

Ein Gleichgewichtszustand kann nach *Scitovskys* Ansicht nur erreicht werden, wenn die beiden zollbelasteten Angebotskurven mit den Indifferenzkurven von E und G tangential verlaufen. Ob es jedoch möglich ist, diesen Zustand zu erreichen, ehe der gesamte Handel erliegt, hängt einzig und allein von der Gestalt und der Lage der Indifferenzkurven im gesamten Koordinatensystem ab.

Anschließend ging *Scitovsky* noch einen Schritt weiter und untersuchte mit Hilfe eines bilateralen Monopols die Außenhandelspolitik der Länder, die in der Regel mit mehr als einem Partner Handel treiben.

Er war der Überzeugung, daß sich kein Land, auch nicht im Falle eines Monopols, wegen der Zollpolitik einer Vergeltung seiner sämtlichen Handelspartner aussetzt. Die Nachfrage dieses einen Landes nach einem bestimmten Gut treffe daher auf das Angebot des „Restes der Welt“, dem man, wenn man im Sinne *Marshall's* als einheitliches Ganzes auffaßt¹, für das nachgefragte Gut eine Monopolstellung einräumen kann. Dieses Vorgehen erlaubt es weiterhin, aus der Vielzahl der Angebots- und Nachfragekurven je eine einzige, als für den „Rest der Welt“ repräsentativ, herauszugreifen. Damit aber kann man auch in diesem Fall Diagramme verwenden, die den bisher beschriebenen in allen Teilen gleichen.

Offensichtlich angeregt von den Untersuchungen *Kaldors* entwickelte *Kahn* eine besondere Formel zur Errechnung des optimalen Zollsatzes.²

Die Einwendungen nun, die sich gegen die Ergebnisse der Arbeiten von *Samuelson*, *Kaldor* und *Scitovsky* vorbringen lassen, sind u. E. derart gewichtig, daß dahinter die Bedeutung der von den genannten Autoren fort- und neuentwickelten Zolltheorie stark zurücktritt.

Einem ersten Einwand begegnet bereits das zu den Untersuchungen verwandte technische Werkzeug; er richtet sich sowohl gegen das Kurvensystem im allgemeinen wie auch gegen die Indifferenzkurven im besonderen.

¹ Vgl. hierzu unsere Ausführungen auf Seite 9.

² *Kahn*, R. F., *Tariffs and the terms of trade*, Rev. of Economic Studies, vol. VX., 1949, S. 14 ff.

Bis heute hat es sich als unmöglich erwiesen, den Verlauf einer Angebotskurve mathematisch genau wiederzugeben, und es ist wahrscheinlich, daß sich hieran in Zukunft nichts ändern wird. „Den Verlauf einer Kurve zu mutmaßen und dann das Ergebnis abzulesen, bedeutet aber das Ergebnis eines komplizierten Prozesses vorwegzunehmen, ohne ihn zu untersuchen.“¹ Noch schwerwiegender sind die Bedenken, die sich gegen den Gebrauch von Indifferenzkurven erheben. Bestehen diese Kurven doch aus unendlich vielen Punkten, von denen jeder einzelne ein konstantes Realeinkommen in dem untersuchten Land voraussetzt. Damit aber stellt jede einzelne Kurve auch nur eine einzige Einkommensverteilung in dem betreffenden Land dar. Die verschiedenen Punkte auf der Kurve bezeichnen die zugehörigen Güterkombinationen, jeweils auf der X und Y-Achse gemessen. Durch jeden beliebigen Punkt einer Güterindifferenzkurve muß folglich eine Vielzahl weiterer Indifferenzkurven führen, jeder nur denkbaren Güterkombination entsprechend, die von diesem Punkt wiedergegeben wird. „Dies bedeutet aber, daß wenn ein Land seine Angebotskurve durch einen Zoll, der ja praktisch zu einer mehr oder minder bemerkbaren Neuverteilung der Einkommen in diesem Lande führen müßte, tatsächlich ändern sollte, das neue Indifferenzkurvensystem eine andere Krümmung aufweisen würde als dasjenige vor der Erhebung des Zolles.“²

Erscheint durch diese Überlegungen die Aussagekraft der Zolltheorie bereits stark erschüttert, so engen sie weitere Tatsachen noch mehr ein.

Die gesamten Untersuchungen von *Samuelson*, *Kaldor* und *Scitovsky* laufen darauf hinaus, eine Identität zwischen der Theorie des Monopols und jener der Zölle herzustellen beziehungsweise deren Vorhandensein zu beweisen.³ Damit aber räumt man stillschweigend der Regierung jedes Landes eine Machtfülle ein, die sie nicht oder doch nur in den allerseltensten Fällen besitzt. Schließlich ist es der Weltmarkt, auf dem sich die Preise der Export- und Importgüter bilden, und „es ist selten, daß ein einzelnes Land einen merklichen Einfluß auf die Gestaltung der Weltmarktpreise auszuüben vermag“⁴. Die Stellung aber, die ein Land auf dem Weltmarkt erringt, und die Machtposition, die es damit erlangt, hängt nicht zuletzt von dem Umfang und der Zusammensetzung seiner Ein- und Ausfuhr ab.

Für die Vertreter der Zolltheorie sind die Zusammenhänge zwischen der Einführung eines Zolles und seiner Anhebung bis zur optimalen Grenze und den daraus resultierenden Veränderungen der terms of trade jederzeit klar und eindeutig überschaubar. Entschließt sich nach ihrer Ansicht ein Land zur

¹ *Haberler*, Gottfried, Some Problems in the Pure Theory of International Trade, *The American Econ. Journ.*, vol. LX, No. 238, Juni 1950, S. 295.

² *Stevens*, Robert W., New Ideas in the Theory of International Trade, *The American Econ. Rev.*, Juni 1951, vol. XLI, No. 3, S. 385 (übers. vom Verf.).

³ Siehe auch *Metzler*, Lloyd A., a.a.O., S. 242.

⁴ *Benham*, Frederic, *Economics*, 3. Aufl., London 1946, S. 489 (übers. vom Verf.).

Erhebung oder Erhöhung eines Zolles, dann erreicht es auch infolge der günstigeren Austauschrelation eine Verbesserung seiner außenhandelspolitischen Stellung.

In der realen Welt ist diese Verbindung jedoch keineswegs derart eng und kausal. Die effektive Entwicklung der *terms of trade* nach der Einführung oder Erhöhung eines Zollsatzes hängt weitgehend von der Preiselastizität der Importgüternachfrage und des Exportgüterangebots ab. Es ist daher grundsätzlich falsch, a priori Voraussagen über bestimmte Veränderungen der Austauschrelationen treffen zu wollen. Nicht zuletzt ist es die moderne Preistheorie, die uns die Grenzen der Zolltheorie aufzeigt.

Schließlich darf auch nicht übersehen werden, daß es die Zolltheorie unterläßt, irgendwelche Untersuchungen über die finanzwirtschaftliche Bedeutung der empfohlenen Maßnahmen oder deren Auswirkungen auf den Beschäftigungsstand anzustellen.

b) Währungspolitische Erwägungen

Solange die Goldwährung das nationalökonomische Denken fast ausschließlich beherrschte, befaßte sich niemand mit Fragen, die im Zusammenhang mit Kurswertschwankungen auftauchen konnten. Dies änderte sich jedoch in den Jahren nach dem 1. Weltkrieg, als es weder den Besiegten noch den Siegern immer recht klar war, wie sie die mannigfach auftretenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten meistern sollten.

Wollte zum Beispiel ein Land mit einer unausgeglichenen Handelsbilanz den Stand seiner Beschäftigung weitgehend aufrecht erhalten und hatte es die Absicht, den Ausgleich seiner Handelsbilanz nicht über direkte Kontrollen der Ein- und Ausfuhr zu versuchen, dann kam es nach einer inzwischen immer weiter verbreiteten Ansicht darauf an, die *terms of trade* zu seinen Gunsten zu verändern. Dies bedeutete für das betreffende Land, daß es einen Ausgleich der Handelsbilanz über das Preissystem anstreben mußte. Die Schwierigkeit bestand dabei aber darin, daß man zwar einerseits von der Wirksamkeit des klassischen Preisautomatismus¹ überzeugt war, aber andererseits die Produktion auf einem hohen Beschäftigungsniveau bei unveränderten Preisen und Kosten stabilisieren wollte.

Als man sich dann aber mehr oder minder weitgehend vom Goldstandard gelöst hatte, glaubte man auch ein neues Mittel zur Beeinflussung der *terms of trade* entdeckt zu haben. Dieses Mittel bestand in der Möglichkeit, die eigene Währung auf- oder abzuwerten. Man war der Überzeugung, daß eine Auf- oder Abwertung nicht notwendigerweise mit Preis- und Kostenänderungen im Inland verbunden sein müsse, und erwartete beispielsweise von einer Abwertung, daß sie nahezu zwangsläufig zu steigenden Exporten und sinkenden Importen führe.

¹ Vgl. hierzu unsere Ausführungen auf Seite 5 ff.

Einen wirklich sichtbaren Einfluß auf die Gestaltung der Handelsbilanz erwartete man allerdings nur von dem zukünftigen Ausmaß der Importe. Zwar vergrößerte sich im Falle einer ausdehnungsfähigen Nachfrage des Auslandes nach Exportgütern auch das Volumen der Exporte, doch entsprach der Anstieg im Volumen meist nicht dem Rückgang der Preise. Im allgemeinen war man daher der Auffassung, daß bei einer Abwertung der Gesamtwert der Ausfuhren rückläufig sei.¹

Bei den Importen hingegen rechnete man mit einem Rückgang sowohl dem Volumen als auch dem Werte nach. Es mußte somit unter allen Umständen zu einer Verminderung der Ausgaben in ausländischer Währung kommen, gleichgültig wie groß im Einzelfall die Elastizität der Nachfrage nach Importen war.

Die Wirkung auf die Handelsbilanz hing demzufolge nach Ansicht der Vertreter dieser Theorie von der Höhe des Unterschiedes zwischen dem Rückgang des Gesamtwertes der Exporte und dem der Importe ab.²

Wenn wir nun an dieser Stelle nur einige kritische Anmerkungen zur Theorie der Kurswertschwankungen anschließen, so findet dies seine Erklärung darin, daß wir noch im Verlaufe unserer späteren empirischen Untersuchung Gelegenheit haben werden, uns eingehender mit den aufgeworfenen Fragen auseinanderzusetzen.

Der u. E. geringe Aussagewert dieser Theorie beruht in erster Linie darauf, daß man versuchte, Größen miteinander in Verbindung zu bringen, die miteinander nicht unbedingt in einem direkten Verhältnis stehen. So ist es durchaus denkbar, daß eine Veränderung der betrachteten Größen (Tauschwert des Währungsgeldes, Volkseinkommen oder Handelsbilanz) auch Veränderungen bei anderen Größen (Verbrauch, Beschäftigung, Investitionen u. a.) auslöst, die in dem von der Theorie entwickelten Modell entweder nicht beachtet oder nicht vorausgesetzt werden. Die Veränderungen dieser

¹ Hierzu auch Metzler, Lloyd A., a.a.O., S. 226 ff.

² Die im Vorstehenden wiedergegebenen Gedanken wurden im wesentlichen entwickelt von:

- a) Bickerdike, C. F., The Instability of Foreign Exchange, Econ., Journ., vol. XXX, 1920;
- b) Robinson, Joan, The Foreign Exchanges, Essays in the Theory of Employment, New York 1937;
- c) Brown, A. J., Trade Balances and Exchange Stability, Oxford Economic Papers, No. 6, 1942.

In jüngerer Zeit bemühte man sich vor allem, die Auswirkungen einer Abwertung auf das Volkseinkommen in diese Untersuchungen mit einzubeziehen. Erwähnenswert sind hier die Arbeiten von:

- a) Savosnick, Kurt M., National Income, Exchange Rates and the Balance of Trade, Journ. of Polit. Econ., vol. LVIII, No. 1, 1950, S. 188 ff;
- b) Harberger, Arnold C., Currency Depreciation, Income and the Balance of Trade, Journ. of Polit. Econ., vol. LVIII, No. 1, 1950, S. 47 ff.

Größen (Verbrauch, Beschäftigung, Investitionen u. a.) können jedoch zu sehr bedeutenden sekundären Veränderungen bei den betrachteten Größen (Tauschwert des Währungsgeldes, Volkseinkommen oder Handelsbilanz) führen. Obwohl dabei die Bedeutung der Sekundärveränderungen sehr wesentlich über diejenige der Primärveränderungen hinausgehen kann, mußte sie von der Theorie der Kurswertschwankungen außer Betracht gelassen werden. Ebenso verhält es sich mit den Folgen, die aus der primären Veränderung direkt auf die betrachteten Größen zurückwirken (Multiplikatoreffekt).

Das ganze Modell ist in seinem Aufbau an derart enge Voraussetzungen gebunden und führt daher zu so kurzfristigen Aussagen, daß es mehr als gewagt erscheint, es auf reale Gegebenheiten zu übertragen.¹

6. *Terms of trade und Kapitalbewegungen*

Obwohl sich bereits *Ricardo* mit der Möglichkeit des Transfers von Kapitalien und dessen Folgen für die beteiligten Länder beschäftigt hatte², fand dieser Fragenkreis erst in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg stärkeres theoretisches Interesse.

Seit *Ricardo* suchte die monetäre Außenhandelstheorie immer wieder die Frage zu beantworten, wie ein durch die Gewährung einer Anleihe oder durch Reparationszahlungen u. ä. gestörtes Gleichgewicht im Handelsverkehr zweier Länder wiederhergestellt werden könne.

Während *Ricardo* noch die Ansicht vertreten hatte, daß ein derartiger Transfer von Kapitalien das Gleichgewicht zwischen den Ländern nicht nachhaltig störe, waren spätere Klassiker (beispielsweise *Longfield*) anderer Meinung.³

Nach dem Ersten Weltkrieg weckten die deutschen Reparationsleistungen das allgemeine Interesse für diese Frage. Besondere Beachtung fand hierbei die von uns bereits erwähnte Kontroverse zwischen *Ohlin* und *Keynes*.⁴

Keynes vertrat dabei die durchaus herkömmliche Ansicht, daß Deutschland einen Exportüberschuß nicht zuletzt durch entsprechende Preisänderungen, das heißt über Veränderungen seiner *terms of trade* erzielen müsse. *Ohlin* hingegen war der Überzeugung, daß allein von der Neuverteilung der Geldmengen Wirkungen ausgingen, die die aufgetretene Störung beseitigten, ohne daß es hierzu etwaiger Preisänderungen bedürfe.

Die meisten Vertreter der modernen Transfertheorie⁵ stehen nun zunächst

¹ Siehe auch *Harberger*, Arnold C., a.a.O., S. 57.

² *Ricardo*, David, *The high price of bullion a proof of the depreciation of Banknotes*, London 1809.

³ *Longfield*, Banking and Currency, Part I, Dublin Univ. Press., vol. XV, Dublin 1840.

⁴ Siehe unsere Ausführungen auf Seite 18.

⁵ *Tinbergen*, Jan, *On the Theory of Econ. Policy*, Amsterdam 1952;
Meade, James E., *The Balance of Payments*, London - New York - Toronto 3. Aufl. 1954 (*The Theory of International Economic Policy*, vol. I).

auf dem Standpunkt, daß aus grundsätzlichen Erwägungen heraus Kapitalexporte und Reparationsleistungen nicht als identische Störungsfaktoren aufgefaßt werden dürfen. Sie begründen dies damit, daß je nach der Art der Aufbringung der Geldmittel, daß heißt also ob freiwillig oder durch Zwang, die Veränderung des Volkseinkommens und damit auch die Änderungen in der Nachfrage nach Importen unterschiedlich sein werden.

Was die Zahlung einer Reparationsschuld anbelangt, so geht man von einem Zwei-Länder-Modell aus, das in seinem Aufbau dem von *Keynes* beziehungsweise *Machlup* entworfenen entspricht¹, und fixiert in ihm Preise, Löhne und Wechselkurse. Reichen die Gold- und Devisenreserven des Landes, das zur Zahlung verpflichtet ist, nicht aus, dann muß dieses Land einen Exportüberschuß erzielen, um sich die benötigten Devisen zu verschaffen. Hierzu muß das Land seine Importe mengenmäßig reduzieren und/oder seine Exporte entsprechend erhöhen. Da es dabei nicht sicher ist, ob in dem Partnerland, das die Zahlung empfängt, eine Einkommensexpansion und in deren Gefolge eine Steigerung der Importe eintreten wird, lastet das Hauptgewicht der Anpassung auf dem zahlenden Land. Es muß nach Ansicht der Vertreter der modernen Transfertheorie die Beschäftigung und das Volkseinkommen so lange vermindern, bis durch die Drosselung der Importe ein Exportüberschuß erzielt wird.

Diese Forderung bleibt jedoch an so viele Voraussetzungen gebunden, daß es fraglich erscheint, ob sie unter realen Gegebenheiten jemals erfüllbar sein wird.

Unsere Kritik an der modernen Transfertheorie schließt eng an das an, was wir bereits zur Theorie der Kurswertschwankungen gesagt haben. So ist es denn auch hier in erster Linie der Aufbau des Modells und die im Zusammenhang damit stehende Wahl der Voraussetzungen, die das Ergebnis der Untersuchungen unrealistisch machen. Erschwerend fällt allerdings ins Gewicht, daß das Modell, welches zur Ableitung der Transfertheorie benutzt wird, lediglich den Güterverkehr zwischen den beteiligten Ländern berücksichtigt und alle Faktoren außer Betracht läßt, die mit den unsichtbaren Posten der Ein- und Ausfuhr in Verbindung stehen.

Diese erscheinen uns aber im Hinblick auf die Beurteilung der Bedeutung der *terms of trade* so wesentlich, daß wir an anderer Stelle noch einmal auf sie zu sprechen kommen wollen.²

¹ Vgl. hierzu unsere Ausführungen auf Seite 19.

² Siehe hierzu Seite 36 ff.

Die tatsächliche Bedeutung der terms of trade

1. Der gegenwärtige Stand der Diskussion

Wenn wir uns nunmehr abschließend die einzelnen Außenhandelstheorien daraufhin ansehen, welche Bedeutung sie den terms of trade beimessen, dann stellen wir fest, daß nicht nur der Begriff manchen Wandlungen unterlag, sondern daß man sich auch über sein tatsächliches Wesen niemals völlig klar geworden ist. Einigkeit besteht allein in der Auffassung, daß die Austauschrelationen der Ausdruck einer Entwicklung sind. Obwohl es sich aber dabei im Grunde doch nur um ein Austauschverhältnis von Gütern im Außenhandel handelt, ging die Tendenz, besonders unter den Neo-Klassikern, dahin, aus dieser Preisrelation einen allgemeinen Erfolgsindex zu machen. Die Ungenauigkeiten, die sich daraus ergaben, daß man nicht mit absoluten, sondern mit durchschnittlichen Werten arbeitete, glaubte man in Kauf nehmen zu können.¹

U. E. ist es jedoch nicht angebracht, bereits dann von einem Erfolg für das Ganze zu sprechen, wenn lediglich der nationale Gewinn aus dem Außenhandel vergrößert wird, das heißt, wenn sich dieser Gewinn auf eine Vermehrung der Deviseneingänge beschränkt. Wir sehen unter Umständen einen viel wesentlicheren Erfolg für das Wachstum der eigenen Volkswirtschaft in einer merklichen Ausweitung des Handelsvolumens, allein schon wegen der hiervon ausgehenden Auswirkungen auf die Entwicklung der Einkommen und das Ausmaß der Beschäftigung.

Wir glauben daher, daß es außerordentlich fragwürdig ist, die terms of trade als einen allgemeinen Erfolgsindex zu bezeichnen. Dessen wurden sich auch bereits andere Autoren bewußt, und so versuchten sowohl *Taussig* als auch vor allem *Viner*, durch die Einführung weiterer Begriffe einen höheren Grad an Genauigkeit zu erreichen.² Hiervon nahm man Kenntnis, enthielt sich aber darüber hinaus jeder weitergehenden Nutzenanwendung. Dies ist darauf zurückzuführen, daß die vorgeschlagenen Indices in der Praxis nicht zu errechnen waren. Man beschränkte die Untersuchungen daher auf die sogenannten „net barter terms of trade“, knüpfte sie an eine Vielzahl von Voraussetzungen und versuchte auf diese Art, aus einem reinen Güteraustauschverhältnis einen Erfolgsindex zu machen.

Diese Arbeiten führten jedoch nicht zu dem gewünschten Ergebnis, und so stellte *Benham* resignierend fest, „daß die terms of trade, allein für sich gesehen, eigentlich ohne irgendwelchen Aussagewert sind“.³

¹ So auch *Ellsworth*, P. T., a.a.O., S. 683.

² Vgl. hierzu unsere Ausführungen auf Seite 14 ff. bzw. 19 ff.

³ *Benham*, Frederic, The terms of trade, *Economica*, a.a.O., S. 361 (übers. vom Verf.).

Eine derartige Feststellung kann im Grunde nicht überraschen. Wer auf dem soeben aufgezeigten Weg einen Außenhandelserfolg nachweisen wollte, war genötigt, zunächst einmal Veränderungen in der Nachfrage, im Einkommen, in der Beschäftigung, im Geldumlauf u. a. zu untersuchen. Mußte er sich aber erst Klarheit über diese Faktoren verschaffen, dann konnte er auch direkt aus ihnen einen Erfolg oder Mißerfolg ableiten, ohne daß es hierzu des Umweges über die Errechnung der *terms of trade* bedurft hätte.

Darüber hinaus darf auch nicht vergessen werden, daß die *net barter terms of trade* in keiner Beziehung zum Außenhandelsvolumen stehen und daß diese Tatsache ebenfalls recht eindringlich gegen ihre Verwendung als Erfolgsindex spricht.

Um den aufgezeigten Schwierigkeiten zu entgehen, versucht *Lademann* einen neuen Weg einzuschlagen. Er vermeidet den Gebrauch des Begriffes der *terms of trade* und unterscheidet grundsätzlich zwischen einer „Außenhandelspreisindexrelation“ und einem „Außenhandelserfolgsindex“.¹

Der „Außenhandelspreisindexrelation“, die mit den „*net barter terms of trade*“ *Taussigs* identisch ist, mißt *Lademann* keine weitere Bedeutung bei. Sein ganzes Interesse konzentriert er auf den „Außenhandelserfolgsindex“ „als einer besseren Kennziffer für den Außenhandelserfolg“.²

Lademann leitet diesen Index aus einem Modell ab, das er von *Tinbergen* übernimmt³ und das er für seine Zwecke entsprechend verändert. Er kommt so zu dem Modell einer offenen Verkehrswirtschaft, das aus 16 Gleichungen mit 23 Variablen besteht. Da sich hieraus noch kein tatsächlicher Erfolg bestimmen läßt, ist *Lademann* bestrebt, auch das Außenhandelsvolumen und die unsichtbaren Ein- und Ausfuhren in sein System miteinzubeziehen. Hierzu bedarf es aber erst der Errechnung eines besonderen „Strukturkoeffizienten“, der selbstverständlich für jedes Land verschieden ist. Der auf diese Weise ermittelte Erfolgsindex besitzt allerdings nur Gültigkeit für die Verhältnisse und Beziehungen, die dem jeweiligen Modell zu Grunde gelegt werden.

Mit den eigentlichen *terms of trade* hat dieses Vorgehen nicht mehr viel zu tun. Hierüber ist sich auch *Lademann* völlig klar. Er will daher den Begriff einfach aufgeben.

Wir können *Lademann* hierin nicht folgen; wir teilen auch nicht die Skepsis *Benhams* und vertreten demgegenüber die Ansicht, daß man den Begriff der *terms of trade* in seiner Aussagekraft überfordert. Hierbei kommen wir wieder auf die Bedeutung der unsichtbaren Ein- und Ausfuhren für die Gestaltung der Handelsbilanz eines Landes zurück und möchten daher im folgenden einige Ausführungen zu dieser Frage machen.

¹ *Lademann*, John, a.a.O., S. 214.

² *Lademann*, John, a.a.O., S. 214.

³ Vgl. hierzu unsere Ausführungen auf Seite 32.

2. Der Einfluß der unsichtbaren Ein- und Ausfuhren auf die Gestaltung der Zahlungsbilanz eines Landes

Während bereits die Merkantilisten den sogenannten „invisibles“¹ ihre Aufmerksamkeit schenkten, gingen spätere Theoretiker mehr oder minder achtlos an ihnen vorüber.

So muß man beispielsweise kritisch gegen die außenhandelstheoretischen Lehren von *Ricardo* und *Mill* einwenden, daß sie an keiner Stelle den Einfluß der Transportkosten berücksichtigen, obwohl gerade diesen bei der Ermittlung eines komparativen Vorteils eine sehr wesentliche Bedeutung zukommt.

Zu den unsichtbaren Ein- und Ausfuhren zählen jedoch nicht nur die Transportleistungen, sondern auch die Dienstleistungen aus dem Reiseverkehr, Versicherungsleistungen, Kapitalerträge, Provisionen, Arbeitsentgelte u. ä. Zusammengenommen können diese Posten in der Zahlungsbilanz eines Landes eine große Rolle spielen.

Der Anschaulichkeit halber wollen wir dies im folgenden an einem konkreten Beispiel zeigen. Wir haben zu diesem Zweck die „Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschlands und West-Berlins für das Jahr 1954“ ausgewählt², weil sie uns räumlich und im Hinblick auf die spätere empirische Untersuchung auch sachlich am nächsten liegt.

Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschlands und West-Berlins für das Jahr 1954

A. Leistungs- und Kapitalbilanz

I. Warenhandel und Dienstleistungen		Beträge in Mill. DM
1. Warenhandel	Ausfuhr (fob) ³	5 237,4
	Einfuhr (fob)	4 293,3
	Transithandel	
	Verkäufe	136,6
	Käufe	129,0
Saldo des Warenhandels		+ 951,7

¹ Im englischen Sprachgebiet werden die unsichtbaren Ein- und Ausfuhren als „invisibles“ bezeichnet.

² Monatsbericht der Bank deutscher Länder, Juni 1955, S. 42/43.

³ fob = Handelsübliche Vertragsformel im Verkehr mit dem Ausland: free on board.

2. Dienstleistungen	Einnahmen	Ausgaben
a) Reiseverkehr	186,4	144,3
b) Transport	368,1	368,3
c) Versicherungen	20,7	32,0
d) Kapitalerträge	26,5	143,6
e) Provisionen	36,8	165,9
f) Lizenzen und Patente	19,7	71,5
g) Arbeitsentgelte, Renten und Pensionen	56,4	41,7
h) Bundespost	5,5	9,7
i) Entgeltliche Leistungen an fremde Truppen (einschl. DM-Umtausch)	228,2	
k) Verschiedene Dienstleistungen	152,8	118,6
Dienstleistungen insgesamt	1 101,1	1 095,8
Saldo der Dienstleistungen		+ 5,3
Saldo des Warenhandels und der Dienstleistungen		+ 957,0

II. Unentgeltliche Leistungen	Beträge in Mill. DM	
	fremde	eigene
1. Auslandskredite	69,2	
2. ECA / MSA / FOA ¹		
Rückzahlung von Auslandskrediten und Transfer von Verwaltungskosten		6,5
3. Wiedergutmachungsleistungen		
a) auf Grund des Abkommens mit Israel		84,2
b) sonstige Wiedergutmachungsleistungen		36,5
4. Montan-Union		
Garantiefonds		21,1
Ausgleichsumlagen		15,5
5. Sonstige unentgeltliche Leistungen	22,2	19,9
Unentgeltliche Leistungen insgesamt	91,4	183,7
Saldo der unentgeltlichen Leistungen	— 92,3	
	183,7	183,7

¹ Wegen dieser Begriffe siehe Seite 53.

III. Kapitaleistungen

1. Mittel- und langfristige Leistungen	Beträge in Mill. DM	
	fremde	eigene
a) Konsolidierung von Clearingschulden	—,—	—,—
b) Amortisation von Clearingschulden	2,5	
c) Tilgung im Rahmen von Abkommen über deutsche Auslandsschulden u. Vermögen		155,6
d) Kredite der Export-Import-Bank		
Kreditgewährung	—,—	
Kreditrückzahlung	—,—	
e) Kredite der Montan-Union	32,4	
f) Internationaler Währungsfonds und Weltbank		
Gold- und Deviseneinzahlungen		45,1
Inanspruchnahme von DM-Quoten		2,8
g) Private Investitionen	25,8	
h) Sonstige Kapitaleistungen	21,2	
Mittel- u. langfristige Leistungen insgesamt	81,9	250,7
Saldo der mittel- und langfristigen Kapitaleistungen	— 168,8	
	250,7	250,7
2. Kurzfristige Kapitaleistungen		
a) Rembourskredite	50,0	4,5
b) Sonstige Kredite	26,3	16,9
Kurzfristige Kapitaleistungen insgesamt	76,3	21,4
Saldo der kurzfristigen Kapitaleistungen		+ 54,9
	76,3	76,3

IV. Leistungs- und Kapitalbilanz

	Saldo der	
	Einnahmen	Ausgaben
1. Warenhandel	951,7	
2. Dienstleistungen	5,3	
3. Unentgeltliche Leistungen		92,3
4. Mittel- und langfristige Kapitaleistungen		168,8
5. Kurzfristige Kapitaleistungen	54,9	
	1 011,9	261,1
Saldo der Leistungs- und Kapitalbilanz		+ 750,8
	1 011,9	1 011,9

An den hier dargestellten Teil A der „Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschlands und West-Berlins für das Jahr 1954“ schließt sich ein Teil B an, der als „Devisenbilanz“ bezeichnet wird. Sie gibt Auskunft über die Gold- und Devisenbewegungen. Von ihrer detaillierten Darstellung können wir hier an dieser Stelle Abstand nehmen.

Welche Bedeutung unter Umständen die unsichtbaren Ein- und Ausfuhren für ein Land gewinnen können, wird aus den Zahlungsbilanzen Groß-Britanniens vor dem Zweiten Weltkrieg ersichtlich, die wir in der folgenden Übersicht zum Vergleich gegenüberstellen.¹

		Beträge in Mill. engl. £		
		1913	1929	1937
Warenhandel	Importe	—	1 229	1 048
	Exporte	—	848	606
	Saldo	— 158	— 381	— 442
Dienstleistungen				
	Frachten (saldiert)	94	130	130
	Kapitalerträge	210	250	210
	Erträge aus kurzfr. Krediten	25	65	40
	Sonstige Erträge	10	15	10
	Regierungs-Transaktionen	—	24	— 4
Saldo des Warenhandels und der Dienstleistungen		181	103	— 56

Angesichts einer derartigen Bedeutung der unsichtbaren Ein- und Ausfuhren darf die Außenhandelstheorie nicht achtlos an ihnen vorübergehen; vor allem dann nicht, wenn es sich darum handelt, den Einfluß des Außenhandels auf das Wachstum der Volkswirtschaft zu untersuchen. Darüber hinaus erscheint es uns erstaunlich, daß bislang lediglich die *terms of trade* in der Theorie des Warenhandels Beachtung fanden. Zweifellos bestehen doch auch bei den internationalen Dienstleistungen und Kapitalbewegungen Austauschrelationen, die Veränderungen unterliegen und über deren Auswirkungen auf das volkswirtschaftliche Wachstum noch niemand irgendwelche Überlegungen angestellt hat.

3. Die Wertung des Begriffes der *terms of trade*

Mit den vorstehenden Ausführungen wollen wir den theoretischen Teil unserer Untersuchung abschließen. Bevor wir aber, hierauf aufbauend, in

¹ Kahn, Alfred E., *Great-Britain in the World Economy*, New York 1946, S. 126/127.

einem zweiten Teil die tatsächliche Bedeutung der terms of trade für die Entwicklung des deutschen Außenhandels in dem Jahrzehnt von 1945-1955 einer näheren Prüfung unterziehen können, stellen sich uns, gleichsam als Ergebnis der seitherigen Darstellung, zwei sehr gewichtige Fragen. Von der Antwort, die wir auf sie finden werden, hängt es weitgehend ab, ob und inwieweit es sinnvoll ist, eine derartige empirische Untersuchung überhaupt durchzuführen.

1. Kann man die terms of trade genau berechnen?

2. Was kann man mit den terms of trade anfangen?

Ad 1. Die bisherigen theoretischen Forschungen haben noch zu keiner vollkommenen Lösung geführt. U. E. bietet die neue Preistheorie noch am ehesten die Möglichkeiten, hier zu einem allseits befriedigenden Ergebnis zu kommen.¹

Auf der anderen Seite ist es jedoch eine Aufgabe der Statistik, die terms of trade als das Verhältnis der durchschnittlichen Preise der Exporte zu denen der Importe zu errechnen. Entsprechende Verfahren, die nicht grundlegend voneinander abweichen, wurden entwickelt und blieben nicht unumstritten.² Dennoch liefern sie alle, unter der Voraussetzung, daß man wegen der internationalen Vergleichbarkeit in der Praxis nur eines anwendet, brauchbare Werte von genügender Genauigkeit und Aussagekraft. Für die Beurteilung der Bedeutung der terms of trade ist schließlich nicht die auf eine Berichtseinheit (Monat, Jahr oder dgl.) bezogene Verhältniszahl entscheidend, sondern die Tendenz, die in den Zahlen einer Reihe von Monaten, Jahren oder dgl. zum Ausdruck kommt.

Ad 2. Die terms of trade sind ein Ausdruck von Veränderungen. Sie unterliegen den Schwankungen der Im- und Exportpreise eines Landes. Veränderungen im Volumen und in der Struktur des Außenhandels werden aus ihnen nicht ersichtlich. Diese müssen gesondert ermittelt werden und können dann unter Umständen zu den Veränderungen der Austauschrelationen in Beziehung gebracht werden.

Darüber hinaus halten wir es für verfehlt, sie zu einem Maßstab des allgemeinen Erfolges oder Mißerfolges eines Landes im Außenhandel zu machen.³ Wir sehen dagegen in den terms of trade ein konjunkturpolitisches Warnzeichen und bewerten sie als außerordentlich aufschlußreichen Teil des Konjunkturbarometers.

Den Beweis für die Richtigkeit dieser Ansicht wollen wir im zweiten Teil unserer Darstellung erbringen.

¹ Vgl. hierzu unsere Ausführungen auf Seite 16 ff.

² Wir werden im zweiten Hauptabschnitt darauf zu sprechen kommen und das bei uns sowie den meisten anderen Ländern gebräuchliche Verfahren erklären.

³ Siehe hierzu unsere Ausführungen auf Seite 16, 19 und 34.

ZWEITER HAUPTABSCHNITT

Die Gestaltung der Austauschrelationen in Westdeutschland nach dem Zweiten Weltkrieg

IV. KAPITEL

Die Grundlagen der Darstellung

1. Der Gegenstand der Untersuchung

Nachdem Bowley im Jahre 1893 den ersten Versuch unternommen hatte, die Veränderungen der englischen terms of trade während eines bestimmten Zeitraumes auf Grund von Indices zu errechnen¹, kam es in der Folge zu einer Reihe ähnlicher Untersuchungen, die alle das Ziel verfolgten, aus den Veränderungen der Austauschrelationen Rückschlüsse auf die Entwicklung anderer Größen (insbesondere die des nationalen Gewinns aus dem Außenhandel) zu ziehen. Allen diesen Arbeiten haftete jedoch der gleiche Fehler an. Sie erstreckten sich über einen zu langen Untersuchungszeitraum und trugen diesem Umstand bei der Auswertung ihrer Ergebnisse nicht entsprechend Rechnung.² Die terms of trade, denen die Durchschnittswerte der Ein- und Ausfuhr zu Grunde liegen, sind nur so lange miteinander vergleichbar, wie die Zusammensetzung der Ein- und Ausfuhr in etwa erhalten bleibt. Diese sehr wesentliche Tatsache darf selbst eine Untersuchung, die sich über einen relativ kurzen Zeitraum erstreckt, nicht außer acht lassen.

2. Das übliche Verfahren zur Errechnung der terms of trade

Bei der Verwendung von Indices aus Durchschnittsgrößen erhebt sich die Frage, auf welche Basis diese zweckmäßigerweise bezogen werden sollen. Grundsätzlich hat man hierbei die Möglichkeit, entweder vom Ausgangs- oder vom Endzeitraum auszugehen.

Bei den terms of trade verfährt man im allgemeinen so, daß man aus den von der Außenhandelsstatistik eines Landes ausgewiesenen Zahlen zunächst die Indices des Durchschnittswertes der Ausfuhr und des Durchschnittswertes der Einfuhr ermittelt. Beide Indices werden zueinander ins Verhältnis gesetzt, wobei man eine neue (dritte) Indexziffer erhält. Diese bezeichnet

¹ Siehe hierzu unsere Anmerkung auf Seite 14.

² *Imlack, A. H.*, The terms of trade of the United Kingdom, 1798 - 1913, Journ. of Econ. History, vol. X, No. 2, 1950;

Lewis, W. A., Economic Survey, 1919 - 1939, London 1949;

Martin, K., The terms of trade of Selected Countries, Bulletin of the Oxford Institute of Statistics, vol. X, 1948;

Meier, G. M., Long Periode Determinants of Britain's terms of trade, 1880 - 1913, Rev. of Econ. Studies, vol. XX, 1952/53, S. 115 ff.;

Rostow, W. W., The Process of Economic Growth, New York 1952.

man als „Kennziffer“ der terms of trade. Sie wird zu dem jeweiligen Ausgangszeitraum der Betrachtung (dem Basisjahr, Basismonat oder dergleichen) = 100 gesetzt. Alle für die folgenden Zeitpunkte errechneten Relationen bezieht man auf die gewählte Basis. Steigende Indices weisen auf eine Verbesserung, fallende auf eine Verschlechterung der terms of trade hin.

Nachdem wir uns mit der Technik des Verfahrens vertraut gemacht haben, können wir uns der eigentlichen praktischen Untersuchung zuwenden.

Aus den bereits geschilderten Gründen¹ haben wir uns bewußt auf einen relativ kurzen Zeitraum beschränkt und uns dabei zu einer chronologischen Darstellung entschlossen, weil wir glauben, daß hier die jeweiligen Zusammenhänge und Wechselwirkungen besonders gut erkannt und herausgestellt werden können.

¹ Vgl. hierzu auch unsere Ausführungen auf Seite 42.

Sachliche Schwierigkeiten, die der Errechnung der deutschen terms of trade während der ersten Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg entgegenstanden

1. Die ersten Versuche zur Überwindung des totalen Außenhandelsverbotes

Der Versuch, die Veränderungen der deutschen terms of trade während der Jahre von 1945-1956 zu untersuchen, stößt, was den Ausgangszeitraum anbelangt, auf erhebliche sachliche Schwierigkeiten.

Der totale militärische und politische Zusammenbruch Deutschlands im Jahre 1945 hatte nicht nur das Ende jeglichen eigenstaatlichen Lebens im Gefolge, sondern brachte auch ein grundsätzliches und allumfassendes Außenhandelsverbot der damaligen Besatzungsmächte mit sich.¹

Diese von den Besatzungsmächten verfügte völlige Abschnürung Deutschlands vom Ausland wurde zunächst von ausländischen Interessenten durchbrochen, denen am Bezug bestimmter deutscher Waren gelegen war. Vor allem handelte es sich hierbei um Firmen aus den ehemals von deutschen Truppen besetzten Gebieten. Sie wünschten meist Restlieferungen, die durch die militärischen Ereignisse nicht mehr ordnungsgemäß abgewickelt worden waren. In anderen Fällen handelte es sich um Ersatzteile für Industrieanlagen, die sich nunmehr in ausländischer Hand befanden.

Die deutschen Firmen verwandten um jene Zeit noch keine eigene Initiative auf die Wiederaufnahme des Außenhandels. Sie waren zunächst einmal damit beschäftigt, eine Inventur der Werte durchzuführen, die ihnen der Krieg belassen hatte, und sahen darüber hinaus mit Sorgen der weiteren Zukunft entgegen. Sie war überschattet von den Unsicherheitsfaktoren: Produktionsverbote, Restitutionen, Demontagen, Dekartellisierung, Vermögenssperren, Sequesterverwaltungen u. ä. Aber selbst in den Fällen, wo man sich von diesen Gefahren nicht unmittelbar betroffen sah, war die Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Betätigung von einer Erlaubnis der örtlich zuständigen Militärregierung abhängig.

Da es den erwähnten ausländischen Interessenten nicht möglich war, mit deutschen Firmen direkten Kontakt aufzunehmen, leiteten sie ihre Anfragen an die zuständigen Militärregierungen, die daraufhin von sich aus mit entsprechenden Aufforderungen an die deutschen Firmen herantraten. (Ein direkter Kontakt blieb bis in das Jahr 1947 hinein untersagt.)

Die meisten der Unternehmer erklärten sich auch dazu bereit, die Exporte durchzuführen. Dieser Entschluß wurde ihnen dadurch erleichtert, daß die

¹ Proklamation Nr. 2 des Alliierten Kontrollrates vom 20. 9. 1945, Abschnitt V, Ziffer 18; veröffentlicht im Amtsblatt des Kontrollrates in Deutschland, Nr. 1 vom 29. 10. 1945, S. 13.

von ihnen für bestimmte Anlagen hergestellten Einzelteile anderweitig nur schwer verwendbar waren und bei Nichtabnahme durch das Ausland nur noch den Schrottwert repräsentierten.

Aber auch den Militärregierungen kamen die ausländischen Anfragen außerordentlich gelegen, da sie sich vor die Notwendigkeit gestellt sahen, irgendwelche Devisenquellen zu erschließen, mit deren Hilfe sie die durch Unterstützungslieferungen entstandenen eigenen Forderungen begleichen konnten. Sie entwickelten daher ein eigenes Verfahren, durch das ausländische Interessenten bei der jeweils zuständigen Besatzungsmacht deutsche Waren gegen Bezahlung in ausländischer Währung anfordern konnten. An die deutschen Firmen erging hierauf die Aufforderung zur Abgabe einer „Lieferbereitschaftserklärung“. Hatte dann auch noch der ausländische Abnehmer die von den Militärregierungen vorgeschriebenen Zahlungsbedingungen (unwiderprüfliches US-Dollar-Akkreditiv) erfüllt, dann durfte die Ware mit den dazugehörigen Genehmigungspapieren versandt werden.

Auf diese Weise machte man, unter grundsätzlicher Aufrechterhaltung des erlassenen Verbotes jeglicher Ausfuhr, den einzelnen Export zum Gegenstand einer Ausnahmegenehmigung; ein Verfahren, das man bis zur endgültigen Überleitung des Außenhandels in deutsche Hände im Jahre 1949 beibehielt.

Um diesen Export nach Möglichkeit zu erweitern, schlugen die Militärregierungen den deutschen Firmen vor, zur Ausfuhr geeignete Waren bei ihnen anzumelden. Sie selbst wollten sich dann im Ausland um zahlungskräftige Käufer bemühen.

Zur Bearbeitung der eingegangenen „Exportbereitschaftserklärungen“ gründete man deutsche Büros, die unter der Bezeichnung „Außenhandelskontore“ allgemein bekannt wurden. Diese Stellen veranlaßten auch die Bezahlung der Exporte durch die Ausfertigung von „Auszahlungsbescheinigungen“. Bei Vorlage dieser Papiere ließen die Militärregierungen von einer „Außenhandelskasse“ den ausschließlich zulässigen Inlands-Stop-Preis in Reichsmark auszahlen.¹

Es ist klar, daß diese Preise, die auf der Preisstopverordnung aus dem Jahre 1936 und dem damit eingefrorenen Preisniveau vom 18. 10. 1936 beruhten², in keinem Verhältnis zur Preisentwicklung auf den Weltmärkten standen.

Für Indexberechnungen waren sie demzufolge völlig unbrauchbar.³ Darüber

¹ Vgl. hierzu auch *Albert, H.*, Die Entwicklung des deutschen Außenhandelsgeschäftes, Akademie für Welthandel, Wiesbaden ohne Erscheinungsjahr, S. 236 ff.

² § 1 der Verordnung über das Verbot von Preiserhöhungen vom 26. 11. 1936, RGBl. I, (Nr. 110), 1936, S. 251.

³ *Richter, Hans*, Zur Berechnung von Preisindices der Ein- und Ausfuhr des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, Wirtschaft und Statistik, 1. Jahrg., N. F., Heft 6/1949, S. 161.

hinaus dürfen die Inlandspreise des Jahres 1936 nicht mit den Außenhandelspreisen des gleichen Jahres verwechselt werden. Wir werden auf diese Zusammenhänge an anderer Stelle noch zurückkommen.¹

Was die Bemühungen der Militärregierungen um eine Intensivierung der Exporte anbelangte, so blieben ihnen größere Erfolge versagt. Lediglich Rohstoffe, wie Kohlen, Holz und Schrott sowie einige Massengüter wurden auf die beschriebene Weise exportiert. Die Ausfuhr deutscher Fertigwaren blieb demgegenüber unbedeutend.

Die unbefriedigende Entwicklung der deutschen Ausfuhr brachte im Verlaufe des Jahres 1946 die britische und die amerikanische Militärregierung zu der Überzeugung, daß im Hinblick auf die immer umfangreicher werdenden Hilfslieferungen eine Änderung des Außenhandelsverfahrens unerlässlich sei. Vor allem wollte man die deutschen Firmen wieder direkt in den Außenhandel einschalten.

2. Die Entwicklung des deutschen Außenhandels von der Gründung der JEIA bis zur Währungsreform

Am 2. 12. 1946 wurde in Washington zwischen den USA und Großbritannien ein Abkommen über die wirtschaftliche Vereinigung ihrer beiden Besatzungszonen in Deutschland geschlossen.

Im Mittelpunkt dieses Abkommens stand ein sogenannter „Wirtschaftlicher Erholungsplan“, nach dem bis zum Jahre 1949 die wirtschaftliche Selbstverwaltung in der sogenannten Bizone wiederhergestellt werden sollte. Im Verlaufe des Jahres 1947 erfuhr dieses Abkommen mehrfache Änderungen, wodurch die USA infolge einer anteilmäßig größeren Übernahme von Unterstützungslasten auch einen entscheidenderen Einfluß auf die Gestaltung des Außenhandels in der Bizone gewannen.²

Zur Durchführung des „Wirtschaftlichen Erholungsplanes“ gründeten die Besatzungsmächte die „Joint Export-Import Agency“ (JEIA).³ Sie übernahm die Außenhandelsaufgaben der britischen und amerikanischen Militärregierung und nach dem späteren Anschluß der französischen Besatzungszone auch die Zuständigkeit im Außenhandel dieser Zone durch Verschmelzung mit der dortigen Außenhandelsstelle „Oficomex“.⁴ Der JEIA selbst wurde die „Joint Foreign Exchange Agency“ angegliedert, die den gesamten internationalen Zahlungsverkehr für das „Vereinigte Wirtschaftsgebiet“ abwickelte und später mit der gemeinsamen „Außenhandelskasse“ in der Auslandsabteilung der „Bank deutscher Länder“ aufging.⁵

¹ Siehe hierzu unsere Ausführungen auf Seite 63.

² Albert, H., a.a.O., S. 237.

³ JEIA-Anweisung Nr. 1, Ziffer 2, S. 7.

⁴ Office du commerce extérieur.

⁵ Siehe hierzu auch Albert, H., a.a.O., S. 237.

Das von der JEIA zunächst befolgte Ausfuhrverfahren hielt an der grundsätzlichen Genehmigungspflicht sämtlicher Lieferungen an das Ausland fest. Wenn auch die Errichtung der JEIA von dem Wunsche getragen war, den deutschen Außenhandel zu intensivieren, so fanden sich die Besatzungsmächte doch nur sehr allmählich dazu bereit, die Belange der deutschen Kaufleute und der deutschen Wirtschaft stärker zu berücksichtigen. Durch eine Vielzahl bürokratischer Vorschriften wurde die persönliche Initiative weitgehend gehemmt. (So mußten beispielsweise die Ausfuhranträge jeweils in 3 Originalen mit zusammen 49 Durchschlägen eingereicht werden.¹)

Da die JEIA von Militärpersonen geleitet wurde, ergab sich eine bürokratische Unbeweglichkeit der ganzen Organisation, deren Unzulänglichkeit offenbar wurde, als es im Jahre 1947 auf den Weltmärkten zu einer Umstellung von Verkäufermärkten auf Käufermärkte kam. Auch die Erlaubnis des deutschen Postverkehrs mit dem Ausland konnte hier keine entscheidenden Verbesserungen bringen, da noch im April 1947 ein Brief in die unmittelbar benachbarte Schweiz 2-3 Wochen unterwegs war.²

Besonders nachteilig machte sich jedoch für den Außenhandel bemerkbar, daß es keinen Umrechnungskurs für die Reichsmark gab. Hierdurch beruhte jedes Exportgeschäft auf zwei völlig verschiedenen Preisen: Auf der einen Seite verpflichtete man den deutschen Exporteur, für seine Ausfuhren Weltmarktpreise zu erzielen, zahlte ihm aber auf der anderen Seite lediglich den „gesetzlichen Inlandshöchstpreis“ in Reichsmark aus.³ Der tatsächliche Devisenerlös samt dem sich aus der Differenz zwischen Inlandshöchstpreis und Weltmarktpreis ergebenden Agio verblieb der JEIA zur Finanzierung der Einfuhr.

Da so „der mögliche Erfolg durch Preisstop und Bewirtschaftung auf ein Minimum begrenzt blieb, war kein Anreiz vorhanden, im Außenhandel Besonderes zu leisten.“⁴

Erst im Jahre 1948 änderte die JEIA das Außenhandelsverfahren und paßte es mehr den Bedürfnissen des Welthandels an. Wie unzulänglich bis dahin alle Bemühungen um eine Intensivierung des Außenhandels geblieben waren, geht am besten daraus hervor, daß 1936 der auf das Vereinigte Wirtschaftsgebiet umgerechnete Außenhandel rund 1.600 statistische Positionen umfaßte, während man um die Mitte des Jahres 1948 erst wieder rund 400-500 Positionen zählte.⁵

Noch offensichtlicher wird das unbefriedigende Ergebnis der Ausfuhr, wenn man deren Zusammensetzung betrachtet.

¹ Wirtschaftszeitung, Nr. 13 vom 28. 3. 1947, 2. Jahrgang, S. 2.

² Wirtschaftszeitung, Nr. 14 vom 4. 4. 1947, 2. Jahrgang, S. 2.

³ JEIA-Anweisung Nr. 1, Ziffer 21 und 22, S. 11 und 12, Ausgabe vom 4. 4. 1947.

⁴ Albert, H., a.a.O., S. 238.

⁵ Richter, Hans, a.a.O., S. 159.

Während im Jahre 1938 81% aller Ausfuhrerlöse auf Fertigwaren entfielen und nur etwa 18% auf Rohstoffe, erbrachten im Jahre 1946 Fertigwaren nur noch 13% der Ausfuhrerlöse der amerikanischen Zone und im Jahre 1947 16,5% der Ausfuhrerlöse der Bizone.¹

In dem Zeitraum von Januar bis Juli 1948 wies die Ausfuhr der Doppelzone folgende Zusammensetzung auf:

Kohlen	52,3%
Holz	5,7%
Eisen	2,4%
Textilien	7,8%
Maschinen und Fahrzeuge	7,5%
Chemikalien	4,6%
Pharmazeutika	0,4%
Opt. Erzeugnisse	1,5%
Sonstiges	17,8% ²

Wenige Wochen vor der Währungsreform legte die JEIA am 1. 5. 1948 mit Erlaß des „Operational Memorandum Nr. 25“ den Umrechnungskurs für 1 Reichsmark mit 30 US-Dollar-Cents fest.³ Dadurch sollten die deutschen Inlandspreise an die Weltmarktpreise herangeführt werden. Dieses Prinzip durchbrach man allerdings sogleich wieder, indem man für die Ausfuhr von Kohlen und die Einfuhr von Lebensmitteln besondere Umrechnungskurse festlegte.⁴

Da der überwiegende Teil der damaligen deutschen Exporte auf Kohlen entfiel, bestimmte das Verhältnis der von den Besatzungsmächten hierfür festgesetzten Ausfuhrpreise in Dollar zu den Inlandspreisen weitgehend den Kurs der Reichsmark.

Von Januar bis März 1948 betrug der Ausfuhrpreis für Steinkohlen und Koks rund 15 Dollar je metr. Tonne, der den Zechen dafür ausgezahlte und durch Subventionen niedrig gehaltene Inlandspreis 15 Reichsmark, woraus sich ein Kurs von 1 RM = 1 Dollar ergab. Im April des gleichen Jahres wurde der Inlandspreis für Kohlen und Koks erhöht, während der Ausfuhrpreis in Dollar unverändert blieb. Dementsprechend sank dann auch der Kurs der Reichsmark.⁵

¹ Wirtschaftszeitung, Nr. 11 vom 12. 3. 1948, 3. Jahrgang, S. 1, „Widerspruch in sich“, o. V.

² Wirtschaftszeitung, Nr. 41 vom 8. 10. 1948, 3. Jahrgang, S. 11, „Größere Freizügigkeit für den Export“, o. V.

³ Operational Memorandum Nr. 25 der JEIA, Ziffer 1.

⁴ Ebenda, Ziffer 4a bzw. Ziffer 6.

⁵ Wirtschaft und Statistik, Heft 1, 1949, 1. Jahrgang N. F., S. 18, „Der Kurs der RM und DM in der Ausfuhr 1948 und die Ursachen seiner Schwankungen“, o. V.

Wenn wir uns bisher ausschließlich mit der Entwicklung der deutschen Ausfuhr beschäftigt haben, so bleibt uns bezüglich der Einfuhr nicht allzuviel nachzutragen.

Da sich die Importe aus den ursprünglichen Hilfslieferungen der Besatzungsmächte entwickelten, blieb die Art ihrer Durchführung auch nach der Errichtung der JEIA bei dieser Institution zentralisiert. Hinzu kam, daß es sich hier um die einzige Stelle in Deutschland handelte, die über Devisen verfügte, die zum Ankauf von Lebensmitteln verwandt werden konnten. Irgendwelche Wünsche der Importeure wurden hierbei nicht berücksichtigt. An dieser Situation änderte sich nichts bis zum 20. 6. 1948, dem Tag der Währungsreform in den drei westlichen Besatzungszonen.

Bevor wir uns aber diesem Ereignis und seinen weitreichenden Folgen für die westdeutsche Wirtschaft zuwenden, wollen wir die Frage untersuchen, weshalb es nicht möglich ist, für den soeben betrachteten Zeitraum irgendwelche Werte zu errechnen, die als die deutschen terms of trade jener Zeit bezeichnet werden könnten.

3. Das Fehlen brauchbarer Unterlagen zur Errechnung der terms of trade

In den Jahren nach 1945 gab es weder eine deutsche noch eine alliierte Stelle, die technisch in der Lage gewesen wäre, eine Außenhandelsstatistik zu führen. Einen ersten Ansatz hierfür lieferte erst die JEIA-Anweisung Nr. 1, die unter anderem auch die Wiedereinführung des statistischen Anmeldeverfahrens brachte.¹ Infolge unvorhergesehener Anlaufschwierigkeiten konnten aber erst für das Jahr 1948 halbwegs brauchbare Ergebnisse erzielt werden.² Vor allem waren es die staatsrechtlichen Besonderheiten des „Vereinigten Wirtschaftsgebietes“, die dem Erkenntniswert der Außenhandelsstatistik manche Grenzen setzten. Diese muß man kennen, wenn man sich vor falschen Schlußfolgerungen bewahren will.

Da das Vereinigte Wirtschaftsgebiet keinen Staat im staatsrechtlichen Sinne mit festen, von Zollbehörden überwachten Grenzen darstellte, ließ sich der Warenverkehr mit dem Ausland nicht lückenlos erfassen. Es fehlte die Ausfuhrstatistik aller jener Güter der Bizone, die von den beiden anderen Zonen aus ihr bezogen worden waren und die dann von dort aus unverändert exportiert wurden. Desgleichen fehlte die Einfuhrstatistik aller Waren, die von der französischen beziehungsweise der sowjetischen Zone aus dem Ausland eingeführt und von dort aus unverändert in die Bizone verkauft wurden. So hatte beispielsweise das Vereinigte Wirtschaftsgebiet bis Anfang 1949 keine

¹ JEIA-Anweisung Nr. 1 vom 4. 4. 1947, Ziffer 37, S. 17.

² Wirtschaft und Statistik, Heft 1, 1. Jahrgang, N. F., 1949, S. 8, „Der Außenhandel des ‚Vereinigten Wirtschaftsgebietes‘ seit Januar 1948“, o. V.

ausländischen Gewürze und Schokoladen eingeführt, und doch gab es beide Artikel (nach der Währungsreform) überall zu kaufen.¹

Sehr wesentlich für die Beurteilung der Außenhandelsstatistik der Bizone für das Jahr 1948 ist auch das Fehlen eines Umrechnungskurses für die Reichsmark, wozu wir in anderem Zusammenhang bereits einiges gesagt haben.² Der Außenhandel der Doppelzone vollzog sich ausschließlich in fremder Währung, vornehmlich in US-Dollar, die Abrechnung der JEIA mit den Importeuren und Exporteuren aber ebenso ausschließlich in inländischer Währung. Eine handelsbilanzmäßige Gegenüberstellung der Ein- und Ausfuhr des Vereinigten Wirtschaftsgebietes wäre daher nur mit den Dollarwerten der JEIA-Statistik möglich. Aber auch hierbei ergeben sich für die Zeit vor der Währungsreform unüberwindliche Schwierigkeiten, weil die Einfuhrpreise in US-Dollar erst ab Januar 1949 verfügbar sind.³ Nur diese können uns jedoch echte Weltmarktpreise vermitteln, weil zuvor der Importeur in Reichsmark, nach Inlandspreisen berechnet, von der JEIA bezog und folglich nur diese Inlandspreise für statistische Zwecke meldete. Die tatsächlichen Weltmarktpreise waren ihm meistens unbekannt.

4. Die Entwicklung des westdeutschen Außenhandels von der Währungsreform bis zum Ausbruch der Feindseligkeiten in Korea im Juni 1950

Als am 20. Juni 1948 die RM von der DM abgelöst wurde, änderte das nichts an der Tatsache, daß auch hier die neue westdeutsche Währung zunächst eine Binnenwährung blieb. Zwar hatte die JEIA in einer „Änderung Nr. 1“ zum „Operational Memorandum Nr. 25“ am 21. 6. 1948 verfügt, daß das Wort „Reichsmark“ durch die Worte „Deutsche Mark“ zu ersetzen sei⁴, doch war dies nicht gleichbedeutend mit der Festsetzung eines echten Wechselkurses, der allein die DM zu einer für den ausländischen Erwerber verwertbaren Devisen gemacht hätte. Mit dieser Maßnahme legte man lediglich einen Umrechnungskurs von 30 US-Dollar-Cents für 1 DM fest, der es erlaubte, Exporte und Importe, die nach wie vor an die Dollar-Klausel gebunden waren⁵, von den Währungen des Auslandes in die des Inlandes oder umgekehrt umzurechnen.

Dem Exporteur, dem von nun an nicht mehr der Inland-Stop-Preis, sondern ein umgerechneter Dollarerlös ausgezahlt wurde, sollte damit ein Anreiz zum Export geboten werden. Für ihn kam es darauf an, einen günstigen

¹ Wirtschaft und Statistik, a.a.O., S. 8, „Der Außenhandel des Vereinigten Wirtschaftsgebietes seit Januar 1948“, o. V.

² Siehe hierzu Seite 46 ff.

³ Richter, Hans, Zur Berechnung von Preisindizes der Ein- und Ausfuhr des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, Wirtschaft und Statistik, 1. Jahrgang, Heft 6/1949, N. F., S. 161.

⁴ JEIA-Operational Memorandum Nr. 25, Änderung Nr. 1 v. 21. 6. 1948, Buchst.: b.

⁵ Vgl. hierzu unsere Ausführungen auf Seite 44.

Preis im Ausland zu erzielen, da die DM-Abrechnung die besondere Leistung durch einen entsprechend hohen DM-Betrag belohnte.

Einem großen Teil der Industrie jedoch, die erst wieder unter vielen Mühen ins Auslandsgeschäft gekommen war, erschien der Umrechnungskurs zu hoch.¹ Im Interesse einer Belebung der deutschen Exporte hatte nämlich die JEIA vor der Währungsreform verschiedenen Industriezweigen bevorzugte Kurse eingeräumt. So betrugen beispielsweise vor der allgemeinen Kursfestsetzung durch Erlaß des „JEIA-Operational Memorandum Nr. 25“ die Kurse für

Wein	16 Cents
Fahrräder	20 Cents
Fahrradteile	30 Cents ²

Nach dem Wegfall dieser Vergünstigungen fürchteten die betroffenen Industrien, sich nicht mehr auf den Auslandsmärkten durchsetzen zu können.

Diesen Klagen versuchte man mit dem Hinweis zu begegnen, daß bislang der Industrie das Verdienen zu leicht gemacht worden sei. Ehe man um Förderung nachsuche, solle man die Erzeugnisse genauer durchkalkulieren und die innerbetriebliche Rationalisierung vorantreiben. Im übrigen seien jedoch die Anteile der betroffenen Industrien am Gesamtexport derart gering, daß man es im Interesse der gesamten Volkswirtschaft nicht verantworten könne, durch eine Herabsetzung des Umrechnungskurses, die praktisch nur einem kleinen Interessentenkreis zugute komme, die Einfuhr zu verteuern.

Diese Einstellung war typisch für die JEIA, die trotz aller gegenteiligen Versicherungen vor allem eine einkaufsorientierte Handelspolitik verfolgte.³

Bezüglich der Importe konnte auch die Festsetzung eines Umrechnungskurses nicht das Grundübel beseitigen, das darin bestand, daß ein schwerfälliges Genehmigungsverfahren, mit dem man inzwischen die deutschen Importeure wieder direkt in die Einfuhr eingeschaltet hatte, eine Entfaltung des Wettbewerbes um den günstigsten Preis verhinderte. „Viele Einkäufe im Ausland würden sich billiger stellen“, so führte damals die „Wirtschaftszeitung“ aus, „wenn der Importeur mit einem festen Wechselkurs arbeiten könnte und nicht durch das Genehmigungsverfahren gehindert würde, Marktchancen auszunutzen, die schnelle Entscheidungen erfordern.“⁴

¹ Meyer, Fr. W., Volkswirtschaftliche Probleme des deutschen Außenhandels, Schriften des Vereins für Sozialpolitik, N. F., Bd. 1, Berlin-München 1949, S. 31.

² Wirtschaftszeitung, Nr. 33 vom 13. 8. 1948, 3. Jahrgang, S. 7, „Ausfuhr unter Preisdruck“, o. V.

³ Bismarck-Osten, Ferd. v. und Zotschew, Theodor D., Der deutsche Außenhandel im Rahmen der Welthandelsentwicklung (Vergleich des Exports der wichtigsten Industrieländer), Weltwirtschaftl. Archiv, Bd. 69, 1952/2, S. 237.

⁴ Wirtschaftszeitung, Nr. 35 vom 16. 7. 1948, 3. Jahrgang, S. 9, „Der Preis im Außenhandel“, o. V.

Je mehr sich dann aber die Verhältnisse in der gesamten Volkswirtschaft wieder normalisierten, desto fühlbarer wurden auch die Erleichterungen, die man den Im- und Exporteuren gewährte. Zwar hielt die JEIA nach wie vor an der grundsätzlichen Genehmigungspflicht für jedes einzelne Exportgeschäft fest¹, doch paßte sie die Formalitäten mehr den Belangen der Wirtschaft an.

Einen wesentlichen Schritt in Richtung auf eine Dezentralisierung der Ein- und Ausfuhr bedeutete die im September 1948 der Bank deutscher Länder erteilte Genehmigung, Konten in fremder Währung bei ausländischen Banken zu unterhalten. Einen Monat später verzichtete die JEIA auf die Überprüfung der Preise vor Erteilung einer Ausfuhrgenehmigung und verpflichtete den Exporteur nur noch zur Ablieferung der aus der Ausfuhr erzielten Devisen.

Mit der Neufassung der „JEIA-Anweisung Nr. 1 vom 1. 12. 1948“ wurde der gesamte Außenhandel der inzwischen durch Verschmelzung von JEIA und Oficomex auch auf diesem Gebiet vereinigten Westzonen auf eine neue Basis gestellt.

Der Exporteur wurde davon befreit, vor Abwicklung eines Ausfuhrgeschäftes die zunächst grundsätzliche Ausfuhrbewilligung und später die spezielle Ausfuhrgenehmigung einzuholen.² Darüber hinaus blieb es in das Ermessen des Exporteurs gestellt, den Preis zu bestimmen, zu dem er verkaufen wollte.³

Mit dem Inkrafttreten dieser Anordnung war im wesentlichen, von einigen Vorbehaltsgütern abgesehen, die Freiheit der Ausfuhr wiederhergestellt.

Über diese Fortschritte dürfen wir jedoch nicht vergessen, daß die DM ihren Status als „Binnenwährung“ noch nicht verloren hatte. Hierzu das folgende Beispiel:

Mit dem Tage der Währungsreform wurde die DM auf den Devisenmärkten der Schweiz notiert. Während man am 20. 6. 1948 für 100 DM = 70 sfrs. zahlte, lautete das Verhältnis am 20. 9. 1948 100 : 27 und im November des gleichen Jahres 100 : 18.⁴

Es wäre verfehlt, in dieser Entwicklung einen Ausdruck der tatsächlichen Wertrelation zu sehen. Das für die damalige Zeit relativ hohe Angebot an DM — in der Schweiz lag der tägliche Umsatz bei schätzungsweise 300.000,— DM — resultierte fast ausschließlich aus Marktschmuggel, offenbarte also eine Flucht aus der DM, die jedoch infolge der Geringfügigkeit unmaßgeblich blieb. Als Aufkäufer kam jedoch nur ein sehr kleiner Interessentenkreis in Frage, der zudem gewillt sein mußte, die erworbenen DM-Beträge wieder illegal nach Westdeutschland zurückzubringen, weil

¹ Siehe hierzu Seite 44.

² JEIA-Anweisung Nr. 1, 1. Neufassung vom 1. 12. 1948, Ziffer 5 und Ziffer 10.

³ Ebenda, Ziffer 6.

⁴ Handelsblatt, Nr. 53 vom 9. 2. 1949, 4. Jahrgang, S. 3, „Praktiken mit DM“, o. V.

sich um jene Zeit in der Schweiz noch keine Verwendungsmöglichkeit für die DM bot. Das Ausmaß der Kursverschlechterung war also ausschließlich durch den Umstand bedingt, daß es sich bei der DM um keine Devisen mit offiziellem Wechselkurs handelte.

Trotz aller Erleichterungen der Ausfuhr konnte man den westdeutschen Außenhandel, als Ganzes gesehen, noch keineswegs als normal verlaufend bezeichnen, da die Entwicklung der Einfuhr noch stark zurückgeblieben war. Trotz der direkten Beteiligung der Importeure bei den Einfuhren wurden die Stapelgüter nach wie vor zentral von der JEIA eingekauft. Darüber hinaus hatte man die sogenannten „Stapelernährungsgüter“ auch von dem allgemeinen Umrechnungskurs 1 RM/DM = 30 US-Dollar-Cents ausgenommen.

Wenn nun die Statistik im zweiten Halbjahr 1948 eine stärkere Erhöhung der Einfuhren auswies, so war dies keineswegs gleichbedeutend mit entsprechend angestiegenen Importen. Die Ursachen hierfür lagen vielmehr in einer konsequenten Anwendung des 30-Cent-Kurses (außer für Stapelernährungsgüter) und in einem plötzlichen Hereinströmen von Waren, die zu verschiedenen Zeiten von der JEIA eingekauft worden waren und die nun „über die Verarbeitungsmöglichkeiten dieser Periode teilweise weit hinaus gingen“.¹

Am 20. 1. 1949 teilte das „Bipartite Control Office“ der „Verwaltung für Wirtschaft“ mit, die Militärgouverneure hätten beschlossen, die für Nahrungsmittel, Saatgut, Düngemittel und medizinischen Bedarf bisher gewährten Ausnahmen vom allgemeinen Umrechnungskurs aufzuheben. Ab 1. 5. 1949 sei demzufolge von den Importeuren an Stelle des Inlandspreises der volle Wert der Einfuhren „cif-Grenzstelle“ zu zahlen.²

Diese Entscheidung führte zu einer Neufassung der JEIA-Anweisung Nr. 29, die am 28. 2. 1949 veröffentlicht wurde. Sie sah vor, daß es bezüglich der Hilfslieferungen seitens der Besatzungsmächte und der Lieferungen aus dem inzwischen angelaufenen Marshall-Plan bei der zentralen Beschaffung durch die JEIA blieb. Alle übrigen Einfuhren wurden dezentralisiert. In das hierfür vorgesehene Lizenzierungssystem wurden die deutschen Außenhandelsbanken mit eingeschaltet. Für die Erteilung von Lizenzen arbeitete das „Import Advisory Committee“ als oberstes Organ für Einfuhren zwei Verfahren aus, die auf dem Zuteilungs- (Global-) und Reihenfolgeprinzip beruhen.

Zur Arbeitsweise der beiden Verfahren verweisen wir auf die eingehende Untersuchung Günter Herwigs³ und können uns hier auf die Feststellung

¹ Monatsbericht der Bank deutscher Länder, April 1949, S. 15.

² Wirtschaftszeitung, Nr. 13 vom 12. 2. 1949, 4. Jahrgang, S. 1, „Brot zum Weltmarktpreis“, o. V.

³ Herwig, Günter, Das Bardepotverfahren als Instrument der Import- und Kreditpolitik. Technik, praktische Bewährung und kritische Würdigung, (Diss.) Mainz 1955.

beschränken, daß keines der Verfahren dem Importeur einen Anreiz bot, das günstigste Angebot auf den Auslandsmärkten zu suchen. Für ihn war es viel wichtiger, sich bei den amtlichen Stellen zu erkundigen, für welche Zwecke Devisen bereitgestellt würden, um sich dann, im „Wettbewerb“ mit den anderen Importeuren, um einen möglichst hohen Anteil an diesen Devisen zu bemühen. Im übrigen wäre es ihm aber auch im Jahre 1949 nicht ohne weiteres möglich gewesen, ein günstiges Angebot auf den ausländischen Märkten wahrzunehmen, „weil die Post noch immer langsamer als die JEIA war“.¹

Die Devisen der damaligen Einfuhren kamen aus folgenden Quellen:

1. Dem Marshall-Plan;
2. den Regierungsbeihilfen aus den Armeehaushalten der Besatzungsmächte. (Bekannt unter den Bezeichnungen: „GARIOA-Fonds“ und „United Kingdom (U. K.)-Contributions“.);
3. den Exporterlösen der deutschen Ausfuhr (JEIA-Mittel).

Leider verlief die Normalisierung des deutschen Außenhandels nicht stetig. Einen Rückschlag bedeutete beispielsweise im Frühjahr 1949 die Direktive der JEIA, nach der die Ausfuhr nach allen Ländern außerhalb des Marshall-Plan-Bereiches, des Sterling-Gebietes, der USA, Kanadas und Neufundlands wieder einer Vorgehmung durch die JEIA-Zentrale bedurfte.²

Allzu schwer wogen diese Rückschritte nicht, weil sie meist durch die Auswirkungen anderer Fortschritte wettgemacht wurden. Zu letzteren gehörte unter anderem die Bereitschaft der JEIA, Ausfuhrsgeschäfte gegen Akzepte mit einer Laufzeit bis zu 90 Tagen ohne vorherige Genehmigung zuzulassen. Damit öffnete sich eine erste Möglichkeit zur Kreditierung des Ausfuhrgeschäftes.³

Am 20. 9. 1949 ging die Verwaltung der westlichen Besatzungszonen von den Heeresministerien auf die Außenministerien der Westmächte über. Das bedeutete das Ende des „Bipartite Control Office“ (Bico) und der JEIA.

Während der ganzen Zeit, d. h. seit der Währungsreform, war die Debatte um den angeblich zu hohen Umrechnungskurs der DM nicht verstummt.⁴ Nachdem aber auf den Weltmärkten die Umstellung von Verkäufermärkten auf Käufermärkte immer weitere Fortschritte machte, ergaben sich hieraus wichtige Argumente, die für die Beibehaltung des seitherigen Umrechnungs-

¹ Wirtschaftszeitung, Nr. 24 vom 23. 3. 1949, 4. Jahrgang, S. 2.

² Ausfuhr-Rundschreiben 2/49, VfW., Hauptabteilung: Außenwirtschaft vom 13. 3. 1949.

³ Wirtschaftszeitung, Nr. 38 vom 11. 5. 1949, 4. Jahrgang, S. 7, „Kredit im Ausfuhrgeschäft“, o. V.

⁴ Vgl. hierzu Seite 50.

kurses sprachen. So schrieb beispielsweise das „Handelsblatt“ am 21. 9. 1949:¹ „Der Umrechnungskurs ist heute nicht mehr die Frage der Umrechnung eines feststehenden Exportvolumens, sondern die Frage der Entstehung und der Größe des Volumens überhaupt.“

Durch ein äußeres Ereignis sollte dann aber doch das umstrittene Problem einer Lösung zugeführt werden. Großbritannien, das in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg seine ganzen wirtschaftlichen Anstrengungen auf eine Intensivierung seiner Exporte gerichtet hatte, mußte infolge eines anhaltenden Ausfuhrrückganges erkennen, daß die eigene Währung gegenüber dem Dollar überbewertet war. Es entschloß sich daher am 19. 9. 1949 zu einer Herabsetzung des Wechselkurses um 30%.

Andere Länder, für die der Export ebenfalls zu einer Lebensfrage geworden war, schlossen sich dem britischen Vorgehen an, so daß auch der Bundesrepublik Deutschland keine andere Wahl blieb, als die DM in ein neues Verhältnis zum Dollar zu bringen. Dieser Entschluß wurde durch die Tatsache erleichtert, daß $\frac{2}{3}$ aller damaligen Exporte nach Großbritannien und den Ländern gingen, die sich der britischen Maßnahme angepaßt hatten.²

Auf Empfehlung der Alliierten Hohen Kommission gab daher die Bundesregierung die Herabsetzung des Umrechnungskurses der DM von 30 US-Dollar-Cents auf 23,8 US-Dollar-Cents bekannt.³ Von der Abwertung wurde lediglich der Kohlenpreis ausgenommen.

Weiten Kreisen der westdeutschen Wirtschaft erschien diese Abwertung ungenügend, da der Umrechnungskurs der DM nur um 20,6% herabgesetzt worden war gegenüber einer 30%igen Abwertung des englischen Pfundes.

Wenige Wochen später kam die Dollar-Klausel in Wegfall.⁴ Die Außenhandelsbanken wurden von der Bank deutscher Länder ermächtigt, DM-Akkreditive zu eröffnen. Die Erlaubnis war zwar zunächst nur auf einige Länder begrenzt, doch gab sie dem deutschen Exporteur die Möglichkeit, in der eigenen Währung zu fakturieren.

Für die Deutsche Mark bedeutete dies die Anerkennung als Devisen. Der seitherige Umrechnungskurs war zum Wechselkurs geworden.

Noch größere Auswirkungen auf den westdeutschen Außenhandel zeitigte

¹ Handelsblatt, Nr. 85 vom 21. 9. 1949, 4. Jahrgang, S. 1, „Unklare Vorstellungen“, o. V.

² Monatsbericht der Bank deutscher Länder, Sept. 1949, S. 1.

³ Da es sich hier nicht um die Herabsetzung eines international anerkannten Wechselkurses, sondern um die Bestimmung eines neuen nationalen Umrechnungskoeffizienten handelte und Westdeutschland zu jener Zeit auch noch nicht Mitglied des Internationalen Währungsfonds war, blieb für die Maßnahme die Alliierte Hohe Kommission zuständig.

⁴ Vgl. hierzu Seite 44 und 50.

ein Beschluß der OEEC¹ vom 2. 10. 1949, wonach alle Mitgliedsländer ihre Einfuhren bis zum 15. 12. 1949 zu 50% liberalisieren sollten.²

Als erstes Marshallplan-Land folgte Westdeutschland dieser Anregung. Am 4. 11. 1949 veröffentlichte das Bundeswirtschaftsministerium eine unilaterale Freiliste, die 350 Positionen umfaßte. Dies entsprach einer 35%igen Liberalisierung aller Einfuhren aus den Ländern der OEEC. Im einzelnen wurden Rohstoffimporte mit 60% am stärksten betroffen. Es folgten Fertigwaren mit 33% und Lebensmittel mit 29%.³

Die Wirkungen der Liberalisierung auf die Nachfrage der deutschen Importeure übertrafen alle Erwartungen. Die Einfuhr stieg sprunghaft an, während die Ausfuhr nur zögernd folgte. Von den Ursachen, die die Ausfuhr hemmten, fielen u. E. besonders ins Gewicht:

1. Die große Aufnahmefähigkeit des Binnenmarktes, bedingt durch eine relativ niedrige Produktion und einen hohen Wiederaufbaubedarf;
2. im Ausland waren die Liberalisierungsfortschritte wesentlich geringer als in Westdeutschland;
3. Der im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland erheblich schwächere Einfuhrsog der ausländischen Märkte.

Diese Entwicklung führte zu einem völligen Strukturwandel der deutschen Handelsbilanz mit den OEEC-Ländern.

Schloß in den ersten Monaten des Jahres 1949 die deutsche Handelsbilanz noch mit einem Aktivsaldo ab, der allerdings nicht auf einem effektiven Exportüberschuß beruhte, da die Getreideeinfuhren gestundet wurden und sich daher ein Überschuß der DM-Auszahlungen an die Exporteure ergab⁴, so kam es im letzten Quartal des gleichen Jahres zu einer rapiden Änderung der Situation. In diesem Zeitraum übertraf der Wert der Einfuhren denjenigen der Ausfuhren um 119,3%. Für den Durchschnitt der drei letzten Monate ergaben sich dabei folgende Zahlenwerte (in 1.000 DM):

Einfuhr	875 753
Ausfuhr	399 299
Einfuhrüberschuß:	476 454 ⁵

Bei der Beurteilung der vorstehenden Zahlen muß allerdings berücksichtigt werden, daß es sich bei den Importen um den Wert der gesamten west-

¹ OEEC = Organization for European Economic Co-operation, am 16. 4. 1948 zur Durchführung des Marshall-Plans von: Belg., Dänemark, Frkrch., Griechld., Großbrit., Irlld., Isld., Ital., Luxbg., Nldld., Norw., Österr., Portug., Schwed., Schweiz und Türkei gegründet; Beitritt der Bundesrepublik Deutschland erfolgte am 30. 10. 1949.

² Monatsbericht der Bank deutscher Länder, Okt. 1949, S. 11.

³ Monatsbericht der Bank deutscher Länder, Nov. 1949, S. 27 und Handelsblatt, Nr. 104 vom 7. 11. 1949, 4. Jahrgang, S. 2, „Rohstoffeinfuhr freigegeben“, o. V.

⁴ Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, 2. Jahrgang, Heft 2 vom 15. 1. 1950, S. 28.

⁵ Wirtschaft und Statistik, 2. Jahrgang, N. F., Heft 5, 1950, S. 165, „Der Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland seit dem vierten Vierteljahr 1949“, o. V.

deutschen Einfuhren handelte. Das heißt, in dieser Zahl sind Importe im Werte von monatlich ca. 325 Mill. DM enthalten, die aus Mitteln des Marshall-Plans beziehungsweise aus dem GARIOA-Fonds oder den U. K.-Contributions finanziert wurden.¹ Aber auch dann, wenn wir diesen Betrag außer Ansatz lassen, verbleibt immer noch ein monatlicher Importüberschuß von ca. 152 Mill. DM.

Wenn auch die Einfuhren des vierten Vierteljahres 1949 infolge überhöhter Einkäufe für das erwartete Weihnachtsgeschäft die laufende Nachfrage übertrafen und sich demzufolge anfangs 1950 auf dem westdeutschen Binnenmarkt gewisse Absatzschwierigkeiten für importierte Fertigerzeugnisse ergaben, so schlossen die ersten sechs Monate des Jahres 1950 mit weiteren Importüberschüssen ab. Ihre Tendenz war allerdings rückläufig. Während im ersten Quartal 1950 die Einfuhr noch um 65,7⁰/₀ über der Ausfuhr lag, sank dieser Prozentsatz im zweiten Quartal auf 23,9⁰/₀.²

In absoluten Werten ausgedrückt, ergibt sich für den gleichen Zeitraum das folgende Bild (in 1.000 DM):

I. Quartal 1950	Einfuhr	832 478
	Ausfuhr	502 340
	Einfuhrüberschuß	330 138
II. Quartal 1950	Einfuhr	738 762
	Ausfuhr	592 540
	Einfuhrüberschuß	142 480 ³

Auch hier ist in den Zahlen der Einfuhr der Wert der Gesamtimporte enthalten. So wurden im ersten Quartal monatlich Waren im Werte von ca. 180 Mill. DM eingeführt, die aus Mitteln des Marshall-Plans, des GARIOA-Fonds oder den U. K.-Contributions bezahlt wurden. Im Monatsdurchschnitt des zweiten Quartals entfielen auf diese Importe rund 146 Mill. DM.

Während im ersten Quartal 1950 die Gegenüberstellung der Im- und Exporte aus eigenen Mitteln noch einen monatlichen Importüberschuß von rund 150 Mill. DM ergab, kam es erstmals im Durchschnitt der Monate des zweiten Quartals zu einem Exportüberschuß in Höhe von rund 4 Mill. DM. Die im ersten Halbjahr 1950 wesentlich gestiegenen Einfuhren Westdeutschlands beruhten in erster Linie auf einer Erweiterung der Liberalisierung. Auf einer am 26. und 27. Januar 1950 in Paris tagenden Konferenz hatten die in der OEEC vereinigten Länder auf Betreiben der USA beschlossen, den gegenseitigen Handel zu aktivieren und ihn dementsprechend bis zu

¹ Vgl. hierzu unsere Ausführungen auf Seite 53.

² Wirtschaft und Statistik, 2. Jahrgang, N. F., Heft 5, 1950, S. 165, „Der Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland seit dem vierten Vierteljahr 1949“, o. V.

³ Wirtschaft und Statistik, 2. Jahrgang, N. F., Heft 5, 1950, S. 165, s. o.

60% zu liberalisieren. Als multilaterale Verrechnungsstelle zwischen den OEEC-Ländern und dem Sterlingblock gründete man die „Europäische Zahlungsunion“ (EZU). Um nicht als Teilunion restriktiv zu wirken, wurde sie mit einem automatischen System der Krediteinräumung gekoppelt, welches ursprünglich 60 vH der Quote der einzelnen Länder betrug.¹ Sie war als Übergangslösung gedacht, bis es den Mitgliedsländern möglich war, zur freien Konvertibilität ihrer Währungen überzugehen.² Die EZU nahm am 7. 7. 1950 ihre Tätigkeit auf.

Dieser Beginn fiel leider in eine Zeit, die die Bestrebungen zur Liberalisierung des Außenhandels nicht begünstigte. Knapp drei Wochen zuvor war in Korea ein Krieg ausgebrochen, von dem in diesem Augenblick noch niemand zu sagen wußte, inwieweit er auch die übrige Welt in Mitleidenschaft ziehen würde.

Bevor wir uns jedoch mit den Folgen dieses Krieges für den westdeutschen Außenhandel näher befassen, wollen wir die Gründung der EZU zum Anlaß nehmen, die Frage zu prüfen, ob es möglich ist, nunmehr deutsche terms of trade zu errechnen.

¹ *Albrecht, Karl*, Europäische Zahlungsunion und die Wiedergewinnung der Weltwirtschaft, Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsführung, Jahrgang 1952, S. 218.

² Ein Provisorium, das erst am 27. 12. 1958 beendet wurde.

Technische Schwierigkeiten, die der Errechnung der deutschen terms of trade während der ersten Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg entgegenstanden

1. Die Ausgangssituation

Die terms of trade in dem von uns verwandten Sinne basieren auf den Durchschnittswerten der Ein- und Ausfuhr. Zu ihrer Errechnung bedarf es daher statistischer Unterlagen. Als diese mit Beginn des Jahres 1948 verfügbar wurden, zeigte sich, daß sie für eine exakte Berechnung nicht ausreichten.

Um die Durchschnittswerte der Ein- und Ausfuhr errechnen zu können, ist es weiterhin erforderlich, daß die eigene Währung keine Binnenwährung ist, das heißt es muß ein Wechselkurs, zumindest aber ein Umrechnungskurs bestehen.

Dieser wurde zwar kurz vor der Währungsreform durch Erlaß des JEIA-Operational Memorandum Nr. 25 festgelegt¹, doch die Anordnung enthielt derart schwerwiegende Ausnahmebestimmungen, daß für die Errechnung von Durchschnittswerten nicht viel gewonnen war.

So hatte man beispielsweise, um die Exporteure vor Verlusten zu bewahren, verfügt, daß alle Exportverträge, die vor Inkrafttreten der neuen Bestimmung abgeschlossen worden waren, zu den seitherigen gesetzlichen Inlandspreisen erfüllt werden konnten. Die Bedeutung dieser Regelung geht daraus hervor, daß noch bis in das Jahr 1949 hinein nicht alle derartigen Verträge abgewickelt waren.

Noch wichtiger erscheinen die Ausnahmebestimmungen für die Einfuhren. Hier blieb es für die Waren der sogenannten Kategorie A (Lebensmittel, Saatgut, Düngemittel, Medikamente und Erdölserzeugnisse), deren Importe aus besonderen Fonds der USA und Großbritanniens finanziert wurden^{2 3}, bei der seitherigen Regelung, das heißt, man bewertete sie ohne Rücksicht auf die jeweilige Höhe der Weltmarktpreise zu Inlandspreisen. Der 30-Cents-Umrechnungskurs fand daher lediglich für die restlichen 30% der westdeutschen Importe (Waren der sogenannten Kategorie B) Anwendung. Somit fehlen für die damalige Zeit die wichtigsten Dollar-Werte der Einfuhr, und es ist unmöglich, eine Summe der Dollar-Werte der Gesamteinfuhr des Vereinigten Wirtschaftsgebietes zu errechnen.

Eine weitere Schwierigkeit ergab sich daraus, daß durch das JEIA-Opera-

¹ Siehe Seite 47.

² Siehe Seite 53.

³ Die Bedeutung dieser Einfuhren geht daraus hervor, daß sie im Jahre 1948 70% des gesamten Dollar-Wertes der westdeutschen Einfuhren ausmachten.

tional Memorandum Nr. 25 verschiedene Termine für das Inkrafttreten des neuen Umrechnungskurses festgelegt wurden. Infolgedessen setzten sich in den letzten Monaten des Jahres 1948 die Gesamtwerte der Ein- und Ausfuhr sehr ungleichmäßig aus Inlandspreisen und umgerechneten Weltmarktpreisen zusammen. „Ein- und Ausfuhrwert in DM waren damit ihrem inneren Gehalt nach unvergleichbare Größen geworden.“¹

Während der Wert der Einfuhren stark vom Inlandspreisniveau (besonders von den niedrigen inländischen Getreidepreisen) beeinflusst war, bestimmte den Wert der Ausfuhr weitgehend das Niveau der Weltmarktpreise. Da aus diesen Gründen der Wert der damaligen Importe in DM wenig über die Verbindlichkeiten aus dem Warenverkehr gegenüber dem Ausland aussagt und der Wert der Exporte in DM wenig über die Höhe der Forderungen, erscheint es nicht nur unzweckmäßig, sondern geradezu unmöglich, Ein- und Ausfuhr in DM im Sinne einer Handelsbilanz einander gegenüberzustellen.

„Mit Hilfe des von der JEIA nachgewiesenen und bereinigten Dollarwertes der Einfuhr läßt sich für das Jahr 1948 der Wert der DM in der Einfuhr mit 44 Cents, in der Ausfuhr aber nur mit 29 Cents errechnen.“²

Eine unbesehene Anwendung des 30-Cents-Umrechnungskurses führt zu einem zu niedrigen Wert der Einfuhren; dies aber täuscht einen zu geringen Einfuhrüberschuß vor oder eine in Wirklichkeit nicht vorhandene Ausgleichenheit der Handelsbilanz.

Die Schwierigkeiten bei der Bewertung der Importe wurden erst im Mai 1949 behoben, als auch für die Waren der Kategorie A Weltmarktpreise bezahlt werden mußten.³

Nach Konstituierung der Bundesrepublik Deutschland wurde dann auch im Oktober 1949 die eigene, methodisch stark abweichende Außenhandelsstatistik der französischen Besatzungszone eingestellt, und es kam durch die Ausdehnung der amtlichen Außenhandelsstatistik des Vereinigten Wirtschaftsgebietes (einschließlich West-Berlins) auf das Gebiet der vormaligen französischen Besatzungszone zur einheitlichen, zentral aufbereiteten Außenhandelsstatistik für die Bundesrepublik Deutschland. Leider ergaben sich hierbei einige Übergangsschwierigkeiten, so daß die Angaben für das vierte Vierteljahr 1949 unvollständig blieben.

„Mit Hilfe der inzwischen ebenfalls eingestellten Außenhandelsstatistik der JEIA für die Monate Januar-September 1949 läßt sich aber auch für die französische Besatzungszone wenigstens ein Totalergebnis ihres Außenhandels

¹ Wirtschaft und Statistik, 1. Jahrgang, N. F., Heft 1, 1949, S. 9, „Der Außenhandel des ‚Vereinigten Wirtschaftsgebietes‘ seit Januar 1948“, o. V.

² Ebenda.

³ Vgl. hierzu unsere Ausführungen auf Seite 52.

für das Jahr 1949 in Dollar und weiter ein gleiches Ergebnis für die Bundesrepublik bilden“.¹

Technisch gesehen sind damit alle Voraussetzungen zur Errechnung der terms of trade gegeben, doch bleibt noch einiges über das Verfahren zu sagen, nach dem das Statistische Bundesamt die Berechnung von Preisindizes der Ein- und Ausfuhr vornimmt.

2. Das Verfahren des Statistischen Bundesamtes zur Errechnung von Preisindizes der Ein- und Ausfuhr

Wenn man die Durchschnittswerte der gesamten Ein- und Ausfuhr errechnen will, dann muß man die gesamte Preisentwicklung im Außenhandel überwachen und darf die Beobachtung nicht auf einzelne Waren beschränken.² „Dementsprechend wird auch nicht die Entwicklung von Preisen im eigentlichen Sinn, nämlich von absoluten Beträgen verfolgt, sondern die Entwicklung, die die Gesamtheit der Preise der von einem Land ein- und ausgeführten Waren, das Preisniveau der Ein- und Ausfuhr nimmt.“³

Damit aber wird gesagt, daß sich die tatsächlichen Gesamtwerte der Ein- und Ausfuhr aus einer Vielzahl von Produkten aus Menge und Preis zusammensetzen und daß sie sich sowohl durch Variationen der Menge als auch durch Variationen der Preise verändern. Der Einfluß, der nur von einem dieser Faktoren ausgeht, kann erst sichtbar gemacht werden, wenn der Einfluß des anderen ausgeschaltet wird.

Aus diesem Grunde nimmt das Statistische Bundesamt eine nach Volumen und Preisen getrennte Berechnung der Werte der Im- und Exporte vor. Da hierbei die Berechnung der Preisbewegungen auf den Mengenbewegungen aufgebaut ist, erscheint es zweckmäßig, uns zunächst den letzteren zuzuwenden.

a) Die Berechnung der Volumenwerte

Die Mengenbewegungen der Ein- und Ausfuhr werden ermittelt durch die Berechnung der sogenannten Volumenwerte.⁴ Deren gesonderte Errechnung ist notwendig, weil die mengenmäßige Entwicklung des Außenhandels durch eine einfache Addition der Mengen nur äußerst unvollkommen wiedergegeben werden kann.

¹ Wirtschaft und Statistik, 1. Jahrgang, N. F., Heft 11, 1950, S. 336, „Der Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland und des ‚Vereinigten Wirtschaftsgebietes‘ im Jahre 1949“, o. V.

² Richter, Hans, Zur Berechnung von Preisindizes der Ein- und Ausfuhr des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, Wirtschaft und Statistik, 1. Jahrgang, N. F., Heft 6, 1949, S. 158.

³ Ebenda.

⁴ Richter, Hans, Zur Berechnung des Außenhandels-Volumens des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, Wirtschaft und Statistik, 1. Jahrgang, N. F., Heft 2, 1949, S. 32 ff.

„Von der Vielzahl der Mengen- und Maßeinheiten (Gewichtsmasse, Liter, Faß, Ballen, Stück, Paar u. a. m.) ganz abgesehen, würden bei der Darstellung der Veränderung etwa nur des Gesamtgewichtes der Waren die Massengüter mit hohem Gewicht, z. B. Kohle, Steine und Erden, Erze, Roheisen und dergleichen, die Gesamtmenge aller Außenhandelswaren entscheidend bestimmen.“¹

Hochwertige Fertigwaren, wie Rechenmaschinen, Uhren, Präzisionsinstrumente, optische Geräte u. ä., deren Ausfuhr im Interesse der gesamten Volkswirtschaft eines hochindustrialisierten Landes besonders wünschenswert ist, würden demgegenüber nicht ins Gewicht fallen. Die Werte sind demzufolge mehr als ein Generalnenner, haben aber den bereits erwähnten Nachteil, daß sie als Produkte aus Menge und Preis den Veränderungen beider Größen unterliegen. Es kommt somit darauf an, zwar den Einfluß von Preisänderungen, nicht jedoch die Preise selbst auszuschalten. Man hält daher die Preise konstant und errechnet das Außenhandelsvolumen, „indem man die Mengen jedes Monats oder Jahres mit gleichbleibenden Preisen, richtiger mit den beibehaltenen Durchschnittswerten eines zu diesem Zweck ausgesuchten Monats oder Jahres bewertet.“²

Nimmt man beispielsweise das Jahr 1936 zur Basis, dann besagen die errechneten Volumenwerte, was die Ein- und Ausfuhr in den zur Untersuchung anstehenden Jahren (1937, 1938 usw.) zu den Preisen des Jahres 1936 gekostet hätte.

„Die Berechnung der Veränderung in Prozenten der (1936er) Originalwerte ergibt Indices der Volumenbewegung zur Basis 1936, wobei die Durchschnittswerte des Basisjahres wie konstante Wägungsfaktoren für die Mengen, letzten Endes also für die Waren wirken.“³

Die Wahl des Basisjahres wird damit bedeutsam für den Umfang des Volumens und seine Veränderungen. Je nachdem, ob es sich um ein Jahr mit hohem oder niedrigem Preisstand der Ein- und Ausfuhr Güter handelt, wird das Volumen groß oder klein sein, und „entsprechend dem Stand der Preise (Durchschnittswerte) zueinander — etwa hohe Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse im Vergleich zu denen der industriell erzeugten Rohstoffe oder umgekehrt — werden die Preise mit hohem Preisstand stärker gewogen sein als die mit niedrigen Preisen.“⁴

Aus dieser Feststellung ergibt sich die Forderung, für das Basisjahr ein Jahr auszuwählen, in dem die Wirtschaft des betreffenden Landes unter möglichst normalen Voraussetzungen arbeiten konnte.

¹ Richter, Hans, a.a.O., S. 32.

² Richter, Hans, Ebenda.

³ Richter, Hans, Ebenda.

⁴ Richter, Hans, Ebenda.

b) Die Berechnung von Preisbewegungen

Auch zur Feststellung der Preisbewegungen könnte man das Verfahren anwenden, welches wir soeben kennengelernt haben. Das Statistische Bundesamt wählt jedoch einen anderen Weg und legt hier ebenfalls die Berechnung von Mengenbewegungen zugrunde. Wenn nämlich die Mengenbewegung bekannt ist, ergibt sich die Preisbewegung¹ als Differenzbewegung zur Bewegung der tatsächlichen Gesamtwerte.

Das folgende Beispiel möge dies verdeutlichen:

Der mit 1936er Jahresdurchschnittspreisen berechnete Volumenwert der Ausfuhr des Vereinigten Wirtschaftsgebietes für Januar 1949 gibt an, was die Ausfuhr vom Januar 1949 zu Preisen von 1936 gekostet hätte. Setzen wir dann den tatsächlichen Wert der Januarausfuhr 1949 zu dem errechneten Volumenwert in Beziehung, so muß das Verhältnis der beiden Werte zueinander das Verhältnis der Preise in den beiden Zeiträumen anzeigen, weil sich die beiden Werte nur durch die Preise voneinander unterscheiden. Damit aber ist die Verhältniszahl der Werte nichts anderes als ein in der Form des Summenvergleichs berechneter Preisindex mit dem Vergleichszeitraum 1936.

3. Schwierigkeiten, die sich für das Statistische Bundesamt bei der Wahl des Basisjahres ergaben

Vor dem Zweiten Weltkrieg diente das Jahr 1928 als Basisjahr für die Errechnung von Durchschnittswerten der Ein- und Ausfuhr. Wegen seines zu großen zeitlichen Abstandes und den sich daraus ergebenden Schwierigkeiten schied es nunmehr für diesen Zweck aus.

Was zunächst das Vereinigte Wirtschaftsgebiet anbelangte, so glaubte man aus verschiedenen Gründen nicht auf ein Vorkriegsjahr verzichten zu können, obwohl für die damalige Zeit keine Zahlen über den Außenhandel dieses Gebietes vorlagen.

Wegen der Unzulänglichkeit der Durchschnittswerte der Ein- und Ausfuhr in DM schied das Jahr 1948 aus der engeren Wahl aus.² Dollarwerte, zu denen man anstelle von DM-Werten hätte greifen können, waren aber nur für die Ausfuhr und nicht für die Einfuhr vorhanden.³ Hinzu kam noch, daß in der Zusammensetzung der Im- und Exporte dieses Jahres sehr viele Waren fehlten, denen in den folgenden Jahren eine große Bedeutung für den Außenhandel zukam.

¹ Das Statistische Bundesamt gebraucht in diesem Zusammenhang den Ausdruck „Preis“ stets nur im Sinne von „Durchschnittswert“ einer statistischen Position.

² Vgl. hierzu Seite 49.

³ Vgl. hierzu Seite 49.

Darüber hinaus schwankten aber auch die Mengen der bereits wieder gehandelten Waren von Monat zu Monat sehr stark, was sich vor allem bei den Importen störend bemerkbar machte. Dies war eine Folge der schwerfälligen zentralen Einfuhrlenkung, die sich in stoßweisen Einfuhren niederschlug.¹ Bei der relativ schmalen Warenbasis² wirkte sich dies äußerst nachteilig aus. Letzten Endes waren es aber auch erhebliche Qualitätsverschlechterungen, die das Jahr 1948 ungeeignet erscheinen ließen.

Als Beispiel hierfür sei auf die Position 915 a1/a2 „Personenwagen“ des statistischen Warenverzeichnisses verwiesen. Für die Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg und für die auf 1948 folgenden Jahre enthält sie auch große und teure Kraftfahrzeuge aller Marken. Im Jahre 1948 selbst umfaßte sie aber vorzugsweise Volkswagen.³

Aus all diesen Gründen wählte man zunächst das Jahr 1936 zur Basis. Ausschlaggebend hierfür war nicht zuletzt die Tatsache, „daß es das einzige Jahr mit einer umfassenden amtlichen Produktionsstatistik war. In ihr waren auch der Auslandsabsatz und die Ausfuhrquoten der deutschen Industrie in ihren einzelnen Zweigen erhoben beziehungsweise berechnet worden, ebenso die innerdeutsche Herkunft der Industrieausfuhr.“⁴

Auf Grund dieser Unterlagen ließ sich der auf das Vereinigte Wirtschaftsgebiet im Jahre 1948 und der auf die Bundesrepublik im Jahre 1949 entfallende Anteil am Außenhandel des Jahres 1936 schätzen.

Gegen die Verwendung dieser Durchschnittswerte schien allerdings zu sprechen, das in ihnen die Preisstruktur des deutschen Außenhandels verzerrt wurde. An früherer Stelle hatten wir bereits darauf hingewiesen, daß die deutschen Inlandspreise des Jahres 1936 nicht mit den entsprechenden Außenhandelspreisen verwechselt werden dürfen.⁵ Dies hatte folgende Bewandnis:⁶

Infolge der verschiedenen Währungsabwertungen zu Beginn der dreißiger Jahre (US-Dollar, tsch. Krone, Belga, Danziger Gulden, Lira) drohte Deutschland auf dem Weltmarkt konkurrenzunfähig zu werden. Mit der Einführung des „Neuen Planes“ im Jahre 1934 ging daher das Deutsche Reich zu einer direkten Förderung der Ausfuhr über. Durch Subventionen

¹ Vgl. hierzu Seite 52.

² Vgl. hierzu Seite 46.

³ Richter, Hans, Zur Berechnung von Preisindizes der Ein- und Ausfuhr des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, a.a.O., S. 160.

⁴ Richter, Hans, Zur Berechnung des Außenhandels-Volumens des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, a.a.O., S. 33.

⁵ Siehe hierzu auch Seite 45.

⁶ Gaettens, Richard, Inflationen, München 1955, S. 285.

schleuste man für Exportgüter den hohen Inlandspreis auf das Weltmarktpreisniveau herunter.

Da nun aber einerseits die in der Außenhandelsstatistik nachgewiesenen Ausfuhrwerte diese Ausgleichszahlungen nicht enthielten und andererseits die staatlichen Überwachungsstellen der Einfuhr die Aufgabe hatten, lediglich Importe zu Weltmarktpreisen zuzulassen, ergab sich daraus eine Situation, die nicht gegen, sondern für die Wahl des Jahres 1936 als Basisjahr sprach.

Dennoch konnte diese Lösung nur ein Provisorium bedeuten. Dies wurde umso offensichtlicher, je mehr der westdeutsche Außenhandel einer Normalisierung zustrebte. Dabei wirkten sich neben dem immer größer werdenden Zeitabstand die durch den Krieg verursachten Veränderungen besonders störend aus. Neben dem technischen Fortschritt in der Produktion war es auch zu einem spürbaren Wandel in den Verbrauchsgewohnheiten der Konsumenten gekommen. Dies hatte zu einem stärkeren Wechsel in den Bezugs- und Absatzgebieten geführt. Schließlich waren es aber auch noch neue Konstruktionen und Werkstoffe, welche die Vergleichbarkeit der Durchschnittswerte erheblich beeinträchtigten.

Auf der Suche nach einem geeigneten Basisjahr bot sich 1950 an. In diesem Jahr standen der Statistik erstmals ausreichende Unterlagen zur Verfügung. Für die Vollständigkeit der Außenhandelsstatistik war dabei wesentlich, daß die Bundesrepublik Deutschland inzwischen zu einem Staat mit festen und allseitig überwachten Grenzen geworden war, so daß die Feststellung der effektiven Grenzübergangswerte in DM keine Schwierigkeiten bot. Bis auf einzelne wenige JEIA-Verträge, die noch abzuwickeln waren, erfolgten sämtliche Umrechnungen aus ausländischen Währungen zu amtlichen Kursen. Auch die Listen der westdeutschen Ein- und Ausfuhren wiesen wieder nahezu vollständige Sortimente auf. Dabei waren die traditionellen deutschen Ein- und Ausfuhrgüter auf dem besten Wege, ihre Bedeutung wiederzugewinnen. Vor allem in der Ausfuhr traten die mehr oder minder erzwungenen Exporte deutscher Rohstoffe und Halbfabrikate (hauptsächlich Koks) gegenüber den Fertigwaren zurück. Im übrigen schien im Jahre 1950 die Berechnung der Durchschnittswerte für die meisten der für eine Indexberechnung in Frage kommenden Waren auf einer ausreichenden Breite zu beruhen und auch nach Qualitäten hinlänglich basiert zu sein.¹

Darüber hinaus war von Bedeutung, daß der Warenverkehr nicht stark von außerwirtschaftlichen Momenten beeinflusst wurde. Störungen aus den Ereignissen in Korea machten sich erst gegen Ende des Jahres 1950 bemerkbar.

Damit sind wir nun in der Lage, die Entwicklung der terms of trade festzustellen und zu verfolgen, beginnend mit dem letzten Quartal des Jahres 1949 und bezogen auf die Basis 1950 = 100.

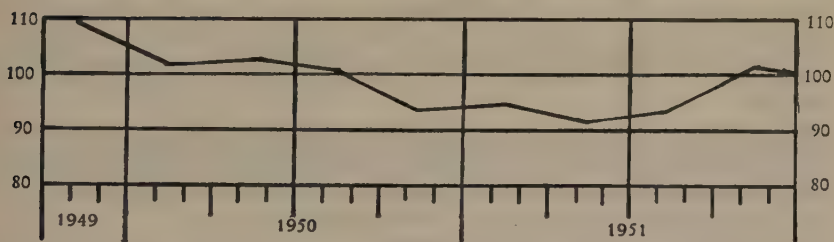
¹ Vgl. hierzu unsere Ausführungen auf Seite 63 bzw. 46.

VII. KAPITEL

Die Zusammenhänge zwischen Veränderungen der terms of trade und der Entwicklung des Außenhandels, untersucht am Beispiel Westdeutschlands in den Jahren 1949 - 1951

1. Veränderungen der westdeutschen terms of trade in der Zeit vom 4. Vierteljahr 1949 bis zum Ende des Jahres 1951

Austauschverhältnis (terms of trade) im Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland 1949 - 1951 (1950 = 100)



(Abb. 5)

1

Die vorstehende Darstellung (Abb. 5) der westdeutschen terms of trade², die den Zeitraum vom Oktober 1949 bis einschließlich Dezember 1951 umfaßt, zeigt deutlich, daß es im Anschluß an den Ausbruch der Feindseligkeiten in Korea zu einer sehr wesentlichen Verschlechterung der Austauschrelationen der Bundesrepublik kam. Wenn wir die Vierteljahresdurchschnitte unserer vorstehenden Graphik außer Betracht lassen und demgegenüber die Entwicklung in den einzelnen Monaten vergleichen, dann stellen wir fest, daß sich während des ganzen Zeitraums die terms of trade um rund 15 Punkte zu Ungunsten Westdeutschlands veränderten. Auch im ersten Halbjahr 1951 behielten sie ihre sinkende Tendenz bei. Erst in der zweiten Hälfte dieses Jahres vollzog sich ein Umschwung, wobei sich besonders das dritte Quartal durch eine kräftige Erholung auszeichnete.

Bevor es möglich ist, die Frage zu untersuchen, welche Folgen sich aus dieser Entwicklung für den westdeutschen Außenhandel ergaben, gilt es den Grund

¹ Die Basis 1950 = 100 ist auf den Jahresdurchschnitt 1950 bezogen.

² Unter den terms of trade verstehen wir hier und im folgenden das Verhältnis der Durchschnittspreise der Exportgüter zu den Durchschnittspreisen der Importgüter. (Siehe hierzu auch die Definitionen von *Schneider*, S. 1 und *Marshall*, S. 10).

der Veränderungen zu erklären. Hierzu müssen wir unsere Aufmerksamkeit vor allem auf die Struktur des westdeutschen Außenhandels richten.

2. Die Struktur des westdeutschen Außenhandels zwischen 1949 und 1951

Bei einem Gesamtwert des Warenverkehrs mit dem Ausland im Jahre 1950 in Höhe von etwa 20 Mrd. DM (= 4,7 Mrd. Dollar) entfielen 11,4 Mrd. DM (= 2,7 Mrd. Dollar) auf die Einfuhr und rund 8,4 Mrd. DM (= 2 Mrd. Dollar) auf die Ausfuhr.¹

An dem Gesamtwert der Einfuhren hatten die Güter der Ernährungswirtschaft einen Anteil von 44 vH. und die der gewerblichen Wirtschaft einen solchen von 56 vH. Innerhalb der Ernährungswirtschaft entfielen $\frac{2}{3}$ des Wertes auf Nahrungsmittel pflanzlichen Ursprunges.

Von den 3,4 Mrd. DM, die für Rohstoffimporte der gewerblichen Wirtschaft aufgewandt wurden, dienten allein 1,8 Mrd. DM der Einfuhr von Textilrohstoffen, was dem vierten Teil der gesamten Importe Westdeutschlands entsprach.

Auf der anderen Seite entstammte nur ein kleiner Teil der Ausfuhrerlöse (2,3 vH.) dem Export von Gütern der Ernährungswirtschaft. Hier steuerte den Hauptanteil die gewerbliche Wirtschaft bei. Innerhalb ihres Bereiches wurden $\frac{2}{3}$ aller Erlöse aus dem Export von Fertigwaren erzielt.

Rohstoffe der gewerblichen Wirtschaft hatten an der Gesamtausfuhr einen Anteil von 14 vH. mit einem Wert von 1,17 Mrd. DM. Hierbei erbrachte der Export von Kohlen einen Erlös von 851 Mill. DM; am Ausfuhrwert der gewerblichen Rohstoffe erreichten sie damit einen Anteil von 75 vH.

Sofort nach Ausbruch des Korea-Konfliktes zogen auf den internationalen Rohstoffmärkten die Preise infolge des allgemeinen Eindeckungsbedürfnisses stark an. So kletterten beispielsweise die Preise für Kautschuk und Zinn bis anfangs August 1950 auf das Vierfache ihrer Produktionskosten.²

Während Zinn am 22. 6. 1950 mit 594 Pf. St. per lgton notiert wurde, waren es am 8. 8. 1950 751 Pf. St. per lgton. Diese Notierungen hatte man selbst im Zweiten Weltkrieg nie erreicht.

Demgegenüber kam es bei der Ausfuhr deutscher Fertigwaren nur zu kaum merklichen Preisanhebungen.

Besonders deutlich tritt diese Entwicklung in Erscheinung, wenn wir die Indices der Durchschnittswerte für die Rohstoffeinfuhr und die der Fertigwarenausfuhr des Bundesgebietes einander gegenüberstellen (Abb. 6).

¹ Wirtschaft und Statistik, 3. Jahrgang, N. F., Heft 3, 1951, „Der Außenhandel der Bundesrepublik Deutschlands und West-Berlins im Jahre 1950“, o. V., S. 110 ff.

² Der Volkswirt, 4. Jahrgang, Heft 34 vom 11. 8. 1950, S. 17.

*Indices der Durchschnittswerte für Rohstoffeinfuhr und Fertigwarenausfuhr
des Bundesgebietes. (Monatsdurchschnitt 1950 umbasiert auf 100;
Originalbasis 1936 = 100).*



(Abb. 6)

1

Im Jahre 1951 stieg der Wert der Einfuhren auf 14,7 Mrd. DM und der der Ausfuhren auf 14,6 Mrd. DM.²

Die Ausgaben für die Einfuhr, die sich gegenüber dem Vorjahr um 3,5 Mrd. DM erhöht hatten, ermöglichten aber nur eine volumenmäßige Mehreinfuhr im Werte von 0,2 Mrd. DM. Infolge der anhaltenden Preissteigerungen auf den Weltmärkten mußte also die Bundesrepublik im Jahre 1951 3,1 Mrd. DM mehr aufwenden, um die gleiche Menge einzukaufen wie in dem vorangegangenen Jahr.

Während des gleichen Zeitraumes stiegen die Ausfuhrerlöse um 6,2 Mrd. DM. Dies bedeutet eine Zunahme um 74 vH., wobei sich der Volumenwert allerdings nur um 3,6 Mrd. DM (oder gleich 43 vH.) erhöht hatte.

Aus diesen Zahlen können wir bezüglich der terms of trade folgern, daß deren Verbesserung im zweiten Halbjahr 1951 vor allem auf einer Steigerung der Durchschnittswerte der Ausfuhr beruhte.

Diese Annahme wird bestätigt, wenn wir statt der globalen Zahlen für das ganze Jahr die der einzelnen Monate zum Gegenstand unserer Untersuchung

¹ Wirtschaft und Statistik, 3. Jahrgang, N. F., Heft 3, 1951, S. 114.

² Wirtschaft und Statistik, 3. Jahrgang, N. F., Heft 3, 1952, S. 102 ff., „Strukturwandlungen im Außenhandel der Bundesrepublik Deutschlands und West-Berlins im Jahre 1951“, o. V.

machen. Wir sehen dann, daß sich die Indices der Durchschnittswerte der Einfuhr nur während der ersten sieben Monate des Jahres 1951 stärker erhöht hatten als die der Ausfuhr. In dieser Zeit waren sie bis auf 38 vH. über den Jahresdurchschnitt von 1950 gestiegen, um im weiteren Verlauf des Jahres wieder um rund 10 Punkte abzusinken.

Unterziehen wir demgegenüber die Indices der Durchschnittswerte der Ausfuhr einer näheren Betrachtung, so stellen wir fest, daß sie anhaltend bis Ende 1951 anstiegen und — auf das Basisjahr 1950 bezogen — seit September 1950 geringfügig unter oder über den Durchschnittswerten der Einfuhr lagen.

Bei einer Überprüfung der Zusammensetzung vorstehender Zahlen ergibt sich, daß es in der Einfuhr von Gütern der Ernährungswirtschaft von 1950 auf 1951 zu einer Erhöhung der Umsatzwerte um 17 vH. gekommen war. Im gleichen Zeitraum stiegen jedoch die Umsätze der gewerblichen Wirtschaft um 39 vH. Eine tatsächliche Vergrößerung erfuhr aber nur das Volumen der eingeführten Nahrungsmittel, das um 5 vH. zugenommen hatte.

Dieses überraschende Ergebnis ist auf eine veränderte Zusammensetzung innerhalb der Einfuhren von Gütern der Ernährungswirtschaft und der gewerblichen Wirtschaft zurückzuführen.

Bei ersteren stieg die Einfuhr von Nahrungsmitteln pflanzlichen Ursprunges um rund 1 Mrd. DM an. Dem Mehrbetrag entsprach aber nur eine volumenmäßige Erhöhung im Werte von 0,6 Mrd. DM.

Bei den Gütern der gewerblichen Wirtschaft vergrößerte sich das Volumen der Rohstoffeinfuhren, vor allem infolge vermehrter Importe von Steinkohle, Erdöl und Erzen um 5,9 vH. Da jedoch in der gleichen Zeit die tatsächlichen Werte der Einfuhren um 55,9 vH. gestiegen waren, kann daraus gefolgert werden, daß auch bei den anderen Warengruppen die Umsatzwerte höher als 1950 lagen. Demgegenüber hatte sich aber das Volumen verkleinert.

An der Ausfuhr des Jahres 1951 war die gewerbliche Wirtschaft mit 96,3 vH. beteiligt, wobei alle Warengruppen steigende Erlöse aufzuweisen hatten. Fertigwaren kamen mit einer Erhöhung um 10,7 Mrd. DM fast zu einer Verdoppelung ihrer Umsätze.

Ein anderes Bild bieten jedoch die Werte der Mengen. So erbrachten beispielsweise die Exporte von Rohstoffen einen Erlös, der um 150 Mill. DM über dem des Jahres 1950 lag, wohingegen sich aber das Volumen in der gleichen Zeit um 10 vH. verkleinert hatte.

Die Ausfuhr industrieller Fertigwaren erhöhte sich 1951 gegenüber dem Vorjahr dem Volumen nach um 70 vH. Ihr Anteil am Gesamtvolumen der Exporte war damit von 64,8 auf 73,3 vH. gestiegen. Im Gegensatz hierzu war der Anteil der Rohstoffexporte von 14,0 auf 8,8 vH. zurückgegangen.

Wenn wir abschließend die Strukturwandlungen im westdeutschen Außenhandel während der Jahre 1949—1951 mit den Veränderungen der terms

of trade während der gleichen Zeit in Verbindung bringen, dann entsteht zunächst der Eindruck, als ob hier ein echtes Kausalverhältnis bestehe. Während anscheinend die Behauptung, daß hohe Preise auf den Weltmärkten die eigene Einfuhr (zumindest dem Volumen nach) dämpften und gleichzeitig die Ausfuhr anregen, eine Bestätigung findet, führt eine Einbeziehung der Austauschrelationen in diese Betrachtung zu der Schlußfolgerung, daß „günstige“ terms of trade auch eine „vorteilhafte“ Auswirkung auf den Außenhandel eines Landes haben müßten.

Das allerdings wäre eine voreilige Folgerung, die in dieser Form nicht aufrecht erhalten werden kann.

Gerade die Entwicklung des deutschen Außenhandels während der Jahre 1949 — 1951 ist ein gutes Beispiel dafür, daß es keineswegs genügt, sich mit anscheinend festgestellten Zusammenhängen zu begnügen, um hieran irgendwelche Folgerungen zu knüpfen, sondern daß es darauf ankommt, zunächst die Frage zu prüfen, ob es tatsächlich diese Zusammenhänge sind, von denen die behaupteten Wirkungen ausgehen.

Wir dürfen daher nicht bei Teilergebnissen stehen bleiben, sondern müssen tiefer in die Materie eindringen.

Zunächst wollen wir annehmen, daß die behaupteten Zusammenhänge zwischen Veränderungen der terms of trade und ihren Auswirkungen auf den Außenhandel tatsächlich bestehen, und wollen untersuchen, ob die geschilderte Entwicklung der Austauschrelationen in den Jahren 1949 — 1951 allein für Westdeutschland typisch war oder ob sich auch Parallelen mit anderen europäischen Ländern ergeben.

3. Die Veränderungen der westdeutschen terms of trade in den Jahren 1949 — 1951 im Vergleich mit einigen anderen Ländern

Wenn wir verschiedene westeuropäische Länder, deren wirtschaftliche Struktur eine gewisse Ähnlichkeit aufweist, zu einem Vergleich bezüglich der Veränderungen ihrer terms of trade in den Jahren 1949 — 1951 heranziehen, dann können wir gewisse Übereinstimmungen feststellen. Die folgende Tabelle gibt hierüber Aufschluß:

Zeitraum 1948 = 100	Groß- britannien	Belgien u. Luxemburg	Frank- reich	Deutsch- land *	Nieder- lande	Schweiz
1948	100	100	100	—	100	100
1949 1. Vierteljahr	100	101	98	—	99	102
2. Vierteljahr	101	106	95	—	101	105
3. Vierteljahr	107	108	96	124	97	110
4. Vierteljahr	100	104	83	109	94	113

* 1950 = 100

Zeitraum 1948 = 100	Groß- britannien	Belgien u. Luxemburg	Frank- reich	Deuts- land *	Nieder- lande	Schweiz
1950 1. Vierteljahr	96	95	89	102	98	114
2. Vierteljahr	95	91	87	103	92	118
3. Vierteljahr	96	94	84	101	85	116
4. Vierteljahr	89	91	80	94	89	112
1951 1. Vierteljahr	83	95	77	95	88	105
2. Vierteljahr	81	97	75	92	86	100
3. Vierteljahr	80	103	77	94	85	103

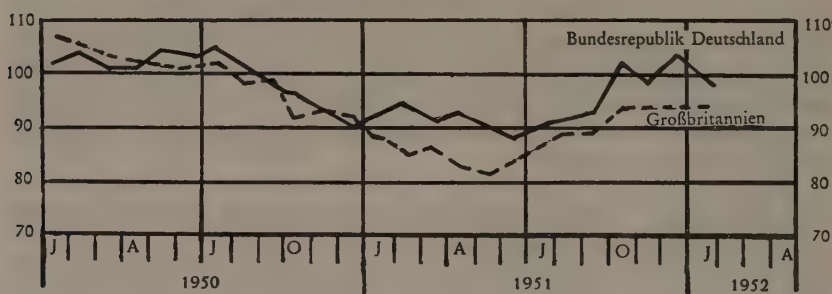
* 1950 = 100

1

Die Übereinstimmung geht natürlich nicht so weit, daß sich die Entwicklung in den einzelnen Ländern vollkommen deckt. Entscheidend ist, daß der Trend in allen Ländern gleich verlief. Wir stellen deshalb eine Verschlechterung der terms of trade fest, die mit dem Ausbruch des Korea-Krieges einsetzte und bis in das dritte Quartal des Jahres 1951 anhielt. Von ihr wurden alle Länder betroffen. Je enger dabei die strukturelle Verwandtschaft zwischen einzelnen Ländern ist, desto offensichtlicher wird die Übereinstimmung in der Entwicklung.

Zum Beweis haben wir die terms of trade Großbritanniens auf das Jahr 1950 umbasiert und sie in einem Diagramm mit denen der Bundesrepublik Deutschland vereinigt (Abb. 7).

*Terms of trade der Bundesrepublik Deutschlands sowie Großbritanniens
(Jahresdurchschnitt 1950 = 100)*



(Abb. 7)

2

¹ Foreign Trade, OEEC-Statistical Bulletins, Ser. I, 2/1952.

² Wirtschaft und Statistik, 4. Jahrgang, N. F., 2/1952, S. 80.

Trotz der auffallenden Übereinstimmung in den Veränderungen der Austauschrelationen verlief aber die tatsächliche Entwicklung des Außenhandels in den einzelnen Ländern durchaus unterschiedlich. Es braucht dabei nur an Großbritannien und Frankreich erinnert zu werden, wo die im zweiten Halbjahr 1951 einsetzende Verbesserung der terms of trade keineswegs zu einer Steigerung der Exporte beitrug, obwohl in beiden Ländern die Regierungen von sich aus alles taten, um eine derartige Belebung zu fördern. Auch in Westdeutschland müssen daher außer den Veränderungen der Austauschrelationen noch andere Kräfte am Werk gewesen sein, die den Aufschwung im Außenhandel herbeiführten, den wir in seinen Umrissen bereits kennenlernten.¹

Um diese Kräfte zu erkennen, müssen wir uns von der nationalen Betrachtung lösen und die Dinge in einem größeren, weltweiten Rahmen sehen.

*4. Ökonomische und außerökonomische Kräfte,
die die Gestaltung des westdeutschen Außenhandels
in den Jahren von 1949 — 1951 maßgeblich beeinflussten*

Die zunächst ungehemmte Preishausse, die sich im Juli 1950 auf den Weltmärkten anbahnte, konnte nicht ohne nachhaltigen Einfluß auf die Entwicklung des westdeutschen Außenhandels bleiben.

Der Wert der Einfuhren erhöhte sich von 2,21 Mrd. DM im zweiten Vierteljahr 1950 über 2,81 Mrd. DM im dritten Vierteljahr des gleichen Jahres auf 3,84 Mrd. DM im vierten Vierteljahr 1950.²

Wenn sich in diesen Zahlen auch sehr stark die Preisveränderungen auf den Weltmärkten widerspiegeln, so hatte doch das Volumen der Einfuhr ebenfalls eine ansteigende Tendenz. Es vergrößerte sich von 1,75 Mrd. RM im Jahre 1948 über 2,75 Mrd. RM im Jahre 1949 auf rund 3,60 Mrd. RM im Jahre 1950 (alle Zahlen in RM-Werten von 1936).³

Wenn wir den Ursachen hierfür nachgehen, dann stoßen wir auf eine Reihe äußerlich verschiedener, doch innerlich verwandter Gründe:

1. Der Gesamtwert der Einfuhren im Jahre 1948 (dem Jahr der Währungsreform) entsprach noch, besonders was das erste Halbjahr anbelangte, in keiner Weise den Bedürfnissen der Produktion und des Verbrauchs.
2. Seit der Währungsreform im Jahre 1948 befanden sich Produktion und Konsumtion quantitativ und qualitativ in ständiger Ausweitung.
3. Der Ausbruch des Korea-Krieges im Juni 1950 brachte die Gefahr von Mangelerscheinungen und Rationierungen mit sich, gegen die man sich in

¹ Vgl. hierzu unsere Ausführungen auf Seite 49 ff.

² Wirtschaft und Statistik, 3. Jahrgang, N. F., Heft 3, 1951, S. 111, „Der Außenhandel der Bundesrepublik Deutschlands und West-Berlins im Jahre 1950“, o. V.

³ Der Außenhandel der Bundesrepublik Deutschlands und West-Berlins im Jahre 1950, o. V., a.a.O., S. 112.

Westdeutschland, wo sich die äußeren Lebensbedingungen erst wieder zu normalisieren begannen, besonders empfindlich zeigte.

4. Die Liberalisierungen im Handel mit den Ländern der OEEC begünstigten das Verlangen der Importeure, die Lager nach langer Zeit wieder aufzufüllen.
5. In Zeiten anziehender Einkaufspreise ist es das natürliche Verlangen jedes Kaufmanns, seine Lagerhaltung zu vergrößern.
6. Bei den um jene Zeit noch sehr knappen westdeutschen Devisenreserven bestand die latente Gefahr einer Aussetzung der Liberalisierung und im Zusammenhang damit einer Verschärfung der Bestimmungen für die Einfuhr.

Auf der anderen Seite brachte jedoch der Ausbruch des Krieges in Korea den westdeutschen Exporteuren eine Chance:¹

In den Vereinigten Staaten war es sofort nach Ausbruch der Feindseligkeiten in Korea zu einer unerwartet stürmischen Nachfrage seitens der Konsumenten gekommen. Die Haussestimmung, die sich zunächst nur auf Rüstungsmaterialien beschränkte, griff bald auch auf zivile Verbrauchsgüter über.

Diese Entwicklung wurde ausgelöst von dem weitverbreiteten Wunsch, bisher zurückgestellte Kaufvorhaben noch zu realisieren, ehe Kontrollmaßnahmen und /oder behördliche Lenkungs Vorschriften die Verwirklichung dieser Absichten erschwerten oder unmöglich machten.

Es kam daher nicht nur innerhalb des Warenangebotes zu Verknappungserscheinungen, die sich in Preiserhöhungen niederschlugen, sondern auch die Industrie begann unter einem zunehmenden Facharbeitermangel zu leiden.

Man suchte infolgedessen nach freien Kapazitätsreserven in der ganzen Welt. Der bis dahin stagnierende Weltstahlmarkt erfuhr einen ungeahnten Auftrieb, und die Preise der westeuropäischen Stahlexporte stiegen in den Juliwochen des Jahres 1950 sprunghaft an. Innerhalb von nicht ganz drei Wochen verbesserten sich die Erlöse für französischen und belgischen Stabstahl von 48 bis 49 Dollar auf 60 Dollar je Tonne.²

Auch die westdeutsche Exportkapazität war zur Schließung der überall aufklaffenden Versorgungslücken allseits willkommen.³ Die Ausfuhr, die im ersten Vierteljahr 1949 erst einen Betrag von 901 Mill. DM ausgemacht hatte, stieg von 1 507 Mill. DM im ersten Quartal 1950 über 1 789 Mill. DM im zweiten und 2 175 Mill. DM im dritten auf 2 891 Mill. DM im vierten Quartal 1950 an.⁴

¹ Die folgenden Angaben stützen sich auf Meldungen, Berichte und Kommentare in der „Deutschen Zeitung und Wirtschaftszeitung“, im „Handelsblatt“ und im „Volkswirt“ aus der Zeit von Juli bis September 1950.

² Zahlenangaben aus „Der Volkswirt“, 4. Jahrgang, Heft 29 vom 21. 7. 1950, S. 8.

³ v. Bismarck-Osten, Ferdinand und Zotschew, Theodor D., Der deutsche Außenhandel im Rahmen der Welthandelsentwicklung, a.a.O., S. 233.

⁴ Der Außenhandel der Bundesrepublik Deutschlands und West-Berlins im Jahre 1950, a.a.O., S. 111.

Da sich die Preise für die westdeutschen Ausfuhrsgüter nicht in dem gleichen Maße erhöhten wie die der ausländischen Rohstoffe — wir deuteten diese Entwicklung bereits an anderer Stelle an —¹, war die Vergrößerung des westdeutschen Ausfuhrvolumens sehr beachtlich. In RM-Werten von 1936 gemessen, erhöhte sich das Volumen von 750 Mill. RM im Jahre 1948 über 1 400 Mill. RM im Jahre 1949 auf 3 200 Mill. RM im Jahre 1950.²

Die Steigerung der westdeutschen Exportleistungen war eine sehr wesentliche Ursache für die anhaltende Zunahme der Beschäftigung in der Bundesrepublik zu jener Zeit. Wir werden an anderer Stelle noch einmal ausführlicher darauf zu sprechen kommen.³

Der eigentliche „Korea-Boom“ war bereits Ende August 1950 abgeklungen. Da die Ereignisse auf dem Kriegsschauplatz aber zeigten, daß sich die Vereinigten Staaten auf einen zeitlich längeren und vor allem wesentlich umfassenderen Krieg einstellen mußten, als man das ursprünglich angenommen hatte, wurde der Boom von einer Rüstungskonjunktur abgelöst.

Aus dieser Entwicklung ergab sich die Gefahr neuer Preissteigerungen, die sich dann auch bald bei Wolle und NE-Metallen abzeichneten.⁴

Was unter diesen Umständen die wirtschaftliche Situation der Bundesrepublik erschweren konnte, war die erneute Umstellung der Weltrohstoffmärkte auf reine Verkäufermärkte, auf denen nur der mächtigste und zahlungskräftigste Konkurrent zum Zuge kam. Einem Land jedoch wie der Bundesrepublik, das über keine Devisenreserven verfügte, drohte in dieser Lage ein regelrechter Ausverkauf.

Um dieser Gefahr zu entgehen, bemühte sich die Bundesregierung um die Erschließung neuer Bezugsmärkte. Während noch im Jahre 1949 60 vH. aller Importe aus Ländern kamen, die nicht der OEEC angehörten, entstammten bereits ein Jahr später 60 vH. aller Einfuhren den Mitgliedsländern der OEEC.⁵ Diese Entwicklung wurde durch die schon mehrfach erwähnte Liberalisierung der Importe innerhalb der OEEC erheblich begünstigt.

Nach Zahlungsräumen⁶ gegliedert, setzten sich die westdeutschen Importe des Jahres 1950 wie folgt zusammen:

¹ Vgl. hierzu unsere Ausführungen auf Seite 66.

² Der Außenhandel der Bundesrepublik Deutschlands und West-Berlins im Jahre 1950, o. V., a.a.O., S. 112.

³ Vgl. hierzu Seite 80 ff.

⁴ Der Volkswirt, 4. Jahrgang, Heft 36 vom 8. 9. 1950, S. 20.

⁵ Der Volkswirt, 5. Jahrgang, Heft 5 vom 2. 2. 1951, S. 11.

⁶ a) Freie Dollarländer = Länder, mit denen sich der Außenhandel in „freien“ Dollars abwickelt (USA, Kanada u.a.)

b) Länder der OEEC = siehe Seite 55, Anm. 1.

c) Sonstige Verrechnungsländer = Länder, mit denen der Außenhandel auf Grund bilateraler Abmachungen abgewickelt wird, wobei als Verrechnungsmittel meist der „Verrechnungs-Dollar“ dient (Brasilien, Argentinien, Ägypten u. a.).

Freie Dollarländer	2 257 Mill. DM
Länder der OEEC	8 099 Mill. DM
Sonstige Verrechnungsländer	1 017 Mill. DM ¹

Zum Vergleich eine Gegenüberstellung der westdeutschen Ausfuhrwerte für

1950:	Freie Dollarländer	795 Mill. DM
	Länder der OEEC	6 316 Mill. DM
	Sonstige Verrechnungsländer	1 226 Mill. DM ²

Von der gesamten Einfuhr des Jahres 1950 im Werte von 11 373 Mill. DM wurden 2 018 Mill. DM durch die Bereitstellung fremder Mittel (Marshall-Plan, GARIOA-Fonds und U.K.-Beiträge)³ finanziert, wobei 2 014 Mill. DM für Einkäufe in freien Dollarländern und 4 000 Mill. DM für Einkäufe in OEEC-Ländern verwandt wurden.

Berücksichtigt man die ausländische Finanzierungshilfe bei der damaligen westdeutschen Einfuhr nicht, dann schloß das Jahr 1950 mit einem Einfuhrüberschuß in Höhe von 3 036 Mill. DM ab.

Gliedert man den Einfuhrüberschuß bezüglich seiner Herkunft nach Zahlungsräumen auf, dann steht einem Importüberschuß im Handel mit den freien Dollarländern und den Ländern der OEEC in Höhe von 1 462 Mill. DM beziehungsweise 1 783 Mill. DM ein Exportüberschuß nach den „Sonstigen Verrechnungsländern“ in Höhe von 209 Mill. DM gegenüber.

Läßt man bei diesem Vergleich die ausländischen Finanzierungshilfen außer Ansatz, dann verwandelt sich zwar der Einfuhrüberschuß gegenüber den freien Dollarländern in einen Ausfuhrüberschuß im Werte von 552 Mill. DM, doch im Handel mit den Ländern der OEEC verbleibt ein Einfuhrüberschuß, der den Betrag von 1 779 Mill. DM ausmacht. Auch bei dieser Betrachtung schloß demnach der westdeutsche Außenhandel im Jahre 1950 mit einem Einfuhrüberschuß in Höhe von 1 018 Mill. DM ab.

Hielt diese Entwicklung der westdeutschen Ein- und Ausfuhr an, dann mußte es über kurz oder lang zu ernststen Zahlungsschwierigkeiten kommen. Das konnte im Hinblick auf die Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der EZU gefährliche Folgen für die damals noch junge Organisation nach sich ziehen.

Als die westdeutsche Zahlungsbilanzkrise von den Organen der EZU untersucht wurde, zeigte sich, daß sie auf eine Mehrzahl von Ursachen zurückzuführen war. Eine sehr starke Rolle spielte die durch den Korea-Boom verursachte Verschlechterung der terms of trade und der terms of payment. Im übrigen waren es Begleiterscheinungen der organisch gestörten und im Wiederaufbau zurückgebliebenen Wirtschaft und Folgen des Mangels an Vor-

¹ Der Außenhandel der Bundesrepublik Deutschlands und West-Berlins im Jahre 1950, o. V., a.a.O., S. 111.

² Ebenda.

³ Vgl. hierzu unsere Ausführungen auf Seite 53.

räten und Devisen.¹ Man entschloß sich daher am 13. 12. 1950 dazu, der Bundesregierung einen einmaligen Sonderkredit im Betrage von 120 Mill. Dollar zur Deckung ihrer Zahlungsverpflichtungen einzuräumen.²

Sowohl die deutsche Bundesregierung als auch weite Kreise der westdeutschen Wirtschaft hatten besondere Hoffnungen auf das Jahr 1951 gesetzt, die sich aber zunächst nicht zu erfüllen schienen. Das Eingreifen Chinas in den Korea-Konflikt führte zu neuen Rüstungsanstrengungen besonders in den USA, wodurch *Moody's* Preisindex für die wichtigsten der in den Vereinigten Staaten gehandelten Stapelgüter seit Ende Oktober 1950 um weitere 11 Punkte anstieg.³

Trotz dieser Preissteigerungen, die selbstverständlich eine weitere Verschlechterung der westdeutschen terms of trade zur Folge hatten, kam es zu einer erneuten und nochmals verstärkten Importwelle, da man auf Grund der ungünstigen politischen Entwicklung mit einer unmittelbar bevorstehenden internationalen Rohstoffbewirtschaftung rechnete. Als erstes Anzeichen hierfür wertete man einen allgemeinen Lohn- und Preisstop, den die Regierung der Vereinigten Staaten am 28. 1. 1951 erlassen hatte und der auf dem Lohn- und Preisniveau vom 25. 1. 1951 basierte.⁴

Unter diesen Umständen schien der von der EZU an Westdeutschland gewährte Sonderkredit vorzeitig verbraucht zu werden, ohne daß sich eine Besserung in der Zahlungssituation abzeichnete.

Im Artikel 3 des Abkommens über die EZU hatte man vorgesehen, daß ein Land, dessen Zahlungsbilanz zu ernster Besorgnis Anlaß bot, für eine gewisse Zeit seine Liberalisierungsfreilisten außer Kraft setzen konnte. Zu dieser Maßnahme entschloß sich die Bundesregierung und verfügte darüber hinaus einen völligen Stop für Einfuhren aus den Ländern der OEEC, der zunächst bis zum 10. 3. 1951 befristet war.^{5 6} Bereits abgeschlossene Verträge wurden von dieser Anordnung nicht betroffen.⁷

Als im März 1951 die westdeutsche Leistungsbilanz erstmals mit einem Aktivsaldo abschloß, wertete man das als einen sichtbaren Erfolg der administrativen Maßnahmen. Doch bald schon zeigte sich, daß inzwischen Faktoren wirksam geworden waren, die eine außerordentliche Bedeutung für die weitere Entwicklung des westdeutschen Außenhandels gewinnen sollten.⁸

¹ *Albrecht, Karl*, Die europäische Zahlungsunion und die Wiedergewinnung der Weltwirtschaft, a.a.O., S. 221.

² Siehe auch den Monatsbericht der Bank deutscher Länder, Okt. 1950, S. 24.

³ *Moody's Index* für USA-Rohstoffpreise: 1938 = 143,5; 1948 = 418,6; 1950, Woche vom 18. 6. bis 24. 6. = 395,8; Woche vom 3. 9. bis 9. 9. = 473,7.

⁴ Vgl. hierzu auch: *Der Volkswirt*, 5. Jahrgang, Heft 5 vom 2. 2. 1951, S. 21.

⁵ Zur Liberalisierung siehe Seite 56/57.

⁶ Siehe hierzu auch: *Der Volkswirt*, 5. Jahrgang, Heft 9 vom 26. 2. 1951 und Heft 12 vom 17. 3. 1951.

⁷ *Der Volkswirt*, 5. Jahrgang, Heft 9 vom 26. 2. 1951, S. 2.

⁸ *Albrecht, Karl*, a.a.O., S. 221.

In diesem Zusammenhang erscheinen uns die folgenden Umstände sehr wesentlich:

1. In Korea war der seitherige UN-Oberbefehlshaber, der für eine Ausweitung des Krieges eintrat, abgerufen worden. Damit brachten die Vereinigten Staaten ihren Willen zum Ausdruck, den Krieg zu lokalisieren.
2. Die Exporte Westdeutschlands, die sich schon im vierten Quartal des Jahres 1950 merklich erhöht hatten, zeigten nach einer kurzen Unterbrechung im Januar 1951 weiterhin ansteigende Tendenz.¹ Hierzu trug bei, daß die Teilnehmerländer der OEEC die Liberalisierung der Bundesrepublik gegenüber fortsetzten, obwohl diese sie vorübergehend aussetzen mußte.²
3. Seit Januar 1951 begann sich eine Steigerung der westdeutschen Ausfuhrerlöse auszuwirken. Es zeigte sich, daß die Auslandsnachfrage nach westdeutschen Ausfuhrsgütern innerhalb gewisser Grenzen von der Preisentwicklung ziemlich unabhängig war.³ Von diesem Zeitpunkt an erhöhten sich die Durchschnittswerte der Ausfuhr stärker als die der Einfuhr.⁴ Im Zusammenhang damit kam es zu einer Verbesserung der westdeutschen terms of trade, deren seitherige Verschlechterung in den 8 Monaten von Juli 1950 bis Februar 1951 einen Mehraufwand von etwa 725 Mill. DM verursacht hatte. Dieser Betrag entsprach rund 60 vH. des Gesamtwertes der Importe des Monats Februar 1951.⁵ Im übrigen erreichten in diesem Monat die westdeutschen Nachkriegseinfuhren mit einem Gesamtwert von 1 258 Mill. DM ihren seitherigen Höchststand.⁶

Für die westdeutsche Nachkriegsausfuhr brachte der April des Jahres 1951 mit 1 153 Mill. DM einen Höchststand. Gegenüber dem Vormonat bedeutete dies eine Erhöhung um 6 vH. und gegenüber dem April des Vorjahres eine Verdoppelung. Dabei war vor allem der für die Bundesrepublik so wichtige Export von Fertigwaren von 761 Mill. DM auf 837 Mill. DM angestiegen.⁷ Die von der Bundesregierung gegenüber den Partnerländern der OEEC ergriffenen Maßnahmen⁸ wirkten sich in einem starken Rückgang der Einfuhren aus. Bereits im März 1951 schloß daher die Handelsbilanz, die den

¹ Der Volkswirt, 5. Jahrgang, Heft 12 vom 17. 3. 1951, „Die Überwindung der Außenhandelskrise“, o. V., S. 12.

² Albrecht, Karl, a.a.O., S. 222.

³ Gatz, Werner, Gründe und wirtschaftspolitische Konsequenzen der deutschen Überschusssituation, Die Weltwirtschaft, Halbjahresschrift des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, 1954/1, Kiel Juni 1954, S. 176.

⁴ Monatsberichte der Bank deutscher Länder, März 1951, S. 35.

⁵ Ebenda, S. 36.

⁶ Wirtschaft und Statistik, 3. Jahrgang, N. F., Heft 5, 1951, „Der Außenhandel der Bundesrepublik Deutschlands und West-Berlins im April 1951“, o. V., S. 205.

⁷ Wirtschaft und Statistik, 3. Jahrgang, N. F., Heft 5, 1951, „Der Außenhandel der Bundesrepublik Deutschlands und West-Berlins im April 1951“, o. V., S. 206.

⁸ Bezüglich der Einfuhrbeschränkungen gegenüber den Ländern der OEEC siehe S. 75.

Warenverkehr mit allen drei Zahlungsräumen¹ umfaßte, mit einem Ausfuhrüberschuß ab, der sich in dem darauffolgenden Monat noch vergrößerte. In jenem Monat erreichte er den Betrag von 74 Mill. DM und erhöhte sich bei alleiniger Berücksichtigung der „kommerziellen Einfuhren“² auf 286 Mill. DM. Da die günstige Entwicklung anhielt, belief sich der Ausfuhrüberschuß im Mai 1951 schon auf 97 Mill. DM.³

Als die Bundesrepublik 1948/49 wieder mit einem nennenswerteren Export begann und dann rasch wieder in den Welthandel hineinwuchs, da ahnte kaum jemand, daß es so bald zu einem Ausfuhrüberschuß kommen würde.⁴

Wenn wir nun diesen Überschuß nach seiner Herkunft aufschlüsseln, dann stellen wir fest, daß sich auch nach Ablauf des totalen Einfuhrstopps der Handel mit den Ländern der OEEC besonders günstig gestaltete. Die Folge davon war ein Ausfuhrüberschuß in jene Länder in Höhe von 246 Mill. DM. Dabei darf allerdings nicht übersehen werden, daß sich infolge der Aussetzung der Liberalisierungsfreilisten⁵ die Einfuhren aus dem Bereich der OEEC laufend verminderten. Dies wirkte sich allmählich auch auf die westdeutschen Exporte in jene Länder aus, die im Mai 1951 erstmals um 46,9 Mill. DM zurückgingen.⁶

Im Warenverkehr mit den „Sonstigen Verrechnungsländern“ schloß die westdeutsche Handelsbilanz im Mai 1951 mit einem Ausfuhrüberschuß in Höhe von 33,9 Mill. DM ab.

Wesentlich ungünstiger gestaltete sich der Handel mit den freien Dollarländern. Dabei war es weniger der Einfuhrüberschuß in Höhe von 185,4 Mill. DM, der zur Besorgnis Veranlassung bot, als vielmehr die Tatsache, daß es trotz einer Steigerung der Ausfuhren um 13,3 Mill. DM in der Zeit von April bis Mai 1951 zu einer Vergrößerung des Einfuhrüberschusses um 29,9 Mill. DM gekommen war.

Diese Feststellung darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Einfuhrrestriktionen immer noch sehr streng gehandhabt wurden und daß sich dadurch für die westdeutsche Industrie ernst zu nehmende Rohstoffschwierigkeiten abzeichneten.

Die Bundesregierung fand sich daher dazu bereit, neue Einfuhren aus den Ländern der OEEC auszuschreiben. Dieser Entschluß wurde ihr dadurch erleichtert, daß

¹ Vgl. hierzu unsere Ausführungen auf Seite 73, Anm. 6.

² „Kommerzielle Einfuhr“ = die Einfuhr, die ausschließlich aus deutschen Mitteln finanziert wurde. Bei dieser Betrachtungsweise bleiben die ausländischen Finanzierungshilfen (siehe Seite 53) außer Betracht.

³ Wirtschaft und Statistik, 3. Jahrgang, N. F., Heft 6, 1951, S. 247, „Der Außenhandel der Bundesrepublik Deutschlands und West-Berlins im Mai 1951“, o. V.

⁴ Gatz, Werner, a.a.O., S. 175.

⁵ Siehe hierzu auch Seite 75.

⁶ Der Außenhandel der Bundesrepublik Deutschlands und West-Berlins im Mai 1951, a.a.O., S. 248.

1. die Handelsbilanz weiterhin mit Aktivsaldo abschloß, und
2. der von der EZU seinerzeit gewährte Sonderkredit¹ bereits gegen Ende Mai bis auf einen „kleinen einstelligen Millionenbetrag“² vorzeitig zurückgezahlt worden war.

Wenn auch die westdeutschen Importe aus den Ländern der OEEC zu einem ungünstigen Zeitpunkt wiedereinsetzten, so machte doch die Aktivierung der Handelsbilanz weitere Fortschritte.³ Inzwischen hatten sich nämlich die Durchschnittswerte der Einfuhr stärker erhöht als die der Ausfuhr. Trotzdem schloß der Juni 1951 mit einem Ausfuhrüberschuß in Höhe von 177 Mill. DM ab, was vor allem einer Steigerung der Exporte um 9 vH. gegenüber dem Vormonat auf 1 250 Mill. DM zu verdanken war.⁴

Dieser Erfolg war in erster Linie auf die unvermindert anhaltende Aufnahmebereitschaft der Weltmärkte zurückzuführen. Als Beweis hierfür kann auf die Tatsache verwiesen werden, daß sich die Ausfuhr industrieller Fertigwaren ständig erhöhte und bis zum Juni 1951 einen Anteil von 75 vH. an den gesamten Exporten Westdeutschlands erreicht hatte.⁵

Um auch hier den Einfluß und das Ausmaß der Preissteigerungen herauszustellen, sei erwähnt, daß sich die Gesamtexporte der Bundesrepublik Deutschland im ersten halben Jahr 1951 auf 6 525 Mill. DM beliefen. Sie hatten sich damit dem Werte nach gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres (3 229 Mill. DM) um 98 vH. erhöht. Im Gegensatz hierzu betrug die volumenmäßige Steigerung lediglich 76 vH.⁶

Bei den Importen war während des gleichen Zeitraumes die Tendenz nicht ganz einheitlich. Insgesamt gesehen erhöhte sich jedoch das Volumen stärker als der Wert.

Zu der uneinheitlichen Entwicklung trug bei, daß das Zollsystem vom 1. 10. 1951 an auf Wertzölle umgestellt wurde.⁷ Das führte zu einer erheblichen Vorwegnahme von Importen im September und zu einer entsprechenden Verminderung im Oktober.

Bei einem Vergleich der Ein- und Ausfuhren zeigt sich, daß in der zweiten Hälfte des Jahres 1951 die Importe wesentlich stärker anstiegen als die Exporte. Hierdurch verminderten sich die monatlichen Ausfuhrüberschüsse, was in einer anhaltenden Verschlechterung der Handelsbilanz zum Ausdruck

¹ Siehe hierzu auch Seite 75.

² Der Volkswirt, 5. Jahrgang, Heft 22 vom 1. 6. 1951, S. 6.

³ Monatsberichte der Bank deutscher Länder, Juni 1951, S. 28.

⁴ Wirtschaft und Statistik, 3. Jahrgang, N. F., Heft 7, 1951, S. 291, „Der Außenhandel der Bundesrepublik Deutschlands und West-Berlins im Juni und ersten Halbjahr 1951“, o. V.

⁵ Der Gesamtwert der westdeutschen Ausfuhr betrug im Juni 1951 1 249,7 Mill. DM.

⁶ Der Außenhandel der Bundesrepublik Deutschlands und West-Berlins im Juni und ersten Halbjahr 1951, o. V., a.a.O., S. 291.

⁷ Zolltarifgesetz vom 16. 8. 1951, BGBl. I, Nr. 42/1951, S. 527 ff.

kam. Im Gegensatz hierzu entwickelte sich die westdeutsche Leistungsbilanz sehr günstig, was auf folgende Faktoren zurückzuführen war:

1. In der zweiten Hälfte des Jahres 1951 kam es zu einem bemerkenswerten Abbau der zuvor anhaltend gestiegenen Forderungen aus westdeutschen Exporten.¹
2. Im Spätsommer des gleichen Jahres hielten sich hartnäckige Gerüchte, die von einer unmittelbar bevorstehenden Abwertung des englischen Pfundes wissen wollten. Dies führte
 - a) bei den westdeutschen Importeuren zu Verzögerungen in den Zahlungen für Einfuhren aus den Pfundländern, veranlaßte
 - b) die westdeutschen Exporteure dazu, ihre ausstehenden Pfundforderungen schneller zu realisieren, und bestimmte nicht zuletzt
 - c) die Käufer westdeutscher Waren in den Pfundländern, größere Anzahlungen auf spätere Exporte zu leisten.²

Wenn nun aber trotz der günstigen Devisenlage und den dementsprechend großzügig erweiterten Einfuhr-Ausschreibungen die Importe nur zögernd anstiegen, so können hierfür folgende Gründe verantwortlich gemacht werden:

1. Die Weltrohstoffmärkte standen unter dem Eindruck ständig sinkender Preise, was keinen Anreiz für eine verstärkte Lagerhaltung bot.
2. Im Sommer und Frühherbst 1951 hatte die westdeutsche Wirtschaft deutliche Zeichen eines beginnenden Konjunkturabschwunges erkennen lassen. An anderer Stelle werden wir noch einmal hierauf zu sprechen kommen.³
3. Zweifellos wirkte die Autarkiepolitik der 30er Jahre, die in ihren Wurzeln bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts zurückverfolgt werden kann, noch nach.⁴ In der Zeitschrift „The Banker“ schrieben E. T. Nevin und H. Lohmann: „Germany has indeed become more and more the great low trade economy of industrial Europe . . . habits in both industrial and personal consumption have over a long period of years developed a bias against imported goods, and they could not be expected to change overnight of obstacles to imports were removed.“⁵

Da sich die westdeutschen Devisenreserven ständig vergrößerten und die Einfuhren immer weiter zurückblieben, entschloß sich die Bundesregierung dazu, ab 1. 1. 1952 wieder 50% des Handels mit den Ländern der OEEC zu liberalisieren.

¹ Monatsberichte der Bank deutscher Länder, November 1951, S. 36.

² Monatsberichte der Bank deutscher Länder, August-November 1951.

³ Vgl. hierzu Seite 84.

⁴ Gatz, Werner, a.a.O., S. 171 und Predöhl, A., Deutschlands Stellung in der Weltwirtschaft, Berlin 1954, S. 24.

⁵ Nevin, E. T. und Lohmann, H., The German Surplus in Perspective, The Banker, London, vol. 102, 1954, No. 338, S. 151.

5. Die Aufwärtsentwicklung des westdeutschen Außenhandels in den Jahren von 1949 bis 1951 in ihren Auswirkungen auf die gesamte Volkswirtschaft

Als Ende Juni 1950 der Krieg in Korea ausbrach, besaß die Bundesrepublik noch nicht den Status eines souveränen Staates. Reste des überkommenen Besatzungsrechtes räumten den westlichen Militärgouverneuren immer noch sehr weitgehende Entscheidungsbefugnisse ein. Dieses Mitspracherecht beschränkte sich nicht nur auf politisches Gebiet, sondern erstreckte sich auch auf rein wirtschaftliche Fragen.

So erfolgten beispielsweise die Exporte von Kohlen unter dem Zwang hoher und unabdingbarer Auflagen. Darüber hinaus mußten sie zu Preisen durchgeführt werden, die erheblich unter den Weltmarktpreisen lagen. Die Höhe der Stahlerzeugung war durch Produktionsquoten begrenzt, die noch nicht einmal den Anforderungen des inländischen Marktes zu genügen vermochten. Der Bau seegängiger Schiffe, der schon bald für die Bundesrepublik eine besondere Bedeutung gewinnen sollte, war mit einer Reihe diskriminierender Bestimmungen belastet. Außer einem generellen Verbot, gewisse Schiffstypen (Tanker, Passagierschiffe und andere Spezialfahrzeuge) zu bauen, bestanden Beschränkungen hinsichtlich der Größe und der Geschwindigkeit.

Unter derartigen Voraussetzungen war die westdeutsche Volkswirtschaft nicht in der Lage, ihre vorhandenen Produktionskapazitäten auszunutzen. Sie war belastet mit einer hohen Arbeitslosenquote, die mitverursacht wurde durch den ständigen Zustrom Arbeitsfähiger aus Ost- und Mitteldeutschland. So kam es, daß die Zahl der Arbeitslosen in den Wintermonaten regelmäßig die 2-Millionen-Grenze überschritt und auch im Zeichen wirtschaftlicher Belebung während der Sommermonate kaum unter 1 Million sank. Um daher im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten den allgemeinen Konjunkturlauf zu beleben, hatte man vielerorts vor Ausbruch des Korea-Krieges eine stärkere Kreditschöpfung gefordert.^{1 2} Unmittelbar nach Ausbruch der Feindseligkeiten im Fernen Osten waren diese Stimmen verstummt. Die zusätzliche Nachfrage, die man sich von der Kreditausweitung versprochen hatte, wurde nunmehr von dem unerwarteten Nachfrageboom auf den Weltmärkten ausgeübt. Der westdeutsche Export entwickelte sich nicht nur zu einem mächtigen Faktor der Arbeitsbeschaffung, sondern erwies sich auch als wesentlichste Stütze der gesamten Konjunktur. Den im zweiten Halbjahr 1950 einsetzenden Wirtschaftsaufschwung bezeichnete daher die Bank deutscher Länder als „Exportkonjunktur“.³

¹ Monatsberichte der Bank deutscher Länder, Juli 1950, S. 4.

² Wegen der hiervon erwarteten Auswirkungen siehe besonders: *Nöll v. d. Nahmer*, Robert, *Der volkswirtschaftliche Kreditfonds, Versuch einer Lösung des Kreditproblems*, Berlin 1934.

³ Monatsberichte der Bank deutscher Länder, Juli 1950, S. 2/3.

Die günstige Entwicklung hielt jedoch nicht bis zum Jahresende an. In den letzten Wochen des Jahres 1950 kam nicht nur der konjunkturelle Aufschwung zum Stillstand, sondern es begannen sich auch Ansätze zu einer erneuten Depression abzuzeichnen.

Während die Zahl der Arbeitslosen im Oktober noch 1,3 Millionen betragen hatte, erreichte sie im Dezember fast wieder die 2-Millionen-Grenze.¹ Demgegenüber verzeichnete zur gleichen Zeit die westdeutsche Industrie einen ständig steigenden Bestand an Aufträgen aus dem In- und Ausland. Sie war allerdings nicht in der Lage, diese auszuführen, weil es ihr infolge der überhöhten und unter Zwang erfolgenden Kohlenexporte an dem wichtigsten Energierohstoff fehlte. Aus diesem Grund stieß schon die Aufrechterhaltung des seitherigen Produktionsstandes auf nahezu unüberwindliche Schwierigkeiten.

Selbst die relativ bescheidene Stahlquote konnte wegen der Kohlenknappheit nicht ausgenutzt werden, was aus den folgenden Produktionszahlen ersichtlich ist:

		Roheisen	Rohstahl	Walzwerkserz.
		(alle Angaben in 1 000 t)		
1950	Oktober	927	1 135	783
	November	875	1 111	793
	Dezember	773	958	673 ²

Der Rückgang in der Eisen- und Stahlerzeugung blieb selbstverständlich nicht ohne Folgen für die anderen Zweige der Industrie.

Da sich das Inlandsangebot durch Produktionseinschränkungen und steigende Exporte laufend verringerte, kam es bei einer zumindest gleichbleibenden Nachfrage zwangsläufig zu Preissteigerungen. Der Preisindex industrieller Fertigerzeugnisse erhöhte sich in der Zeit von Juni bis Dezember 1950 von 178 auf 195, mithin, während eines Zeitraumes von 6 Monaten um 17 Punkte. Allein im Januar 1951 stieg er auf 206 oder um weitere 12 Punkte.³

Die von der Güterseite herrührende Tendenz zu Preissteigerungen fand eine Unterstützung durch die Geldpolitik. Infolge der anhaltenden Diskontierung der Exporterlöse betrug die bankmäßige Geldschöpfung im Dezember mehr als 400 Mill. DM.^{4 5}

¹ Der Volkswirt, 5. Jahrgang, Heft 6 vom 9. 2. 1951, S. 15, „Politisch gehemmte Konjunktur“, o. V.

² Der Volkswirt, a.a.O., S. 15.

³ Der Volkswirt, 5. Jahrgang, Heft 14 vom 6. 4. 1951, S. 17, „Zwischen Hausse und Baisse“, o. V.

⁴ Gatz, Werner, a.a.O., S. 171.

⁵ Der Volkswirt, 5. Jahrgang, Heft 6 vom 9. 2. 1951, S. 15, „Politisch gehemmte Konjunktur“, o. V.

Allerdings trat ein großer Teil des neugeschaffenen Geldes nicht als wirk-
same Kaufkraft auf dem Inlandsmarkt in Erscheinung, da es zur Finanzie-
rung vermehrter Importe verwandt wurde.¹

Das Einkaufsverlangen der Importeure war um jene Zeit so stark, daß sie
letzte Liquiditätsreserven mobil machten und Zinssätze in Kauf nahmen, die
weit über der damals üblichen Rate lagen.²

Um der Gefahr einer Übersteigerung der Nachfrage entgegenzuwirken, er-
höhte die Bank deutscher Länder den Diskontsatz auf 6 %. Für die Nach-
kriegszeit bedeutete dies einen Rekord.³ Darüber hinaus verfügte sie eine
Erhöhung der Mindestreservesätze und nahm Kreditrestriktionen vor, nach
denen die von den Banken gewährten Kredite innerhalb einer relativ kurzen
Zeit um eine Milliarde DM zurückzuführen waren.

Mit diesen Maßnahmen konnte man unter Umständen von der monetären
Seite her die übersteigerte Nachfrage eindämmen. Das eigentliche Problem
aber, das sich aus den Schwierigkeiten in der Produktion ergab, blieb ungelöst.

Die Industrie litt nach wie vor unter einer völlig unzureichenden Versorgung
mit Kohle. Im Monatsdurchschnitt mußte die Bundesrepublik etwa 2 Mill.
Tonnen exportieren. Diese Menge entsprach etwa einem Fünftel der da-
maligen Förderung. Auf Grund der vorgeschriebenen Preise ergab sich ein
Export Erlös von ca. 44 DM je t, dem ein Inlandspreis von ca. 56 DM je t
gegenüberstand. Aber auch dieser Preis hielt sich noch weit unter dem
Niveau auf dem Weltmarkt; dort mußten ca. 88—90 DM für die Tonne
Kohle bezahlt werden.⁴

Wie wir bereits an anderer Stelle ausführten⁵, waren die Vereinigten Staaten,
bedingt durch ihre eigene Wiederaufrüstung bei anhaltend steigender inlän-
discher ziviler Nachfrage, genötigt, in der übrigen Welt freie Industrie-
kapazitäten zu suchen.

Ein besonders knapper Rohstoff war Stahl. Nichts lag daher näher, als daß
sich die USA für Stahllieferungen aus der Bundesrepublik interessierten. Da
die Besatzungsmächte die westdeutsche Stahlproduktionsquote weit unter der
Produktionskapazität angesetzt hatten, waren hier noch Reserven vorhanden,
deren Ausnutzung vor allem nicht preisstei gernd wirkte.⁶

Man war daher bereit, der westdeutschen stahlerzeugenden Industrie wenn
auch noch nicht die völlige Freigabe, so doch eine höhere Quote zuzubilligen.
Diesem Vorhaben stand aber die bereits mehrfach erwähnte ungünstige

¹ Vgl. hierzu unsere Ausführungen auf Seite 71.

² Der Volkswirt, 5. Jahrgang, Heft 11 vom 16. 3. 1951, S. 6, „Übergang zur Ein-
fuhrbewirtschaftung“, o. V.

³ Siehe tabellarischer Anhang, Tabelle I.

⁴ Der Volkswirt, 5. Jahrgang, Heft 22 vom 1. 6. 1951, S. 5.

⁵ Vgl. hierzu Seite 72.

⁶ Vgl. hierzu Seite 72.

Kohlensituation gegenüber, die die Ausnutzung der seitherigen, wesentlich geringer veranschlagten Stahlquote verhinderte.¹

Da jedoch in den Vereinigten Staaten die Kohle nicht zu den knappen Rohstoffen gehörte, regten sie von sich aus an, amerikanische Kohlen gegen westdeutschen Stahl zu tauschen. Wenn man von den Preisen absieht, die in der damaligen Zeit eine untergeordnete Bedeutung hatten, dann eröffneten sich aus diesem Geschäft neue Perspektiven für die gesamte Industrie Westdeutschlands.

Im Jahre 1951 erhöhten sich die Exportabschlüsse von Monat zu Monat, was sich in einer anhaltenden Vermehrung der Erlöse aus diesen Geschäften niederschlug. Der ständig steigende Anfall von Devisen trug zu einer immer spürbarer werdenden Liquidität bei, da das Zentralbanksystem in dem Maße, in dem es mehr Devisen ankauft, Geld in die Zirkulation leitete.²

Von der Geldseite her gesehen tritt dabei die gleiche Wirkung ein wie bei der Gewährung neuer Kredite durch das Zentralbanksystem. Konjunkturpolitisch und im Hinblick auf die Leistungsbilanz³ besteht jedoch insofern ein entscheidender Unterschied, als die zusätzlichen Gelder, die aus der Erweiterung des Zentralbankkredites herrühren, primär die Produktionsgüternachfrage und indirekt damit auch die Konsumgüternachfrage anregen, ohne immer und überall die Höhe der Ausfuhr zu beeinflussen. Hierdurch kommt es höchstwahrscheinlich zu einer stärkeren Belastung der Leistungsbilanz infolge vermehrter Importe.⁴ Geht die zusätzliche Nachfrage aber von einer Erhöhung der Exporte aus, dann entlasten diese Ausfuhren die durch gesteigerte Importe beanspruchte Leistungsbilanz.

Im Falle der Bundesrepublik stellte sich die anhaltend steigende innere Nachfrage den restriktiven Maßnahmen der Bank deutscher Länder entgegen. Es verging daher eine geraume Zeit, bis sich fühlbare Auswirkungen bemerkbar machten.

Erst der Maibericht des Jahres 1951 sprach von einer langsam einsetzenden Normalisierung der überspannten Konsumgüternachfrage, die sich in einer allgemeinen Beruhigung der Preise abzuzeichnen begann.⁵ Die Tatsache einer bis zu diesem Zeitpunkt übersteigerten Nachfrage läßt sich auch aus dem seit Ausbruch des Korea-Krieges anhaltenden Entsparungsprozeß ableiten.⁶

¹ Vgl. hierzu Seite 80.

² Monatsberichte der Bank deutscher Länder, April 1951, S. 2.

³ Bezüglich des Begriffes der Leistungsbilanz, siehe Seite 36/38.

⁴ Grünig, Ferdinand, Der volkswirtschaftliche Wachstumsprozeß in empirischer Sicht, Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung), 1955, Heft 1, S. 45.

⁵ Monatsberichte der Bank deutscher Länder, Mai 1951, S. 2.

⁶ Grünig, Ferdinand, a.a.O., S. 45.

Die Auswirkungen der restriktiven Maßnahmen bildeten darüber hinaus die Ursache für den überraschenden Umstand, daß nach der Neueinführung des Ausschreibeverfahrens im Frühsommer des Jahres 1951 die Ausschreibungen in keinem Falle von den Importeuren überzeichnet wurden.¹

Für den Einfuhrhandel besitzt die Inanspruchnahme von Krediten eine außerordentliche Bedeutung. Es mußte sich daher lähmend auf die Dispositionen der Importeure auswirken, daß sie nicht nur keine neuen Bankkredite erhalten konnten, sondern darüber hinaus gehalten waren, die bislang gewährten vorzeitig zurückzuzahlen. In diesem Zusammenhang darf nicht vergessen werden, daß es in der damaligen Zeit den westdeutschen Importkaufleuten noch nicht gestattet war, sich im Ausland zu verschulden.

Als dann auch bei der Investitionsgüter-Industrie der Auftragseingang zurückging, war nach Ansicht der Bank deutscher Länder der Augenblick gekommen, wo sich depressive Tendenzen auf breiterer Front durchsetzten.²

Die schon vorher bei der Konsumgüter-Industrie auftretenden Absatzschwierigkeiten konnten nicht auf einen Geldmangel bei den Verbrauchern zurückgeführt werden — wogegen auch die erstmalig wieder ansteigenden Sparraten sprachen —, sondern es äußerte sich in ihnen eine unterschiedlich motivierte bewußte Zurückhaltung der Käufer.

Obwohl nun also auch in der Investitionsgüter-Industrie der Auftragseingang rückläufig war, blieb doch die Hauptwirkung des Konjunkturabschwunges auf die Verbrauchsgüter-Industrie beschränkt. Gegen den starken Absatzrückgang auf dem Inlandsmarkt suchte sie nicht ohne einen gewissen Erfolg einen Ausgleich in verstärkten Exportbemühungen.³

Ab September 1951 begann sich daher ein neuer Produktionsanstieg abzuzeichnen. Dieser hielt bis zum Jahresende an.⁴

6. Der Einfluß von Veränderungen der terms of trade auf die Entwicklung des westdeutschen Außenhandels während der Jahre 1949 — 1951

Wenn wir uns in dem vorstehenden Kapitel eingehend bemüht haben, den Kräften nachzuspüren, die die Entwicklung des westdeutschen Außenhandels in den Jahren von 1949 — 1951 maßgeblich beeinflussten, so findet das seine Erklärung darin, daß nach einer weitverbreiteten Ansicht der Aufschwung der Im- und Exporte im Anschluß an den Ausbruch des Korea-Krieges einzig und allein auf die günstige Veränderung der Austauschrelationen zurückzuführen sei.

Im Gegensatz hierzu war in unserer Darstellung von diesen Veränderungen sehr wenig die Rede. Wir fanden vielmehr immer wieder Gelegenheit, auf

¹ Vgl. hierzu unsere Ausführungen auf Seite 77/78.

² Monatsberichte der Bank deutscher Länder, Juni 1951, S. 1.

³ Ebenda, September 1951, S. 2.

⁴ Ebenda und Der Volkswirt, 5. Jahrgang, Heft 48 vom 1. 12. 1951, S. 1.

die Bedeutung anderer Faktoren hinzuweisen. Diese Feststellung schließt denn auch bereits das Wesentliche dessen ein, was über die Rolle der terms of trade im Rahmen der Gesamtentwicklung zu sagen ist.

Unter den nun einmal gegebenen Voraussetzungen hätte damals der westdeutsche Außenhandel den gleichen Aufschwung genommen, gleichgültig ob dabei die Austauschverhältnisse „günstig“ oder „ungünstig“ gewesen wären. Auf die tatsächliche Gestaltung des Warenhandels blieben die terms of trade und ihre Veränderungen ohne sichtbaren Einfluß. In erster Linie wurde der Ablauf des Entwicklungsprozesses von den politischen Gegebenheiten bestimmt. Daß hierbei die terms of trade günstig waren, kann nicht als Ursache für den Aufschwung des Außenhandels gewertet werden, sondern ist lediglich ein Umstand, der durch eine Reihe ökonomischer und außerökonomischer Faktoren bedingt wurde, mit denen wir uns im Rahmen der Darstellung eingehend beschäftigt haben.

Auf einer anderen Ebene liegt demgegenüber die Frage, welche Bedeutung Veränderungen der Austauschrelationen für die Leistungsbilanz haben, und ob von hier aus Rückwirkungen auf die Gestaltung des Außenhandels zu erkennen sind. Diesbezügliche Mutmaßungen lassen sich zweifellos aus der bisherigen Darstellung ableiten. Um sie jedoch wirklich sichtbar zu machen, bedarf es genauerer Untersuchungen.

Für diese erscheint uns allerdings der Zeitraum von 1949—1951 nicht besonders geeignet. Hierbei spielt die Überlegung eine Rolle, daß die Deutsche Mark erst in jenen Jahren zu einer international anerkannten und damit verwertbaren Währung wurde¹ und daß die Posten der unsichtbaren Ein- und Ausfuhren in ihrer Höhe und Zusammensetzung noch stark von den Auswirkungen des totalen Zusammenbruchs im Jahre 1945 beeinflusst waren.²

Wir möchten daher den Zeitraum von 1952—1956 zum Gegenstand unserer weiteren Untersuchung machen. In ihm wurde die wirtschaftliche Entwicklung weniger von politischen Krisen bestimmt. Unsere Aufmerksamkeit gilt dabei in erster Linie den Veränderungen der terms of trade im Hinblick auf ihre Bedeutung für die Leistungsbilanz. Eventuelle Rückwirkungen auf die Handelsbilanz wollen wir dabei nicht völlig aus dem Auge verlieren.

¹ Vgl. hierzu unsere Ausführungen auf Seite 54.

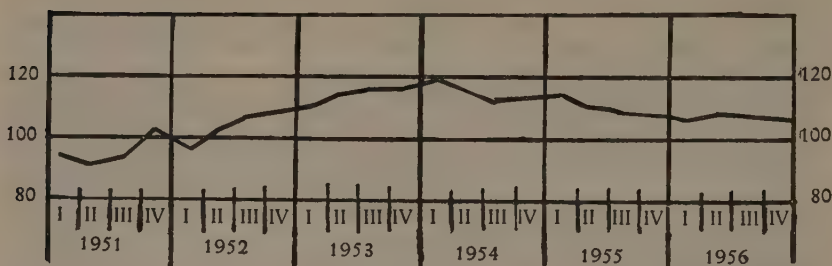
² Da unter anderem in den Jahren 1949—1951 die westdeutsche Hochseeschifffahrt noch immer verboten war, mußten sämtliche Im- und Exporte aus bzw. nach Übersee auf ausländischen Schiffen durchgeführt werden, was keine Einnahmen aber hohe Ausgaben zur Folge hatte. Da ausländische Touristen die Bundesrepublik noch nicht wieder besuchten, fehlten auch die Einnahmen aus dem Reiseverkehr fast vollständig. Schließlich gab es auf dem Gebiet der Kapitalleistungen den ansehnlichen Komplex der deutschen Vorkriegsschulden, der weder verzinst noch getilgt wurde.

VIII. KAPITEL

Veränderungen der terms of trade und ihre Bedeutung für die Entwicklung der westdeutschen Leistungsbilanz in den Jahren von 1952-1956

1. Die westdeutschen terms of trade von 1951-1956 in graphischer Darstellung

1. Die Entwicklung der deutschen terms of trade in den Jahren von 1951-1956 (1950 = 100) (1950 = Jahresdurchschnitt)



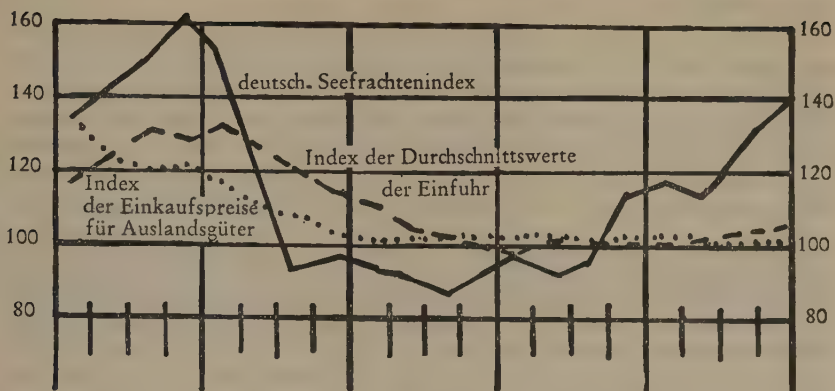
(Abb. 8)

1

Die vorstehende Darstellung (Abb. 8), die die Entwicklung der westdeutschen terms of trade in den Jahren von 1951-1956 widerspiegelt, gewinnt an Aussagekraft, wenn wir ihr die Veränderungen der Indices der Durchschnittswerte von Ein- und Ausfuhr in dem gleichen Zeitraum gegenüberstellen. Dabei wollen wir noch Indices berücksichtigen, die von besonderem Gewicht für die Gesamtentwicklung der Durchschnittswerte waren. Bei den Importen handelt es sich hierbei um den westdeutschen Seefrachtenindex, Basis: 4. Vierteljahr 1950 = 100, und den Index der Einkaufspreise für Auslandsgüter, Basis: 1950 = 100; bei den Exporten um den Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte, Basis: 1950 = 100 (Abb. 9 und 10).

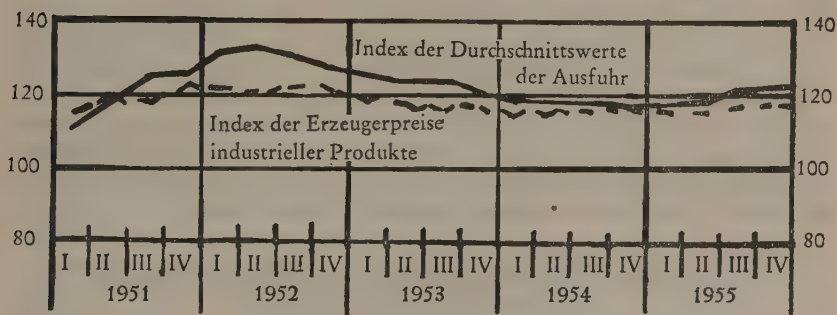
¹ Entnommen aus: Wirtschaft und Statistik, 8. Jahrgang, Heft 1, 1956, S. 36.

Index der Durchschnittswerte der Einfuhr
(1950 = 100)



(Abb. 9)

Index der Durchschnittswerte der Ausfuhr
(1950 = 100)



(Abb. 10)

1

Wenn wir die Entwicklung der westdeutschen Austauschrelationen während der Jahre 1952-1956 überblicken, so erscheint als Ausgangspunkt die Jahreswende 1951/52 insofern günstig gewählt, weil sich damals „die Schere der terms of trade“² geschlossen hatte; das heißt, das Austauschverhältnis der

¹ Entnommen aus: Wirtschaft und Statistik, a.a.O., S. 36.

² Reuß, Ingo, Ökonomie des Außenhandels, Baden-Baden und Frankfurt/M. 1956, S. 161.

Bundesrepublik bewegte sich um seinen Basiswert. Es setze dann eine Aufwärtsentwicklung ein, die in großen Zügen bis in das dritte Quartal des Jahres 1956 hinein anhielt.

Suchen wir nach den Gründen für diese Entwicklung und betrachten wir uns daraufhin die Indices der Durchschnittswerte der Ein- und Ausfuhr, dann stellen wir fest, daß die Gestaltung der terms of trade weniger den Ausfuhr- als den Einfuhrpreisen zu verdanken war. Erstere erlebten zwar 1951 und in der ersten Hälfte des folgenden Jahres einen relativ kurzen und gemäßigten Anstieg, der rund 30 Punkte ausmachte, sie waren dann aber wieder leicht rückläufig und spielten sich schließlich gegen Ende des Jahres 1953 auf einem Stand um 120 (1950=100) ein. Demgegenüber wiesen die Durchschnittswerte der Einfuhr seit ihrem Höchststand in der zweiten Hälfte des Jahres 1951 eine sinkende Tendenz auf und fielen bis zum Beginn des Jahres 1954 um nahezu 40 Punkte. Erst dann kam es auch bei ihnen zu einer leichten Erholung.

Nach diesem Überblick über die tatsächlichen Veränderungen der terms of trade in den Jahren 1952-1956 interessiert uns nunmehr die Struktur des westdeutschen Außenhandels in diesem Zeitraum.

2. Die Struktur des westdeutschen Außenhandels in den Jahren 1952-1956

Die Zusammensetzung der Ein- und Ausfuhr unterliegt aus leicht verständlichen Gründen dauernden Veränderungen. Es wäre daher falsch, wollte man irgendwelche Schlußfolgerungen allein auf einem Zahlenvergleich mit einer zurückliegenden Ausgangsbasis aufbauen, während man gleichzeitig achtlos an Veränderungen vorübergeht, denen in der Zwischenzeit die Größen unterworfen waren, die die Grundlage zur Errechnung dieser Zahlen in Vergangenheit und Gegenwart bildeten. Es erscheint uns daher notwendig, die strukturellen Veränderungen in der Zusammensetzung der Einfuhr und der Ausfuhr einer gesonderten Betrachtung zu unterziehen.

a) Strukturelle Veränderungen in der westdeutschen Einfuhr während der Jahre 1952-1956

Wenn wir zunächst die Einfuhr der Jahre 1952-1956 als Ganzes betrachten, dann zeigt sich, daß bei anhaltend steigender Summe¹ der Anteil an Nahrungs-, Genuß- und Futtermitteln ständig zu Gunsten der gewerblichen Güter zurückging. Besonders deutlich trat diese Entwicklung im Jahre 1952 in Erscheinung, wo das Einfuhrvolumen von Gütern der Ernährungswirtschaft sich zwar um 5 vH. erhöhte, das von Gütern der gewerblichen Wirtschaft jedoch um rund 25 vH.²

¹ Gatz, Werner, a.a.O., S. 174.

² Wirtschaft und Statistik, 5. Jahrgang, N. F., Heft 2, 1953, S. 62.

Aber auch innerhalb der einzelnen Sparten ergaben sich erhebliche Verschiebungen. Bei den Gütern der Ernährungswirtschaft ging beispielsweise die Einfuhr von Nahrungsmitteln tierischen Ursprungs bis einschließlich 1952 laufend zurück, um von da an wieder verstärkt einzusetzen. Hierin kam unter anderem zum Ausdruck, daß durch die Möglichkeit vermehrter Futtermiteinfuhren (Futtergerste und Ölkuchen) die inländische Viehhaltung in verstärktem Maße betrieben wurde, daß aber auch sie letzten Endes dem Anstieg der allgemeinen Lebenshaltung nicht gewachsen war und man daher auf Importe zurückgreifen mußte.

Aber auch die laufende Zunahme der Einfuhr von Genußmitteln ist ein augenscheinlicher Beweis für die allgemeine Hebung des Lebensstandards in Westdeutschland. Während sich in dem Zeitraum von 1950-1952 das Importvolumen dieser Güter verdoppelt hatte, erhöhte es sich allein zwischen September und Dezember des Jahres 1953 um 74 vH. gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres.¹ Auf dem Gebiet der gewerblichen Wirtschaft waren die Anteile der einzelnen Gruppen (Rohstoffe, Halb- und Fertigwaren) an der Gesamteinfuhr starken Veränderungen ausgesetzt. Dabei weiteten sich in all den Jahren die Importe von Halb- und Fertigwaren mengen- und wertmäßig viel mehr aus als die von Rohstoffen. Dennoch erhöhten sich auch die letzteren ständig, woran Kautschuk, Erdöl, Erze, Holz und vor allem Kohlen besonderen Anteil hatten. Bezüglich der Kohlen ergab sich für die Bundesrepublik das Novum, daß sie aus einem traditionellen Exportland zum Importland wurde. Hierfür konnte man nicht allein die nach dem Kriege durchgeführten Zwangsexporte verantwortlich machen. Obgleich diese nach 1951 laufend herabgesetzt wurden, reichte die dadurch für den Inlandsverbrauch vergrößerte Menge nicht aus, um den steigenden Bedarf zu decken.²

Es waren jedoch nicht nur die Anteile der einzelnen Waren an der Gesamteinfuhr, die starken Veränderungen unterlagen, sondern auch deren Qualitäten.

Während es beispielsweise im Rahmen des Marshall-Planes selbstverständlich war, daß Weizen da gekauft wurde, wo er verfügbar war, werden heute ganz bestimmte Qualitäten verlangt. Gleiches gilt für Wolle und Baumwolle. Auch der Wert und das Volumen der Erzeinfuhren des Jahres 1956 sind nicht ohne weiteres mit den entsprechenden Angaben für das Jahr 1950 zu vergleichen, da sich in der Zwischenzeit die importierten Erze nach Gehalt und Qualität wesentlich verbessert hatten.

Diese Veränderungen lassen sich im einzelnen nicht in Zahlen fassen. Bei einer vergleichenden Betrachtung müssen sie jedoch beachtet werden.

¹ Wirtschaft und Statistik, 6. Jahrgang, N. F., Heft 2, 1954, S. 95, „Die Warenstruktur des Außenhandels im Jahre 1953“, o. V.

² Siehe hierzu auch Seite 82.

*b) Strukturelle Veränderungen in der westdeutschen Ausfuhr
während der Jahre 1952-1956*

Bedeutenden strukturellen Veränderungen unterlag nicht nur die Einfuhr, sondern auch die Ausfuhr.

Wenn sich in den Jahren von 1949-1955 der westdeutsche Export von 4,2 Mrd. DM auf 25,7 Mrd. DM erhöhte und damit, wie wir heute wissen, bei weitem noch nicht seinen Höhepunkt erreicht hatte, so war es in erster Linie die Ausfuhr von Fertigwaren, die einen entscheidenden Anteil an dieser Entwicklung hatte. Der Schwerpunkt lag dabei auf dem Export von Investitionsgütern. Bereits im Jahre 1953 wäre es möglich gewesen, allein aus den Erlösen der Ausfuhr von Maschinen und Fahrzeugen die Einfuhr an Gütern der Ernährungswirtschaft zu bezahlen.¹ Demgegenüber ging die Bedeutung der Exporte von Rohstoffen laufend zurück.

Wie sehr sich hier die Verhältnisse gewandelt hatten, geht aus der Tatsache hervor, daß Kohlen noch im Jahre 1950 mit die meisten Devisen eingebracht hatten. Dem erzielten Reinerlös in Höhe von ca 684 Mill. DM (Ausfuhr = 851 Mill. DM ./ Einfuhr = 167 Mill. DM²) standen Exporterlöse der Kraftfahrzeugindustrie von 405 Mill. DM der elektrotechnischen Industrie von 308 Mill. DM und der feinmechanischen Industrie von 175 Mill. DM gegenüber.³

Was die Exporte der Fertigwaren-Industrie im einzelnen anbelangt, so verlief die Entwicklung innerhalb der verschiedenen Branchen nicht einheitlich. Insgesamt gesehen, ergab sich aber überall ein mengen- und wertmäßiger Anstieg, wobei lediglich der jeweilige Anteil an der Gesamtausfuhr gewissen Veränderungen unterworfen war.

Wenn auch in allen Zahlen, die sich auf den Wert der westdeutschen Ausfuhr beziehen, zumindest vom Jahre 1951 an Preissteigerungen enthalten sind, so darf dabei nicht übersehen werden, daß sie nicht nur die Entwicklung auf den Weltmärkten widerspiegeln, sondern zum Teil die natürliche Folge des technischen Fortschritts und qualitativer Verbesserungen sind.

Da wir es uns im Rahmen dieses Kapitels zur Aufgabe gemacht haben, Zusammenhänge zwischen Veränderungen der westdeutschen terms of trade und der Gestaltung der Leistungsbilanz in einem bestimmten Zeitraum zu untersuchen, genügt es nicht, daß wir unsere Aufmerksamkeit lediglich auf die Struktur des damaligen westdeutschen Außenhandels lenken, sondern wir müssen uns auch dafür interessieren, woher die Importe kamen und wohin die Exporte gingen und welches die Ursachen hierfür waren.

¹ Wirtschaft und Statistik, 6. Jahrgang, N. F., Heft 2, 1954, S. 99, „Die Warenstruktur des Außenhandels im Jahre 1953“, o. V.

² Wirtschaft und Statistik, 3. Jahrgang, N. F., Heft 3, 1951, S. 114, „Der Außenhandel der Bundesrepublik Deutschlands und West-Berlins im Jahre 1950“, o. V.

³ Ebenda.

3. *Herkunfts- und Bestimmungsländer der westdeutschen Ein- und Ausfuhr um die Jahreswende 1951/52*

Sehr verschieden waren die Faktoren, die um die Jahreswende 1951/52 das Bild des westdeutschen Außenhandels formten. Unter ihnen halten wir für besonders bedeutsam:

1. das Auslaufen des Marshall-Planes;
2. die wachsenden Überschüsse, die sich im Handel mit den Partnerländern der OEEC einstellten und die ab 1. 1. 1952 zu einer Wiedereinführung der Liberalisierung im Warenverkehr mit diesen Ländern führten;¹
3. die anhaltende Passivierung der Handelsbilanz mit den freien Dollarländern;
4. die Tilgung der deutschen Auslandsschulden, einschließlich der verschiedenen Wiedergutmachungsleistungen, besonders an Israel.

Ad 1.) Während noch im zweiten Halbjahr 1949 40 vH. der gesamten westdeutschen Einfuhren mit Hilfe von GARIOA- und ERP-Mitteln bezahlt wurden, waren es im Jahre 1951 nur noch 12,2 vH.² Der Rückgang der ausländischen Hilfe wog jedoch nicht allzu schwer, da einem Anstieg der Einfuhren Westdeutschlands von 7,8 Mrd. DM im Jahr 1949 auf 14,7 Mrd. DM im Jahre 1951 ein gleichzeitiger Anstieg der Ausfuhren von 4,1 Mrd. DM auf 14,6 Mrd. DM gegenüberstand.³ Es wäre demnach fast möglich gewesen, die gesamten Importe des Jahres 1951, unter Einschluß der mit ausländischer Hilfe finanzierten Einfuhren, aus eigenen Mitteln zu bezahlen.⁴

Ad 2.) Bereits vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges lag der Schwerpunkt des deutschen Außenhandels in Europa. Stets wies dabei die Handelsbilanz einen Aktivsaldo zu Gunsten Deutschlands auf, obwohl rund 60 vH. aller Einfuhren aus diesen Ländern kamen.⁵ Es war daher nur natürlich, daß die in der OEEC zusammengeschlossenen Länder ihre alte Bedeutung für den deutschen Außenhandel zurückgewannen.

Von der gesamten Einfuhr des zweiten Halbjahres 1951 in Höhe von 7,8 Mrd. DM entfielen trotz der bereits mehrfach erwähnten Einfuhrbe-

¹ Vgl. hierzu unsere Ausführungen auf Seite 79.

² Wirtschaft und Statistik, 1. Jahrgang, N. F., Heft 11, 1950, S. 340, „Der Außenhandel der Bundesrepublik Deutschlands und des Vereinigten Wirtschaftsgebietes im Jahre 1949“, o. V.

³ Wirtschaft und Statistik, 4. Jahrgang, N. F., Heft 3, 1952, S. 60, „Strukturwandlungen im Außenhandel der Bundesrepublik Deutschlands und West-Berlins im Jahre 1951“, o. V.

⁴ Ebenda, S. 102.

⁵ Richter, Hans, Der Außenhandel des Vereinigten Wirtschaftsgebietes seit Januar 1948, Wirtschaft und Statistik, 1. Jahrgang, N. F., Heft 1, 1949, S. 13.

schränkungen Importe im Werte von 4,8 Mrd. DM oder 61 vH. auf den OEEC-Raum.¹ Welche Bedeutung dabei der Liberalisierung zukam, bewies die Tatsache, daß im Rahmen der Gesamteinfuhr aus den Ländern der OEEC im Werte von 2,8 Mrd. DM während des vierten Quartals 1950 allein 2,0 Mrd. DM oder 71 vH. auf die Einfuhr liberalisierter Waren entfielen. Gemessen am Gesamtwert der damaligen Importe waren dies 52 vH.²

Ad 3.) Während in der zweiten Hälfte des Jahres 1951 rund ein Viertel der westdeutschen Einfuhren aus dem Dollar-Raum kamen, nahm dieses Gebiet zur gleichen Zeit nur ein Zehntel der westdeutschen Ausfuhren auf.³

Im Handel mit den beiden für die Bundesrepublik wichtigsten Dollarländern, den Vereinigten Staaten und Kanada, entstand im Jahre 1951 ein Defizit in Höhe von 0,4 Mrd. Dollar. Zur gleichen Zeit ergab sich im Handel mit den Partnerländern der OEEC ein Ausfuhrüberschuß im Werte von 0,5 Mrd. Dollar.

Noch ungünstiger wird der Eindruck von der damaligen Handelsbilanz mit dem Dollar-Raum, wenn man sich vergegenwärtigt, daß ihr nur sehr kleine Umsätze zu Grunde lagen.

Ad 4.) Je mehr sich die wirtschaftlichen Verhältnisse in Westdeutschland konsolidierten, desto dringender wurde die Frage einer Bereinigung der deutschen Vorkriegsschulden. Von welcher Bedeutung die Kreditwürdigkeit eines Landes sein kann, hatten die Ereignisse gegen Ende des Jahres 1951 zur Genüge bewiesen.⁴

Für die Bundesregierung kam es somit darauf an, die Ausfuhr so zu forcieren, daß sie aus ihren Erlösen nicht nur die zur Einfuhr benötigten Devisen bereitstellen konnte, sondern auch die Mittel erhielt, die einen Transfer der alten Schulden sowie der aufgelaufenen Zinsen ermöglichten.

Als zusätzliche Belastung kam noch die Verpflichtung zur Zahlung verschiedener Wiedergutmachungsansprüche, besonders im Rahmen des Abkommens mit Israel⁵, hinzu. Die in der Nachkriegszeit aus den Hilfslieferungen der Besatzungsmächte erwachsenen Schulden fielen hiergegen weniger ins Gewicht.

¹ Wirtschaft und Statistik, 4. Jahrgang, N. F., Heft 3, 1952, S. 106, „Strukturwandlungen im Außenhandel der Bundesrepublik Deutschlands und West-Berlins im Jahre 1951“, o. V.

² Ebenda, S. 107.

³ Wirtschaft und Statistik, 4. Jahrgang, N. F., Heft 3, 1952, a.a.O., S. 106.

⁴ Vgl. hierzu auch Seite 75.

⁵ Goldmann, Botho, Die Bedeutung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staate Israel vom 10. 9. 1952 für die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik und Israels, dargestellt am Beispiel der Erfüllungsperiode 1952/53 bis 1955/56, Diss., Mainz 1956.

4. Vom „erwünschten“ zum „unerwünschten“ Ausfuhrüberschuß

Die allgemeine Entwicklung des westdeutschen Außenhandels von Anfang 1952 bis um die Mitte des Jahres 1953

Um bei der ab 1. 1. 1952 erneut in Aussicht genommenen 50-prozentigen Liberalisierung des Handels mit den Ländern der OEEC nicht wieder von den Ereignissen überrascht zu werden, arbeitete man ein Einfuhrverfahren aus, das die Genehmigung zur Einfuhr in zwei Teile gliederte, die sogenannte „Einkaufsermächtigung“ und die „Einfuhr- und Zahlungsbewilligung“.¹ Hierdurch hoffte man, den Strom der Importe verteilen und lenken zu können.

Als dann die Liberalisierung in Kraft trat, stiegen die Einfuhren nur sehr langsam an. Hiervon ermutigt, erhöhte die Bundesregierung bereits im April 1952 den allgemeinen Liberalisierungssatz auf 75 vH. Im Mai waren daraufhin die Einfuhren sogar rückläufig. Hierfür muß man allerdings besondere Gründe verantwortlich machen.

Während die Entwicklung der Importe aus den OEEC-Ländern günstiger verlief, als man ursprünglich angenommen hatte, geriet der Handel mit den freien Dollarländern in eine immer schwierigere Situation. Da von der Gesamteinfuhr des Jahres 1952 in Höhe von 16,2 Mrd. DM lediglich noch 481 Mill. DM oder 3 vH. mit ERP- oder GARIOA-Mitteln finanziert wurden, kam es zu vermehrten Einkäufen aus eigenen Mitteln in den Vereinigten Staaten und Kanada. In diesem Zusammenhang wirkte sich der unverminderte Bedarf an amerikanischer Kohle sehr stark aus.²

Im Gegensatz hierzu entwickelte sich die Ausfuhr nach jenen Ländern weiterhin enttäuschend. Mit ein Grund hierfür war die Abschwächung der Konjunktur, die um diese Zeit von den Vereinigten Staaten ausging. Diese gegenläufige Entwicklung führte bis zum Ende des ersten Halbjahres 1952 zu einem Einfuhrüberschuß, der sich auf mehr als 1 Mrd. DM belief.³

Unter diesen Umständen mußte sich die Bundesregierung zu einem Eingriff entschließen. Sie verfügte daher im April 1952 eine weitgehende Restriktion aller Einfuhren aus den Dollarländern.⁴

In der Zwischenzeit hatte sich auch die Ausfuhr Westdeutschlands nach den übrigen Ländern nicht allzu erfolgversprechend entwickelt. Sie konnte nur mit Mühe auf dem Stand von 1951 gehalten werden.

Diese Schwierigkeiten, denen sich der Export der Bundesrepublik gegenüber-sah, waren auf den Konjunkturrückschlag zurückzuführen, der von den

¹ Monatsberichte der Bank deutscher Länder, Dezember 1951.

² Schmidt, P. und Günther, J., Der Außenhandel der Bundesrepublik Deutschlands und West-Berlins im Jahre 1952, – Bezugs- und Absatzgebiete –, Wirtschaft und Statistik, 5. Jahrgang, N. F., Heft 3, 1953, S. 99.

³ Schmidt, P. und Günther, J., a.a.O., S. 99.

⁴ Monatsberichte der Bank deutscher Länder, April 1952, S. 42.

Vereinigten Staaten auf England und Frankreich übergegriffen hatte. Beide Länder sahen sich demzufolge gezwungen, ihre Liberalisierungsquoten herabzusetzen. Besonders betroffen hiervon wurde die Ausfuhr westdeutscher Verbrauchsgüter, während der Maschinenbau seinen Absatz etwa halten konnte.¹

Der letztgenannte Umstand barg denn auch die Ansätze zu einer erneuten Belebung in sich. Infolge der anhaltenden Aufrüstung der westlichen Welt blieb die Nachfrage nach Investitionsgütern groß. Nachdem die Bundesrepublik im Jahre 1951 13,5 Mill. t Stahl erzeugt hatte, wurde zu Beginn des Jahres 1952 die jährliche Stahlquote auf 20 Mill. t heraufgesetzt.^{2 3}

Während auf dem Markt für Konsumgüter eine starke Flaute aufkam, waren auf dem Stahlmarkt Lieferfristen von 14-18 Monaten durchaus üblich. Im Juni 1952 war der Unterschied zwischen dem Produktionsindex der Verbrauchsgüterindustrie und dem der Investitionsgüterindustrie am größten. Während der Index der Erzeugung von Verbrauchsgütern seit seinem Höchststand im Winter 1950/51 um 13 Punkte zurückgegangen war, hatte sich derjenige von Investitionsgütern um 19 Punkte erhöht.⁴ Der guten Konjunkturlage im Bereich der Investitionsgüter-Industrie war es denn wohl auch zu verdanken, daß im Juni 1952 die Umsätze des westdeutschen Einzelhandels erstmals wieder anstiegen.⁵

Da sich auch die Ausfuhr langsam wieder steigerte und diese Entwicklung den Sommer über fort dauerte, entschloß sich die Bundesregierung dazu, ab 1. 8. 1952 die Liberalisierungsquote im Handel mit den OEEC-Ländern auf 80% heraufzusetzen.⁶

Dieser Entschluß wurde dadurch erleichtert, daß sowohl die Handelsbilanz als auch die Leistungsbilanz mit einem Aktivsaldo abschlossen. Hieran hatte, wenn wir von den Einfuhrbeschränkungen gegenüber dem Dollar-Raum absehen,⁷ vor allem die außerordentlich günstige Entwicklung der Durchschnittswerte der Ein- und Ausfuhr bis zu diesem Zeitpunkt einen großen Anteil.

Wenn wir die Indexziffern der Durchschnittswerte während des gleichen Zeitraumes des Vorjahres zum Vergleich heranziehen, dann ergibt sich folgendes Bild:⁸

¹ Monatsberichte der Bank deutscher Länder, März 1952, S. 33.

² Der Volkswirt, 6. Jahrgang, Heft 3 vom 19. 1. 1952, S. 7.

³ Eine Entscheidung, für die immer noch die Alliierten maßgebend waren, da Investitionen und Produktion bei Kohle und Stahl außerhalb der Zuständigkeit der Bundesregierung lag.

⁴ Monatsberichte der Bank deutscher Länder, Juni 1952, S. 3.

⁵ Ebenda.

⁶ Monatsberichte der Bank deutscher Länder, Juli 1952, S. 34.

⁷ Siehe hierzu Seite 93.

⁸ Wirtschaft und Statistik, 4. Jahrgang, N. F., Heft 9, 1952, S. 375, „Der Außenhandel der Bundesrepublik Deutschlands und West-Berlins im August 1952“, o. V.

Indexziffern der Durchschnittswerte
(Jahresdurchschnitt 1950 = 100)

1951								
	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	August
Einfuhr	112	114	122	127	129	135	138	137
Ausfuhr	106	109	114	115	120	121	126	127

1952								
Einfuhr	133	133	130	128	130	123	119	114
Ausfuhr	130	132	132	132	134	132	133	131

Infolge des inzwischen wesentlich freundlicheren Konjunkturverlaufes bahnte sich auch auf dem Gebiet der Verbrauchsgüter eine Wiederbelebung an. Im einzelnen hatte sich die Investitionsgütererzeugung nochmals erhöht und die für die Binnenkonjunktur damals so wichtige Bautätigkeit eine neue Rekordhöhe erreicht.

Diese Entwicklung blieb nicht ohne Rückwirkungen auf den Außenhandel, und so kam es vor allem bei den Einfuhren zu einem bemerkenswerten Anstieg. Besonders auffällig war dabei der immer größer werdende Anteil amerikanischer Kohlenimporte.¹

Diese Kohlenimporte sind ein ausgezeichnetes Beispiel dafür, welch hohen Einfluß sonstige Faktoren (beispielsweise Transportkosten) auf die Preisgestaltung haben können und welche Bedeutung diesen Faktoren, bei entsprechendem Gewicht der Waren, in Bezug auf Veränderungen der Durchschnittswerte zukommt. So kam es im Jahre 1952 bei der Einfuhr von amerikanischer Kohle durch Senkung der Frachtkosten und durch Wechsel der Charter zu einer Verminderung der Durchschnittswerte von 94,20 DM je t im Jahresdurchschnitt 1951 auf 65,80 DM je t im Dezember 1952. Während des gleichen Zeitraumes blieben die Preise der Kohlen ab Verladeort unverändert.²

Inzwischen hatte der Anstieg der Ausfuhren denjenigen der Einfuhren übertriften. Hierzu trugen nicht zuletzt höhere Exporte in die Dollarländer bei. Im Oktober 1952 führte dies zur nicht ganz erwarteten Schließung der „Dollarlücke“. Hieran waren beteiligt:

1. ein erneuter Rückgang der Einkäufe in den Dollarländern, vor allem verminderte Einfuhren aus Kanada (Weizen) und Kuba (Zucker), und
2. ein gleichzeitiger Anstieg der Ausfuhren in jene Länder.

¹ Monatsberichte der Bank deutscher Länder, August 1952, S. 39.

² Schmidt, P. und Günther, J., Der Außenhandel der Bundesrepublik Deutschlands und West-Berlins im Jahre 1952, Wirtschaft und Statistik, 5. Jahrgang, N. F., Heft 2, 1953, S. 61.

Wenn wir die aus dem Marshall-Plan finanzierten Einfuhren in Abzug bringen, dann schloß der Warenverkehr mit dem Dollar-Raum erstmalig seit dem Jahre 1951 mit einem Ausfuhrüberschuß ab.¹

Da trotz der Reduzierung der Einkäufe in diesen Ländern ein Anstieg der Gesamteinfuhren zu verzeichnen war, liegt die Vermutung nahe, daß sich eine Verschiebung innerhalb der Einkaufsräume ergeben hatte. Dieser Annahme steht aber entgegen, daß die prozentuale Zusammensetzung der westdeutschen Einfuhr etwa gleich geblieben war. Dieser Widerspruch findet seine Erklärung darin, daß Dollarwaren, die seither in den Ursprungsländern gekauft worden waren, nunmehr indirekt über Länder der OEEC bezogen wurden.

Diese Entwicklung wurde gefördert durch die anhaltend steigenden Außenhandelsüberschüsse, die die Bundesrepublik im Verkehr mit den OEEC-Ländern erzielte.² Bis Ende 1952 waren die Überschüsse so bedeutend geworden, daß die Handelsbilanz (als Bilanz des reinen Warenverkehrs mit den drei Zahlungsräumen³) mit einem Aktivsaldo in Höhe von 700 Mill. DM abschloß. Diesem entsprach noch ein Jahr zuvor ein Passivsaldo in Höhe von 150 Mill. DM.⁴

Bezüglich der wirtschaftlichen Entwicklung auf dem Binnenmarkt bleibt noch nachzutragen, daß die im Spätsommer 1952 einsetzende Wiederbelebung des Absatzes von Verbrauchsgütern sich zu einer Verbrauchsgüterkonjunktur ausweitete. Dies kommt in dem Produktionsindex der entsprechenden Industrien zum Ausdruck, der von 117 im Juli über 147 im September auf 160 im Oktober (Jahresdurchschnitt 1950=100) anstieg.⁵

Da zur gleichen Zeit die Investitionsgüter-Industrie ihren hohen Beschäftigungsstand aufrechterhielt, konnte die noch immer unter Produktionsbeschränkungen leidende westdeutsche Eisen- und Stahlerzeugung der steigenden Nachfrage nicht mehr genügen. Nach Aufhebung der Eisenzölle kam es daher im Jahre 1952 zu relativ umfangreichen Einfuhren von Eisen und Stahl.

Diese Einfuhren in Verbindung mit derjenigen von amerikanischer Kohle ermöglichten es der Industrie Westdeutschlands, während des Winters 1952/53 erstmals einen hohen Produktionsstand aufrechtzuerhalten.

Die Bank deutscher Länder griff von sich aus fördernd in den Konjunktur-

¹ Wirtschaft und Statistik, 4. Jahrgang, N. F., Heft 11, 1952, S. 462, „Der Außenhandel der Bundesrepublik Deutschlands und West-Berlins im Oktober 1952“, o. V.

² Predöhl, A., a.a.O., S. 75.

³ Vgl. hierzu unsere Ausführungen auf Seite 73 Anm. 6.

⁴ Wirtschaft und Statistik, 5. Jahrgang, N. F., Heft 1, 1953, „Der Außenhandel der Bundesrepublik Deutschlands u. West-Berlins im Dezember u. im Jahre 1952“, o. V.

⁵ Wirtschaft und Statistik, 4. Jahrgang, N. F., Heft 11, 1952, a.a.O., S. 462.

ablauf ein, indem sie den Diskontsatz von $4\frac{1}{2}\%$ auf 4% senkte.^{1 2} Es war dies die dritte Diskontsenkung seit dem Frühjahr 1952. Damit entsprach der Zentralbankdiskont dem Stand vor der Koreakrise.

Ein bemerkenswerter Monat für den westdeutschen Außenhandel war der Februar 1953. Am 2. 2. 1953 genehmigte nämlich der „Internationale Währungsfonds“ die von der Bundesregierung beantragte Festsetzung einer Goldparität für die Deutsche Mark ($1 \text{ DM} = 0,211\,588 \text{ g Feingold}$).³

Damit erhielt die Bundesregierung die Möglichkeit, freie Devisennotierungen innerhalb der von dem Fonds allgemein festgelegten Spanne von 2% zuzulassen.

Am 4. 5. 1953 wurde der Devisenhandel mit den Währungen der wichtigsten OEEC-Länder (Frankreich, Belgien, Holland und der Schweiz) zu freien Kursnotierungen aufgenommen.⁴ Wenig später kam der Handel mit dem kanadischen Dollar, dem britischen Pfund Sterling, der schwedischen und der norwegischen Krone hinzu. Am 18. 5. 1953 wurde dann auch die Erlaubnis zu einem mehrseitigen Handel erteilt.⁵

Während all der vorangegangenen Monate hatte sich die westdeutsche Leistungsbilanz ständig verbessert, wozu die Dollarbilanz nicht unwesentlich beitrug. Bezüglich der letzteren ist noch anzumerken, daß sich zwar seit dem Spätjahr 1952 die Ausfuhr, vor allem von Fertigwaren, in den Dollar-Raum merklich erhöht hatte, daß aber die Hauptentlastung

1. von einem von der Export-Import-Bank gewährten Dollarkredit zum Ankauf von Baumwolle und
2. dem Dollar-Umtausch der US-Streitkräfte in Westdeutschland ausging.⁶

Neben der Leistungsbilanz entwickelte sich aber auch die Handelsbilanz durchaus befriedigend. Der Außenhandel behielt seinen hohen Stand bei, und saisonale Abschwächungen, die sich zu Beginn des Jahres 1953 in der Ausfuhr gezeigt hatten, waren bald wieder überwunden.

Diese Entwicklung veranlaßte die Bundesregierung dazu, die Liberalisierungsquote für den Handel mit den Ländern der OEEC erneut zu erweitern. Der Satz, der am 1. 4. 1953 in Kraft trat, betrug $90,1\%$.⁷

Um Irrtümern vorzubeugen, sei jedoch vermerkt, daß sich dieser Satz nicht auf alle Zweige der westdeutschen Volkswirtschaft gleichmäßig bezog. So betrug beispielsweise der Grad der Liberalisierung bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen erst 35% .

¹ Monatsberichte der Bank deutscher Länder, Dezember 1952 / Januar 1953, S. 1.

² Siehe tabellarischer Anhang, Tabelle I.

³ Der Volkswirt, 7. Jahrgang, Heft 6 vom 7. 2. 1953, S. 15.

⁴ Ebenda, S. 24.

⁵ Ebenda, Heft 21 vom 23. 5. 1953, S. 26.

⁶ Monatsberichte der Bank deutscher Länder, Dezember 1952 / Januar 1953, S. 9.

⁷ Monatsberichte der Bank deutscher Länder, April 1953, S. 1.

Trotz eines seit dem Frühjahr 1953 anhaltenden Rückganges der Preise für westdeutsche Ausfuhr Güter hatten sich im ersten Quartal dieses Jahres die terms of trade nochmals verbessert. Zum Beweis hierfür sei darauf hingewiesen, daß die ersten vier Monate des Jahres 1953 mit einem Ausfuhrüberschuß abgeschlossen hatten, während der gleiche Zeitraum des Vorjahres mit fast den gleichen Mengen in Ein- und Ausfuhr noch mit einem Defizit geendet hatte.¹

Blicken wir über die westdeutschen Verhältnisse hinaus, dann stellen wir fest, daß auch im westlichen Ausland ziemlich allgemein die aus der ersten Hälfte des Jahres 1952 herüberwirkende Flaute für Verbrauchsgüter überwunden worden war. Besonders der Dollar-Raum wies viele Anzeichen für einen Neuanstieg der Konjunktur auf.

Von dieser Entwicklung profitierte natürlich wieder die Ausfuhr Westdeutschlands. Von besonderem Wert war dabei, daß vom Ausland nicht nur Maschinen, sondern auch Konsumgüter in stärkerem Maße nachgefragt wurden. Dieser Umstand war umso bemerkenswerter, weil dem Export der letzteren mitunter erhebliche administrative Schwierigkeiten entgegenstanden. Da nämlich nicht alle Handelspartner der Bundesrepublik ihren Außenhandel in gleicher Weise liberalisiert hatten, unterlagen gerade Verbrauchsgüter als sogenannte „non-essentials“ weitgehenden Einfuhrbeschränkungen. In Westdeutschland selbst machten sich inzwischen die von Monat zu Monat ansteigenden Außenhandelsüberschüsse störend auf dem Geldmarkt bemerkbar. Infolge der Diskontierung der Devisen, über die wir bereits an anderer Stelle gesprochen haben², waren die Banken derart liquide geworden, daß die Bank deutscher Länder unter dem Zwange einer allgemeinen Senkung der Zinssätze sich dazu entschließen mußte, im Juni 1953 den Diskontsatz auf 3½% zu ermäßigen.³

Damit aber hatte eine einstmals vorbehaltlos begrüßte Entwicklung einen nunmehr unerwünschten Verlauf genommen, und man suchte umso dringender nach irgendwelchen Lösungen sie aufzuhalten, je näher der Zeitpunkt rückte, an dem sich voraussichtlich die gesamte Volkswirtschaft im Stadium der Vollbeschäftigung befand.

5. Überlegungen und praktische Versuche zur Verminderung der Außenhandelsüberschüsse

a) Außenwirtschaftliche Möglichkeiten

Die fortwährenden Ausfuhrüberschüsse des westlichen Außenhandels brachten für viele Handelspartner die Gefahr einer DM-Lücke mit sich. Das bedeutete für sie, daß sie sich bei einer gleichbleibenden Gestaltung ihres

¹ Monatsberichte der Bank deutscher Länder, April 1953, S. 1.

² Vgl. hierzu unsere Ausführungen auf Seite 81.

³ Monatsberichte der Bank deutscher Länder, Juni 1953, S. 3.

Handels mit der Bundesrepublik Deutschland in absehbarer Zeit außerstande sahen, die zur Bezahlung ihrer Importe benötigten DM aufzubringen. War daher die Bundesrepublik gewillt, ihre Ausfuhr in jene Länder zumindest in dem seitherigen Umfang aufrechtzuerhalten, dann mußte sie ihre Importe wesentlich steigern, um auf diese Art ihre Kunden mit den von ihnen benötigten DM-Beträgen zu versorgen.

Diesem Vorgehen standen jedoch mannigfache Schwierigkeiten entgegen. Hierzu gehörten unter anderem:

1. auf Seiten des Lieferlandes
 - a) mangelnde Liefermöglichkeiten,
 - b) die Unmöglichkeit einer Erweiterung des Exportkataloges,
 - c) allgemeine Qualitätsmängel,
 - d) das Unvermögen von Preisanpassungen;
2. auf Seiten des Abnehmerlandes
 - a) fehlende Absatzmöglichkeiten im eigenen Land wegen
 - aa) Befriedigung der Nachfrage und/oder
 - bb) überspitzter protektionistischer Maßnahmen,
 - b) keine Chancen für Transitverkäufe,
 - c) sinkende Preise auf den Weltmärkten.

Welche Bedeutung unter Umständen dem letzten Punkt beigemessen werden muß, ergibt sich daraus, daß der Wert der westdeutschen Einfuhren in den ersten 6 Monaten des Jahres 1953 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres fast unverändert geblieben war, während sich das Volumen um 22 v.H. erhöht hatte.¹

Die Auswirkungen der einzelnen Schwierigkeiten wurden in der Praxis noch dadurch verstärkt, daß mehrere von ihnen gleichzeitig auftraten.

b) Binnenwirtschaftliche Möglichkeiten

Für die Binnenwirtschaft konnten die anhaltenden Ausfuhrüberschüsse dadurch zu einer Gefahr werden, daß sie einerseits das auf dem Binnenmarkt verfügbare Warenangebot schmäleren und andererseits die Menge des umlaufenden Geldes vergrößerten. Dadurch aber waren alle Voraussetzungen zu einer inflationären Entwicklung gegeben, weil das verringerte Güterangebot bei einem wachsenden Geldvolumen zu einer allgemeinen Preissteigerung und in Verbindung damit zu immer weitgehenderen Lohnforderungen führen mußte.² Daß sich diese Wechselwirkungen in der damaligen Zeit nur in sehr abgeschwächter Form bemerkbar machten, lag vor allem daran, daß nicht die gesamte verfügbare Geldmenge als effektive Güternachfrage in Erscheinung trat, da die bei den verschiedenen Geldinstituten gesparten Beträge der privaten Bankkundschaft während der Sommermonate

¹ Monatsberichte der Bank deutscher Länder, Juni 1953, S. 28.

² Grünig, Ferdinand, a.a.O., S. 45.

des Jahres 1953 stark anstiegen und die öffentliche Hand in zunehmendem Maße größere Summen im Zentralbanksystem stillegte.

Ferner war bemerkenswert, daß noch unausgenutzte Arbeitsreserven vorhanden waren. Als Beweis hierfür kann auf den unvermindert ansteigenden Produktionsindex sowie die Tatsache verwiesen werden, daß im August 1953 ein neuer „Rekord am Arbeitsmarkt“¹ verzeichnet wurde.

c) Die praktischen Lösungsversuche

Bei den Bemühungen zur Verminderung der westdeutschen Außenhandelsüberschüsse war man bestrebt, eine Verringerung der eigenen Exporte zu vermeiden. Zu schwierig war es gewesen, auf den Weltmärkten wieder Fuß zu fassen, und zu groß war die Gefahr, daß man bei einer freiwilligen Aufgabe einer einmal errungenen Position von der aufmerksamen Konkurrenz für immer aus ihr verdrängt wurde.

Man versuchte daher zunächst, den Überschüssen in der Leistungsbilanz durch Verstärkung der eigenen Kapitalleistungen entgegenzuwirken und erleichterte den zwischenstaatlichen Kapitalverkehr. Darüber hinaus erhoffte man sich einigen Erfolg aus der Steigerung der Einfuhren. Es wäre jedoch verfehlt gewesen, hieran besondere Hoffnungen zu knüpfen, da von Importen grundsätzlich keine Multiplikatorwirkung ausgeht und sie sich in aller Regel immer nur nach der Nachfrage richten.² Dieser Gedanke spielte denn auch nur eine untergeordnete Rolle.

Die Bank deutscher Länder wies im Rahmen ihrer Monatsberichte im Juli 1953 auf vier Faktoren hin, die nach ihrer Ansicht zu einer Lösung der Schwierigkeiten beitragen konnten. Es waren dies:³

1. die Zahlungen auf Grund des Londoner Schuldenabkommens;⁴
2. der Transfer bestimmter Vermögenserträge;⁵
3. gewisse Zahlungen, die sich aus dem Abkommen über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl ergaben;⁶
4. eine saisonale Steigerung der Einfuhr.

¹ Der Volkswirt, 7. Jahrgang, Heft 34 vom 22. 8. 1953, S. 16.

² Grünig, Ferdinand, a.a.O., S. 45.

³ Monatsberichte der Bank deutscher Länder, Juli 1953, S. 1.

⁴ Vgl. hierzu Seite 91 und 92.

⁵ Der Transfer aller Vermögenserträge war bisher infolge der bestehenden Devisenbestimmungen unmöglich gewesen. Ausländern wurden die Erträge aus ihren in Deutschland befindlichen Vermögenswerten in „Sperrmark“ gutgeschrieben, für die es lediglich im Inland gewisse Verwendungsmöglichkeiten gab.

⁶ Europ. Gem. f. Kohle u. Stahl = Montan-Union; ihre Mitglieder: Belg., Frankr., Ital., Niederld., Luxbg., Bundesrep. Dtschld.; erhobene Umlagen: zunächst 0,9%, ab 1. 7. 1955 = 0,7%, ab 1956 = 0,45% des Wertes der Erzeugnisse. Darüber hinaus Ausgleichszahlungen für strukturell benachteiligte Industrien (nur für einen Übergangszeitraum).

Wenn wir aus diesen Vorschlägen zunächst den letzten herausgreifen, dann stellen wir fest, daß das Jahr 1953 für die Bundesrepublik mit einem Ausfuhrüberschuß in Höhe von 2,5 Mrd. DM abgeschlossen hatte.¹ Damit wurde derjenige des Vorjahres um 1,8 Mrd. DM übertroffen. Im einzelnen hatte sich die Ausfuhr um 1,6 Mrd. DM erhöht und die Einfuhr um 0,2 Mrd. DM vermindert. Dem wertmäßigen Rückgang entsprach allerdings keine effektive Verringerung, weil sich das Volumen gegenüber 1952 um 13 vH. vergrößert hatte. Bei den Exporten entsprach dagegen dem wertmäßigen Anstieg auch eine Erhöhung des Volumens. Sie betrug rund 17 vH.

Vergleichen wir das Volumen der Ein- und Ausfuhren über einen längeren Zeitraum hinweg, so war das erstere seit 1950 um ein Drittel, das letztere um drei Viertel gewachsen. Wir sehen hierin eine Bestätigung unserer Feststellung, die wir weiter vorn getroffen haben.²

Wenn wir uns nun wieder dem Außenhandelsergebnis von 1953 zuwenden, dann können wir sagen, daß es zu einem nicht unwesentlichen Teil von einer weiteren Verbesserung der terms of trade beeinflußt worden war.

Eine Gegenüberstellung der Indices der Durchschnittswerte für die Ein- und Ausfuhr der Jahre 1951 - 1953, bezogen auf die Basis 1950, und eine hierauf beruhende Berechnung der Austauschrelationen ergibt folgendes Bild:

	1951	1952 1950 = 100	1953
Indexziffern der Durchschnittswerte			
der Einfuhr	127	121	106
der Ausfuhr	122	131	123
Austauschverhältnis (terms of trade)	96	108	116

Der relativ starke Rückgang der Durchschnittswerte in der Einfuhr war im wesentlichen preisbedingt.

In der Ausfuhr hatten sich, wie Vergleiche der Werte und des Volumens zeigen, ebenfalls bemerkenswerte Preisrückgänge durchgesetzt. Da aber zur gleichen Zeit die industriellen Fertigungserzeugnisse einen immer größeren Anteil an der Gesamtausfuhr Westdeutschlands gewannen (1950 = 43 vH.; 1953 = 56 vH.), erhielten damit Waren mit hohen durchschnittlichen Erlösen eine immer größere Bedeutung für das Außenhandelsergebnis. Im Vergleich zum Basisjahr änderte sich das Verhältnis der durchschnittlichen Erlöse aus den Exporten zu den durchschnittlichen Aufwandswerten für die Importe zu Gunsten der Exporte.

¹ Wirtschaft und Statistik, 6. Jahrgang, N. F., Heft 2, 1954, S. 944 ff., „Die Warenstruktur des Außenhandels im Jahre 1953“, o. V.

² Siehe Seite 100.

³ Wirtschaft und Statistik, 6. Jahrgang, N. F., Heft 1, 1954, S. 41, „Der Außenhandel der Bundesrepublik Deutschlands und West-Berlins im Dezember und im Jahre 1953“, o. V.

Diese Entwicklung führte zu Verschiebungen in der Zusammensetzung der Ein- und Ausfuhr, wodurch letzten Endes die terms of trade weiter verbessert wurden. Daß die traditionellen westdeutschen Exportgüter immer mehr in den Mittelpunkt der Ausfuhren traten, wurde so auch zu einer Ursache für die unverändert ansteigenden Ausfuhrüberschüsse.

Um in diesem Zusammenhang noch einmal auf die Bemühungen zur Steigerung der Einfuhr zurückzukommen, so versprachen diese solange keinen nachhaltigen Erfolg, als

1. von den Importeuren nicht erwartet werden konnte, daß sie infolge der anhaltend sinkenden Weltmarktpreise ihre Läger stärker auffüllten, als es zur Befriedigung der laufenden Nachfrage unbedingt geboten erschien, und
2. einer tatsächlichen und wirksamen Ausweitung der Nachfrage protektionistische Erwägungen besonders auf dem Gebiet der Ernährungswirtschaft entgegenstanden, über die man sich nicht hinwegsetzen zu können glaubte.

Was die übrigen von der Bank deutscher Länder vorgebrachten Vorschläge zur Verminderung der Außenhandelsüberschüsse anbelangt, so hatte die Bundesregierung Anfang September 1953 Transfermöglichkeiten für Vermögenserträge (Dividenden und sonstige Gewinnanteile für das am 31.12.1952 endende Geschäftsjahr) geschaffen und um die gleiche Zeit die erste Devisenzahlung im Rahmen des Londoner Schuldenabkommens in Höhe von 192 Mill. DM = 45,7 Mill. Dollar geleistet¹, ohne daß dies im Außenhandelsergebnis des betreffenden Monats sichtbar in Erscheinung getreten wäre. So schloß auch der September 1953 mit einem beachtlichen Ausfuhrüberschuß und einem Aktivsaldo der Leistungsbilanz ab.²

Wie uns das abschließende Ergebnis für das Jahr 1953 zeigt, hatten auch die Zahlungen an die Montan-Union, die ohnehin relativ geringfügig waren, keinen Einfluß auf die Gestaltung der Leistungsbilanz.

Was den Transfer von Kapitalerträgen anbelangte, den man vorläufig auf Erträge aus dem sogenannten „Altbesitz“ (vor 1931 begründet) beschränkt hatte, wobei Zinsen aus Sperrguthaben³ ausgeschlossen blieben, kam es zu keiner starken Ausnutzung der erteilten Erlaubnis. Im Gegenteil, die freigestellten Beträge wurden weitgehend zu neuen Investitionen in der Bundesrepublik belassen. Das schlug sich besonders auf dem Wertpapiermarkt nieder, der im Sommer 1953 eine erste Wiederbelebung nach dem Zweiten Weltkrieg erfuhr. Auf Grund der gemachten Erfahrungen ging die Bundesregierung einen Schritt weiter und genehmigte ab Dezember 1953 den Transfer aller Erträge aus ausländischen Vermögensanlagen, soweit diese nicht nach dem 8. 8. 1950 mit Sperrmark erworben worden waren.⁴

¹ Der Volkswirt, 7. Jahrgang, Heft 36 vom 5. 9. 1953, S. 6, Heft 41 vom 10. 10. 1953, S. 1 und Monatsberichte der Bank deutscher Länder, September 1953.

² Monatsberichte der Bank deutscher Länder, September 1953, S. 21.

³ „Sperrguthaben“ = Guthaben in „Sperrmark“. Siehe auch Seite 100 Anm. 5.

⁴ Monatsberichte der Bank deutscher Länder, Januar 1954, S. 23

6. Die weitere Entwicklung der westdeutschen Außenhandelsüberschüsse

Das Jahr 1954 begann unter außerordentlich günstigen konjunkturellen Voraussetzungen. Da sich diese nicht nur auf die Bundesrepublik beschränkten, erfuhr auch der westdeutsche Außenhandel einen weiteren kräftigen Aufschwung. Im ersten Halbjahr 1954 schloß jeder Monat mit einem neuen Ausfuhrrekord ab. Während des ersten Vierteljahres erhöhten sich die Exporte gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres wertmäßig um 31 vH. und mengenmäßig 38 vH. Im Gegensatz hierzu blieben die Zuwachsraten der Importe stark zurück. Dem Werte nach beliefen sie sich auf 8 vH. und der Menge nach auf 19 vH.¹

In dem angegebenen Zeitraum entwickelte sich vor allem die Leistungsbilanz mit dem Dollar-Raum sehr befriedigend. Von Monat zu Monat ergaben sich wachsende Überschüsse zu Gunsten der Bundesrepublik. Allerdings waren sie nicht ausschließlich dem Warenverkehr zu verdanken.

Zwar wiesen die Ausfuhren in die freien Dollarländer eine ansteigende Tendenz auf, doch flossen vor allem ansehnliche Dollarbeträge aus dem Umtausch von Dollar in Deutsche Mark durch die US-Streitkräfte. Hinzu kamen gelegentliche Swingabdeckungen einzelner Schuldnerländer, die in US-Dollar erfolgten.²

Als Beispiel dafür, wie sehr sich durch diese Entwicklung die westdeutsche Dollarbilanz verbessert hatte, läßt sich der Februar 1954 anführen, der mit einem Überschuß zu Gunsten der Bundesrepublik abgeschlossen hatte, obwohl zwei Drittel aller Schuldendienstzahlungen, die in diesem Monat fällig waren, in US-Dollar geleistet werden mußten.³

Angesichts dieser Situation verkündete die Bundesregierung am 17. 2. 1954 eine „Dollar-Freiliste“, die rund 2.000 von insgesamt etwa 6.000 Positionen umfaßte. Damit hatte man praktisch 48 vH. aller Einfuhren aus dem Dollar-Raum wieder liberalisiert.⁴

Trotz der Fortschritte, die der westdeutsche Außenhandel gemacht hatte, trotz der ständig steigenden Ausfuhrüberschüsse, trotz der im Zusammenhang hiermit stehenden Stärkung der westdeutschen Währungsreserven⁵ und trotz all der unentwegten Bemühungen, die auf einen Abbau der Außenhandelsüberschüsse hinzielten, lag auf der westdeutschen Außenwirtschaftspolitik immer noch die schwere Last einer umfassenden Devisenbewirtschaftung, die bisher nur relativ unbedeutende Lockerungen erfahren hatte.⁶ Angesichts der unvermindert anhaltenden Exportüberschüsse schien es nun-

¹ Monatsberichte der Bank deutscher Länder, April 1954, S. 19.

² Swing: Kreditgrenze im Falle eines nicht ausgeglichenen Warenaustausches.

³ Monatsberichte der Bank deutscher Länder, Februar 1954, S. 23.

⁴ Der Volkswirt, 8. Jahrgang, Heft 16 vom 17. 4. 1954, S. 4.

⁵ Vgl. hierzu unsere Ausführungen auf Seite 95 ff.

⁶ Vgl. hierzu unsere Ausführungen auf Seite 100 Anm. 5.

mehr an der Zeit, auch auf diesem Gebiet einige befreiende Maßnahmen einzuleiten. Damit hoffte man nicht nur dem Außenhandel neue Chancen zu geben, sondern man wollte ihn auch gegen Veränderungen auf dem Weltmarkt elastischer machen.

Ab Januar 1954 erhöhte die Bundesregierung den jährlich pro Person gewährten Freibetrag für nichtgeschäftliche Reisen in OEEC-Länder von DM 800,— auf DM 1.300,—. Gleichzeitig erweiterte sie die Ein- und Ausfuhrerlaubnis von Geldsorten für Deviseninländer von DM 40,— auf DM 300,—. Schließlich gewährte sie noch für Zahlungen in alle Länder, mit denen ein Zahlungsabkommen bestand, eine Zahlungsfreigrenze von DM 200,— je Person und Vierteljahr.¹

Da der schon vorher zugelassene Transfer von Erträgen aus ausländischen Vermögensanlagen² nach wie vor hinter den Erwartungen zurückblieb, genehmigte die Bundesregierung für alle am 8. 5. 1945 bestehenden Ausländerforderungen den sofortigen Transfer der sogenannten Kleinforderungen bis zu DM 50.000,—.

Des weiteren schloß man in den Kreis der schon seither Transferberechtigten neu mit ein:

1. den Transfer von Wiedergutmachungsleistungen bis zu DM 500,—;
2. den Transfer originärer Sperrguthaben bis zu DM 500,— pro Monat;
3. den Transfer aller Kleinkonten bis zu DM 10.000,—.³

Im Januar 1954 wurde den westdeutschen Importeuren die Erlaubnis erteilt, Konten in fremder Währung zu unterhalten. Allerdings war für diese zunächst eine Belassungsfrist von höchstens 3 Monaten vorgesehen. Zum ersten Mal seit nahezu 23 Jahren erhielten auch Ausländer die Möglichkeit, im Inland frei verwendbare DM-Konten einzurichten.

Was sich bereits seinerzeit bei den ersten Lockerungen der Devisenbestimmungen gezeigt hatte, bestätigte sich nun erneut. Es kam zu keiner Flucht aus der DM, und die Transfermöglichkeiten blieben weitgehend ungenutzt. Von den Kleinkonten bis zu DM 10.000,—, die einen Betrag von etwa 40 Mill. Dollar ausmachten, wurden bis Ende April 1954 lediglich rund 8 Mill. Dollar transferiert. Ähnlich verlief die Entwicklung bei den übrigen Maßnahmen. Die erhoffte Schmälerung der Leistungsbilanzüberschüsse blieb jedenfalls aus.⁴ Am 1. 4. 1954 genehmigte daher die Bundesregierung die unbeschränkte Einfuhr westdeutscher Geldsorten in die Bundesrepublik. Unter Aufhebung der seitherigen Sperrguthaben eröffnete sie gleichzeitig Ausländern die Möglichkeit zur Errichtung von

¹ Monatsberichte der Bank deutscher Länder, Januar 1954, S. 2, S. 23 und S. 24.

² Vgl. hierzu unsere Ausführungen auf Seite 100 und 102.

³ Diese Kleinkonten dürfen nicht mit den oben erwähnten Kleinforderungen verwechselt werden, mit denen sie inhaltlich nichts gemein haben.

⁴ Monatsberichte der Bank deutscher Länder, April 1954.

1. frei konvertierbaren DM-Konten und/oder

2. beschränkt konvertierbaren DM-Konten.¹

Während die ersteren zu Zahlungen in allen frei konvertierbaren Währungen verwandt werden konnten, war es nicht statthaft, die letzteren zu Zahlungen an Inländer zu verwenden, wenn Zahlung in frei konvertierbarer Währung erforderlich war. Die seitherigen Sperrguthaben konnten entweder transferiert oder auf beschränkt konvertierbare DM-Konten übertragen werden.²

Trotz aller Erleichterungen in der Devisenbewirtschaftung schloß die monatliche Leistungsbilanz auch weiterhin mit ansehnlichen Überschüssen zu Gunsten der Bundesrepublik ab. Waren es im Monatsdurchschnitt des Jahres 1953 ca. 70 Mill. Dollar, so ergaben sich in den Monaten Februar - Mai 1954 die folgenden Beträge:

Februar	64 Mill. Dollar
März	82 Mill. Dollar
April	47 Mill. Dollar
Mai	28 Mill. Dollar ³

Bei dem Ergebnis für Mai 1954 bleibt zu berücksichtigen, daß in diesem Monat eine einmalige Sonderzahlung an den „Internationalen Währungsfonds“ geleistet wurde, die praktisch keine Schmälerung der Devisenreserven bedeutete.⁴ Im übrigen beliefen sich die Währungsreserven der Bank deutscher Länder bis Ende Mai 1954 auf 1,4 Mrd. DM in Gold und Devisen.^{5 6}

Inzwischen hatten sich die Verhältnisse auf den Weltmärkten gewandelt, und die Erfolge wuchsen dem westdeutschen Außenhandel nicht mehr so weitgehend von selbst zu wie bisher. Der Kampf um Aufträge nahm schärfere Formen an, wobei auch die Frage einer langfristigen Kreditgewährung seitens des Lieferanten eine erhebliche Bedeutung gewann. Mit Befriedigung konnten daher englische Wirtschaftskreise im Frühjahr 1954 feststellen, daß es der englischen Industrie ermöglicht wurde, Exportkredite mit 9-jähriger Laufzeit zur Verfügung zu stellen.⁷

Demgegenüber kam der westdeutschen Industrie zustatten, daß die hohen Investitionen der Vorjahre, die erheblich zur Modernisierung und Rationalisierung beigetragen hatten, nunmehr ihre Wirkungen zeitigten, was in verbesserten Produktionsmöglichkeiten bei relativ günstigen Lieferfristen zum Ausdruck kam.

Wenn es auch Westdeutschland infolge seines eigenen Kapitalmangels nicht möglich war, die Exportindustrie mit langfristigen Kreditfazilitäten zu

¹ Monatsberichte der Bank deutscher Länder, März 1954, S. 25.

² Ebenda, April 1954, S. 21.

³ Ebenda, April und Juni 1954.

⁴ Ebenda, Juni 1954, S. 22.

⁵ Ebenda, Mai 1954.

⁶ Siehe tabellarischer Anhang, Tabelle III.

⁷ Der Volkswirt, 8. Jahrgang, Heft 16 vom 17. 4. 1954.

unterstützen, so entschloß sich doch immerhin die Bank deutscher Länder im Mai 1954 dazu, den Diskontsatz auf 3% zu senken, um auf diese Art einen Druck auf das verhältnismäßig hohe Zinsniveau auszuüben. Damit sollte der Außenwirtschaft wenigstens indirekt geholfen werden.¹

Der konjunkturelle Aufschwung, der zu Beginn des Jahres 1954 eingesetzt hatte, hielt in der zweiten Hälfte dieses Jahres unvermindert an. Selbst die traditionellen Urlaubsmonate Juli und August führten zu keiner merklichen Unterbrechung dieser Entwicklung.

Das günstige Wirtschaftsklima blieb dabei keineswegs auf die Bundesrepublik beschränkt, sondern erfaßte in gleicher Weise auch die übrigen Länder Westeuropas.

Immer deutlicher konnte die Ausbildung einer neuen Investitionsgüterkonjunktur beobachtet werden. Diese Feststellung wird wohl am treffendsten dadurch belegt, daß England und die Länder der Montan-Union einen ausgesprochenen Stahlboom erlebten, während zu gleicher Zeit die Stahlindustrie der Vereinigten Staaten lediglich zu 66% ausgelastet war.²

Trotz der wirtschaftlichen Expansion blieb die finanzielle Stabilität in der Bundesrepublik gewahrt. Obwohl Beschäftigung, Außenhandel, Einkommen und Kapitalbildung laufend zunahmen, kam es zu keinen größeren Preisveränderungen. Die Kreditpolitik wurde demzufolge „mit ziemlich lockeren Zügeln gehandhabt“.³

Was nun speziell den Außenhandel anbelangte, so war an der Entwicklung des Jahres 1954 interessant, daß die weiteren Fortschritte in der Ausfuhr nicht auf Kosten anderer Industrieexportländer erreicht wurden. Nachdem der gesamte Welthandel von 1951 an bis um die Mitte des Jahres 1953 abgenommen hatte, stiegen seitdem überall wieder die Exporte an. Im Jahre 1954 erreichte der Welthandel ein Volumen, das um 23 vH. über dem von 1950 und um 73 vH. über dem von 1938 lag.⁴

Hierdurch kam es auch in der zweiten Hälfte des Jahres 1954 zu einer Befestigung der westdeutschen Einfuhrpreise. Die Folge davon waren stärkere Lagerauffüllungen der Importeure, wodurch die Einfuhr bis einschließlich Oktober 1954 diejenige des Vorjahres volumenmäßig um nahezu 75 vH. übertraf.⁵ Da aber trotzdem die Leistungsbilanz und auch die Teilbilanz gegenüber dem Dollar-Raum aktiv blieben, wurde am 9. 11. 1954 eine erweiterte Dollar-Freiliste in Kraft gesetzt, die 3.600 Positionen umfaßte.⁶ Damit hatte die Bundesregierung zwei Drittel aller Waren, die im Jahre 1952 aus dem Dollar-Gebiet eingeführt wurden wieder liberalisiert.

¹ Monatsberichte der Bank deutscher Länder, Mai 1954, S. 1.

² Der Volkswirt, 8. Jahrgang, Heft 40 vom 2. 10. 1954, S. 22.

³ Monatsberichte der Bank deutscher Länder, Dezember 1954, S. 3.

⁴ Die Weltwirtschaft, Heft 1, Kiel 1955, S. 15.

⁵ Monatsberichte der Bank deutscher Länder, Oktober 1954.

⁶ Ebenda, November 1954, S. 33.

Für die übrigen Importe waren schon vorher die bis dahin noch bestehenden Kontrollen¹ gelockert worden. So entfielen ab 1. 8. 1954 die „Vorprüfung“ und die „Einzelgenehmigung“ außer in dem Fall kontingentierter Einfuhren.² Bei der Betrachtung und Beurteilung der damaligen westdeutschen Leistungsbilanzüberschüsse müssen wir wieder darauf hinweisen, daß es keineswegs allein die Ein- und Ausfuhren waren, die das Bild bestimmten, sondern daß auch andere Faktoren, zumindest für einen gewissen Zeitraum, eine große Bedeutung zukam.

Was in der zweiten Hälfte des Jahres 1954 zu einer merklichen Steigerung der Leistungsbilanzüberschüsse gegenüber dem Dollar-Raum beitrug, war die starke Ausnutzung der sich erstmals bietenden Möglichkeit einer Inanspruchnahme von Rembourskrediten.³ Dadurch kam es zur einer zeitlichen Verschiebung in den Dollarzahlungen der Importeure, während der Zahlungseingang bei den Exporteuren keinen Veränderungen unterlag.

Das Jahr 1955 begann mit einer weitreichenden Vereinfachung aller bis dahin noch bestehenden Devisenvorschriften. Vierhundert dieser Anordnungen wurden außer Kraft gesetzt und durch acht neue ersetzt.⁴

Während so die Bundesrepublik alle Anstrengungen unternahm, um die seitherigen Devisenbeschränkungen aufzuheben, erhob sich die Frage, ob man damit nicht anderen Ländern Geschenke mache, die von diesen nicht erwidert wurden. Man verwies in diesem Zusammenhang auf das Beispiel Argentiniens, das seine DM-Einkünfte nicht zur Schuldenzahlung, sondern zur Erzielung von Arbitragegewinnen verwandte.⁵ Dieser Fall durfte jedoch nicht verallgemeinert werden, und so blieben denn auch insgesamt gesehen die Erfahrungen Westdeutschlands durchaus positiv. Der Außenhandel expandierte weiterhin, und die Leistungsbilanz schloß nach wie vor mit erheblichen Überschüssen ab.

Trotz einer seit dem Frühherbst 1954 anhaltenden Verschlechterung der westdeutschen terms of trade (die durchschnittlichen Preise der Einfuhrgüter waren bis zum Februar 1955 um 1,7 Punkte gestiegen und die durchschnittlichen Preise der Ausfuhrgüter um 2,2 Punkte gefallen) erbrachte der Außenhandel im ersten Vierteljahr 1955 einen Ausfuhrüberschuß in Höhe von 479 Mill. DM.⁶

Da jedoch die Zuwachsraten der Einfuhr auch weiterhin in keinem Verhältnis zu denjenigen der Ausfuhr standen, versuchte man nunmehr, mit Hilfe der Zollpolitik die Importneigung anzuregen. Am 1. 4. 1955 traten Zollermäßigungen für 750 Positionen des statistischen Warenverzeichnisses in

¹ Siehe hierzu auch Seite 93.

² Monatsberichte der Bank deutscher Länder, Juli 1954, S. 21/22.

³ Ebenda, Dezember 1954, S. 31.

⁴ Der Volkswirt, 9. Jahrgang, Heft 4 vom 29. 1. 1955, S. 7.

⁵ Ebenda, Heft 5 vom 5. 2. 1955, S. 10.

⁶ Monatsberichte der Bank deutscher Länder, März 1955, S. 28.

Kraft. Allerdings darf hierbei nicht übersehen werden, daß dies eine mehr optische Maßnahme war; denn einerseits wurde nur ein relativ geringer Prozentsatz der Positionen des Warenverzeichnisses betroffen und andererseits sagt die Zahl der Positionen noch nichts über deren Bedeutung im Rahmen der Gesamteinfuhr aus. Trotzdem übertraf die Einfuhr im Mai 1955 zum ersten Mal wieder seit zwei Jahren die Ausfuhr.¹

Damit aber änderte sich die Situation des westdeutschen Außenhandels noch nicht grundlegend. Bereits im folgenden Monat kam es erneut zu einem hohen Ausfuhrüberschuß.²

Daraufhin verkündete die Bundesregierung eine neue Dollar-Freiliste, die 4.100 Positionen umfaßte. Damit hatte man 63,5 vH. aller Dollar-Einfuhren des Jahres 1953 liberalisiert.

Die günstige Entwicklung des westdeutschen Außenhandels mit den Ländern des Dollar-Raumes, die zum Teil auf einer kräftigen Erweiterung der Ausfuhren beruhte, führte in den ersten sechs Monaten des Jahres 1955 zu einer Erhöhung der Einfuhren aus jenen Ländern um 57 vH.³

In der Zwischenzeit waren auch 91 vH. des Handels mit den Ländern der OEEC liberalisiert worden. Auf die Landwirtschaft entfiel dabei jedoch nur ein Anteil von 79,4 vH. Trotz dieser sehr weitgehenden Liberalisierung vergrößerte sich seit dem ersten Vierteljahr 1954, als die erste westdeutsche Dollar-Freiliste in Kraft gesetzt wurde, der Prozentsatz der Einfuhren aus den Dollar-Ländern ständig. Die entsprechenden Zahlen lauten:⁴

1954	1. Vierteljahr	14,2 vH.	(Erste Freiliste)
	2. Vierteljahr	17,6 vH.	
	3. Vierteljahr	15,7 vH.	
	4. Vierteljahr	16,4 vH.	(Erste Erweiterung)
1955	1. Vierteljahr	18,0 vH.	
	2. Vierteljahr	20,3 vH.	(Zweite Erweiterung)

Von der westdeutschen Hochkonjunktur im 2. Halbjahr 1954 wurden selbstverständlich nicht alle Zweige der Volkswirtschaft gleichmäßig erfaßt. Je länger daher diese partielle Hochkonjunktur andauerte, desto größere Gefährdungsmomente erwuchsen aus den entstandenen Disproportionalitäten. Um hier ausgleichend einzugreifen, erhöhte die Bank deutscher Länder im August 1955 den Diskontsatz auf 3½ Prozent.^{5 6}

Diese Maßnahme blieb aber ohne sichtliche Wirkungen auf den Ablauf der Binnenkonjunktur und die unvermindert ansteigende inländische Nachfrage.

¹ Monatsberichte der Bank deutscher Länder, Mai 1955, S. 32.

² Siehe hierzu auch den Monatsbericht der Bank deutscher Länder, Juni 1955, S. 33.

³ Der Volkswirt, 9. Jahrgang, Heft 33 vom 20. 8. 1955, S. 8.

⁴ Monatsberichte der Bank deutscher Länder, August 1955, S. 35.

⁵ Ebenda, S. 1.

⁶ Siehe tabellarischer Anhang, Tabelle I.

Letztere kam sogar den Kapazitätserweiterungen der Industrie zuvor und führte im September 1955 erstmals seit mehr als drei Jahren zu einem Defizit im Handel mit den Ländern der OEEC.¹ Im folgenden Monat ergab sich sogar ein Passivsaldo der westdeutschen Handels- und Leistungsbilanz.² Unterdessen hatten sich die westdeutschen terms of trade relativ stark verschlechtert. Gegenüber den ersten zehn Monaten des Jahres 1954 waren sie 1955 um 9 Punkte (von 120 auf 111) gefallen.³ Dies war eine Folge von Preissteigerungen auf der Einfuhrseite, die weit über die Preiserhöhungen auf der Ausfuhrseite hinausgingen.

Der Index der Gesamteinfuhr stand im September 1955 auf 108 gegen 100 im September 1954. Allerdings beruhte diese Verschiebung nicht nur auf Preiserhöhungen, sondern sie war ebenso das Ergebnis erheblich gestiegener Frachtraten. Der Seefrachtenindex war von 99 im September 1954 auf 126 im September 1955 gestiegen (viertes Vierteljahr 1950 = 100).⁴

Wenn sich nun bei den Durchschnittswerten der Ausfuhr ebenfalls eine ansteigende Tendenz durchsetzte, so war diese Bewegung doch nicht allzu stark ausgeprägt. Seit September 1954 hatten sie sich lediglich um 2,2 Punkte erhöht.

In den beiden letzten Monaten des Jahres 1955 belebten sich die westdeutschen Exporte wieder merklich, und es kann daher nicht überraschen, daß ab November 1955 die Handels- und die Leistungsbilanz mit einem Aktivsaldo zu Gunsten der Bundesrepublik abschlossen.

Diese Entwicklung setzte sich während der ersten Monate des Jahres 1956 fort, so daß die im Sommer 1955 gelegentlich geäußerte Befürchtung, die rege Binnennachfrage könne zu einer Verschlechterung der Wettbewerbsposition auf den Weltmärkten führen, sich als unbegründet erwies.

Auch in der übrigen Welt hielt der gute Konjunkturverlauf an. Dies wird dadurch unterstrichen, daß der Auftragseingang aus dem Ausland die Auslieferungen wesentlich übertraf.⁵

Wie sehr sich dabei die Exporte Westdeutschlands tatsächlich steigerten, geht am besten aus einem Vergleich mit der entsprechenden Entwicklung bei den Importen hervor. Gegenüber den Januarzahlen des Jahres 1955 erhöhte sich der Wert der Einfuhren in dem gleichen Monat des folgenden Jahres um 27 vH. Dem entsprach eine Vergrößerung des Volumens um 21 vH.⁶ Diese Vermehrung ging wesentlich über diejenige des Sozialproduktes hinaus, das sich in der gleichen Zeit lediglich um 12 vH. erhöht hatte.

Infolge der nun wieder regelmäßig ansteigenden Ausfuhrüberschüsse und der

¹ Monatsberichte der Bank deutscher Länder, September 1955, S. 3.

² Ebenda, Oktober 1955, S. 31.

³ Indices aus dem Monatsbericht der Bank deutscher Länder, Oktober 1955, S. 32.

⁴ Monatsberichte der Bank deutscher Länder, Oktober 1955, S. 32.

⁵ Ebenda, Januar 1956, S. 32.

⁶ Ebenda, S. 33.

Reaktivierung der Leistungsbilanz erhielt die Bank deutscher Länder einen kräftigen Zufluß an Gold und Devisen.¹ Dies war umso bemerkenswerter, als Anfang Januar 1956 eine Zinszahlung auf die Nachkriegshilfe der USA in Höhe von 12,5 Mill. Dollar geleistet werden mußte.²

Zur Reaktivierung der westdeutschen Leistungsbilanz trug aber nicht nur der Zahlungseingang aus dem laufenden Warenhandel bei. Einen großen Anteil daran hatte auch die schon seit geraumer Zeit zu beobachtende Verminderung der westdeutschen Aktivsalden im gegenseitigen Zahlungsverkehr. Während sich diese gegen Ende des Jahres 1953 auf 855 Mill. Dollar belaufen hatten, waren es ausgangs 1955 nur noch 457 Mill. Dollar.³

Als sich in den ersten Monaten des Jahres 1956 zeigte, daß trotz der letzten Diskonterhöhung der Bank deutscher Länder der wirtschaftliche Aufschwung unvermindert anhielt und auf einzelnen Gebieten zu bedenklichen Spannungen führte, erfolgte am 7. 3. 1956 eine weitere Heraufsetzung des Diskontsatzes auf $4\frac{1}{2}$ Prozent.⁴

Das Datum dieser Maßnahme verdient besonders hervorgehoben zu werden, weil der Februar mit seiner langanhaltenden und außerordentlichen Kälteperiode die Wirtschaft vor ungewöhnliche Schwierigkeiten gestellt hatte. Wenige Jahre zuvor hätten derartige Ereignisse leicht zu einer wirtschaftlichen Katastrophe geführt. Beispielsweise war im Februar 1956 die Einfuhr sehr stark zurückgegangen, was darauf beruhte, daß ein hoher Prozentsatz der Importe aus Massengütern bestand, deren Transport normalerweise von der Binnenschifffahrt bewältigt wurde. Diese war jedoch infolge der weitgehenden Vereisung aller Wasserstraßen fast vollkommen zum Erliegen gekommen. Darüber hinaus wurde aber auch der Bahntransport von Südfrüchten und ähnlich empfindlichen Nahrungsmitteln nahezu vollständig eingestellt.

Trotzdem führte die im März verfügte Diskonterhöhung nicht zu dem von der Bank deutscher Länder erhofften Erfolg, und sie sah sich daher bereits im Mai zu einer weiteren Anhebung des Diskontsatzes auf $5\frac{1}{2}$ Prozent veranlaßt.⁵

In Verbindung hiermit hob sie eine Reihe von Vergünstigungen auf, die bis dahin exportierenden Firmen gewährt worden waren. Unter anderem rechnete sie von nun an den Außenhandelsbanken die Exportwechsel auf ihre Rediskontkontingente bei den Landeszentralbanken an und erwarb Auslandswechsel, Auslandsschecks, DM-Akzpte von Ausländern und Exporttratten nur noch zum allgemeinen Diskontsatz. Bislang hatte sie in allen Fällen, in denen der Diskontsatz des Exportlandes niedriger lag als in der Bundesrepublik, den günstigeren angewandt.

¹ Siehe tabellarischer Anhang, Tabelle III.

² Monatsberichte der Bank deutscher Länder, Januar 1956, S. 33.

³ Ebenda, S. 35.

⁴ Ebenda, März 1956, S. 3.

⁵ Ebenda, Mai 1956, S. 3.

Trotz einer stärkeren Ausschöpfung des Arbeitspotentials kam es zu einer merklichen Verlangsamung im weiteren Anstieg der Industrieproduktion. In den ersten vier Monaten des Jahres 1956 hatte sie nur noch um 10 vH. zugenommen, gegenüber 15 vH. während des gleichen Zeitraumes im Vorjahr. Da im Gegensatz hierzu die Nachfrage auf ihrem hohen Stand beharrte, war es allenthalben zu Preiserhöhungen gekommen.¹

Angesichts dieser Entwicklung auf dem Binnenmarkt bildete die weitere Entfaltung des Außenhandels und vor allem der Ausfuhr eine Überraschung. Obwohl die Absatzchancen im Inland außerordentlich gut waren, stiegen die Exporte erneut an. Diese Zunahme betraf sowohl den Wert als auch das Volumen.²

Die Ausfuhr in die Dollar-Länder erhöhte sich besonders stark. Der auf sie entfallende Anteil an der Gesamtausfuhr betrug im ersten Vierteljahr 1956 23 vH. Ein Jahr zuvor waren es im gleichen Zeitraum erst 17,3 vH. gewesen.³ Die erhebliche Steigerung der Ausfuhr führte zu einem Anwachsen der Ausfuhrüberschüsse und in Verbindung damit zu einer aktiven Handelsbilanz. Da auch die Leistungsbilanz trotz ihrer mannigfachen Belastungen durch Schuldenzahlungen, Vermögenstransfer, Wiedergutmachungsleistungen u. ä. nach wie vor mit Aktivsalden abschloß, drängte die Entwicklung die Bundesregierung zu neuen Erleichterungen im Devisenverkehr. So erlaubte man beispielsweise Deviseninländern, ihre Fremdwährungskonten ab April 1956 auf unbeschränkte Zeit bei den Außenhandelsbanken zu belassen⁴, und gab ihnen darüber hinaus die Möglichkeit, ausländische Geldmarktpapiere sowie börsengängige Aktien und Obligationen zu erwerben.⁵

Daß sich dennoch die von der Bank deutscher Länder verfolgte Konjunkturpolitik nur sehr schwer durchzusetzen vermochte, lag an dem unvermindert anhaltenden Zustrom von Gold und Devisen. Die der Notenbank auferlegte Verpflichtung, sämtliche ihr angebotenen ausländischen Valuten und Edelmetalle anzukaufen, führte bei den Kreditinstituten, die stark in das Außenhandelsgeschäft eingeschaltet waren, zu einer Verflüssigung ihrer Mittel, wodurch sie in die Lage versetzt wurden, sich weitgehend den einschränkenden offiziellen Maßnahmen zu entziehen. Um welche Größenordnungen es sich hierbei handelte, mag daraus ersichtlich werden, daß der Zustrom an Gold und Devisen, der im gesamten Jahr 1955 den Betrag von 1,9 Mrd. DM ausgemacht hatte, schon nach Ablauf des ersten halben Jahres 1956 die 2 Mrd.-Grenze überschritt.

Darüber hinaus entstand für die Konjunkturpolitik um die Mitte des Jahres 1956 eine weitere Gefahr, die ihren Ursprung im Ausland hatte.

¹ Monatsberichte der Bank deutscher Länder, Mai 1956, S. 4/5.

² Ebenda, Mai 1956, S. 35.

³ Ebenda, S. 37.

⁴ Vgl. hierzu unsere Ausführungen auf Seite 104.

⁵ Monatsberichte der Bank deutscher Länder, Mai 1956, S. 41.

Da bislang alle Versuche zur Eindämmung der westdeutschen Ausfuhrüberschüsse nicht die gewünschten Erfolge erbracht hatten, warf man im Ausland die Frage auf, ob es nicht zweckmäßig sei, die DM aufzuwerten. Hierdurch forcierte man aber erst eine Entwicklung, die man zu vermeiden gehofft hatte. Betrachten wir uns daher die Folgen der Aufwertungsdiskussion in der Öffentlichkeit:

1. Eine vorzeitige Regulierung ihrer eingegangenen Verpflichtungen war den Importeuren in den meisten Fällen nicht möglich, da die Kreditverteuerung, die auf die restriktiven Maßnahmen der Bank deutscher Länder zurückzuführen war, es ihnen versagte, zusätzliche Kredite im Inland aufzunehmen. Auch der Weg ins Ausland blieb ihnen weitgehend verschlossen, da sie sich dort schon seit geraumer Zeit durch die Inanspruchnahme von Rembourskrediten verschuldet hatten, um den hohen inländischen Kreditkosten auszuweichen.
2. Im Gegensatz hierzu erlebten die Exporteure, und hier vornehmlich die direkt exportierende Industrie, eine unerwartete Verflüssigung ihrer Mittel, da sich die ausländischen Abnehmer um eine rasche und vorzeitige Regulierung ihrer Verbindlichkeiten bemühten. Darüber hinaus leisteten sie hohe Anzahlungen auf Kontrakte, die erst in fernerer Zukunft abzuwickeln waren. Je höher daher bei den einzelnen Industrien der Exportanteil ins Gewicht fiel, desto besser konnten sie sich den Restriktionsmaßnahmen entziehen.
3. Auf Grund der Gerüchte von einer unmittelbar bevorstehenden Aufwertung vermehrten ausländische Banken ihre DM-Einlagen bei westdeutschen Instituten, was bei diesen zu einer erheblichen Verflüssigung führte. Da sie sich jedoch der diesem „hot-money“ innewohnenden Gefahr bewußt waren, nutzten sie es nicht zu einer Ausweitung der kurzfristigen Kredite aus, sondern verwandten es zur Tilgung ihrer eigenen Verschuldung gegenüber dem Zentralbanksystem, die infolge der mehrfachen Diskonterhöhungen merklich gestiegen war.¹

Wirklich begünstigt wurde von den Aufwertungsgerüchten lediglich die westdeutsche Ausfuhr. Aus dieser Tatsache sowie auf Grund der sich ständig erhöhenden Ausfuhrüberschüsse² könnte man auf einen Erfolg der Dämpfungsmaßnahmen der Bank deutscher Länder schließen, wenigstens soweit sie den Binnenmarkt betrafen. Diese Annahme wird aber hinfällig, wenn wir die Entwicklung der Einfuhr während des gleichen Zeitabschnittes in die Betrachtung miteinbeziehen.

¹ Siehe hierzu auch: *Küng, Emil, Währungsordnung und Außenhandel, Schriften des Vereins für Sozialpolitik, N. F., Bd. 10, Berlin 1954, S. 79.*

² Im ersten Halbjahr 1956 war die Ausfuhr mit 1,4 Mrd. DM fast doppelt so hoch wie im gleichen Zeitraum des Vorjahres und erreichte fast die Höhe des gesamten Jahres 1954.

Während des ganzen ersten halben Jahres 1956 wiesen die Importe einen steigenden Trend auf. Die Zunahme gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres betrug rund 15 vH. Besonders stark hatten sich die Einfuhren im Juni 1956 erhöht. Sie übertrafen den gleichen Monat des Jahres 1955 um 25 vH. Im Vergleich hierzu vermehrte sich das Sozialprodukt im ersten Halbjahr 1956 lediglich um 10 vH.¹

Die anhaltenden Ausfuhrüberschüsse führten zu einem weiteren Anwachsen der Gold- und Devisenvorräte bei der westdeutschen Notenbank. Diese Erhöhung der Währungsreserven wirkte sich jedoch nicht in gleicher Weise auf die Gestaltung der Leistungsbilanz aus, weil während dieser Zeit die ausländischen Banken, die nicht mehr an eine unmittelbar bevorstehende Aufwertung der Deutschen Mark glaubten, ihre DM-Guthaben abzogen. Auch die westdeutschen Banken bauten in verstärktem Umfang ihre eigenen Auslandsguthaben ab.²

Als sich daraufhin bei der Bank deutscher Länder die Erkenntnis durchsetzte, daß sich weite Teile der westdeutschen Wirtschaft ihrer Konjunkturpolitik entzogen und die Gefahr entstand, daß sie selbst keinen Einfluß mehr auf das Geschehen haben könne, entschloß sie sich am 6. 9. 1956 zu einer Senkung des Diskontsatzes auf 5%.³ ⁴ Angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung schien diese Maßnahme unverständlich, doch hatte nach einer offiziellen Verlautbarung dabei die Überlegung eine Rolle gespielt, daß man für die Importeure den Anreiz zur Inanspruchnahme ausländischer Kreditfazilitäten verringern wollte.⁵

Da es bis zum Ausbruch der politischen Krise in Nah-Ost am 7. 11. 1956 zu keiner wesentlichen Änderung im wirtschaftlichen Geschehen mehr kam, können wir an dieser Stelle unsere Betrachtung des westdeutschen Außenhandels unter besonderer Berücksichtigung der Leistungsbilanz während der Jahre 1952-1956 abbrehen und uns der Frage zuwenden, ob und inwieweit Zusammenhänge zwischen den Veränderungen der terms of trade und der Gestaltung der Leistungsbilanz zu erkennen sind.

7. Die Zusammenhänge zwischen Veränderungen der terms of trade und der Gestaltung der Leistungsbilanz

Die westdeutschen terms of trade hatten sich seit Anfang 1952 durchweg günstig gestaltet. Anfang 1954 erreichte die Kurve ihren Höhepunkt. Dann kam es zu einem leichten Rückgang, aber die Austauschrelationen blieben bis Ende 1956 über 100% von 1950, also günstig im Vergleich zu damals.

¹ Monatsberichte der Bank deutscher Länder, Juli 1956, S. 35.

² Ebenda, August 1956, S. 28.

³ Ebenda, September 1956, S. 3.

⁴ Siehe tabellarischer Anhang, Tabelle I.

⁵ Monatsberichte der Bank deutscher Länder, September 1956, S. 3.

Auf längere Sicht erscheint jedoch die Verwendung des Jahres 1950 als Basisjahr nicht unbedenklich. Wie wir in der Strukturuntersuchung sahen¹, war die Zusammensetzung des westdeutschen Außenhandels um jene Zeit im Vergleich zu den folgenden Jahren anders, ja bis zu einem gewissen Grade anomal. Berücksichtigt man jedoch diesen Umstand und beschränkt dabei die Betrachtung bewußt auf einen verhältnismäßig kurzen Zeitabschnitt, dann steht fest, daß sich die terms of trade nach 1951 nicht ungünstig entwickelt haben.

Die günstigen Austauschrelationen trugen zu den relativ hohen Deviseneingängen und zu den relativ niedrigen Devisenausgängen mit bei. Damit aber hatten sie einen entscheidenden Anteil an der Verstärkung der Liquidität der westdeutschen Leistungsbilanz.

Für die Entwicklung des Warenhandels spielte das günstige Austauschverhältnis nicht die gleich wichtige Rolle. Hier hatten andere Faktoren einen gewichtigeren Anteil. Wir haben einen großen Teil der vorliegenden Arbeit darauf verwandt, den Einfluß dieser Kräfte aufzuzeigen.

Abschließend können wir nunmehr feststellen:

Günstige Austauschrelationen bedeuten relativ gute Exportpreise. Das heißt in unserem Falle, die terms of trade haben in den Jahren von 1952 bis 1956 die Aufruhr nicht gebremst, sondern gefördert. Gewiß hatte die gute Konjunktur auf den Weltmärkten einen entscheidenden Anteil an der Steigerung der westdeutschen Exporte², doch war auch auf der anderen Seite die rege Nachfrage nach westdeutschen Ausfuhrwaren eine Ursache für die vorteilhafte Entwicklung der Ausfuhrpreise und damit wieder für die der terms of trade. Hier bestehen Wechselwirkungen, die beachtet werden müssen, weil einzig und allein durch sie der Erfolg in seinem tatsächlichen Ausmaß erst ermöglicht wurde. U. E. beruht das gute Ergebnis des westdeutschen Außenhandels in den Jahren von 1952-1956 auf folgender Ursachenkette:

Gute Weltmarktkonjunktur (ausgehend von einer Rüstungskonjunktur in den Vereinigten Staaten und Groß-Britannien, die der westdeutschen Ausfuhr erst wieder den Weg freigab)³ ➤ große Nachfrage nach westdeutschen Ausfuhrwaren ➤ gute Exportpreise ➤ günstige Voraussetzungen für Verbesserungen der terms of trade.

Die Steigerung der Ausfuhr bei relativ guten Preisen hat die Vollbeschäftigung ermöglicht⁴ und zum Wachstum, das heißt zur Volkseinkommensvermehrung beigetragen.

Die Änderung in der Zusammensetzung der Ein- und Ausfuhr führte ebenfalls zu einer Verbesserung der terms of trade.⁵ Auch hier muß folglich der

¹ Siehe hierzu unsere Ausführungen auf Seite 88 ff.

² Siehe hierzu unsere Ausführungen auf den Seiten 98 ff., 103 ff. und 109 ff.

³ Siehe hierzu Seite 72.

⁴ Siehe hierzu tabellarischer Anhang, Tabelle VII.

⁵ Siehe hierzu Seite 88 ff.

Zusammenhang zwischen der Struktur des Außenhandels und den Veränderungen des Austauschverhältnisses beachtet werden.

Ferner darf nicht übersehen werden, daß die günstigen terms of trade, über den Anreiz der guten Exportpreise, die industrielle Struktur beeinflusst haben, wenn auch die Produktionsstruktur eines hochentwickelten Industrielandes nicht so flexibel ist, daß sie beliebige Umstellungen erlaubt.¹ Vor einer Überbewertung dieses Faktors muß folglich gewarnt werden. Darüber hinaus bleibt zu berücksichtigen, daß die Importpreise relativ niedrig blieben. Zum anderen hat aber auch gerade wieder der letzte Umstand mit dazu beigetragen, daß die Austauschrelationen der Bundesrepublik günstig waren. Wir schließen daraus, daß der Zusammenhang zwischen den terms of trade und der Wirtschaftsstruktur eines Landes nicht außer Betracht gelassen werden darf.

Weiterhin haben die Austauschrelationen die Devisenbilanz beeinflusst, und der große Devisenüberfluß war ein wesentlicher Grund für die zeitweise sehr ernststen inflationären Gefahren.²

Aus all dem folgt ein enger Zusammenhang zwischen den terms of trade, dem Güteraustauschvolumen, der Zusammensetzung des Außenhandels, der Außenhandelsquote, dem Volkseinkommen, der Wirtschaftsstruktur und dem Geldwert.

Umgekehrt hat die Entwicklung der Nachfragestruktur (relativ geringer Bedarf an Einfuhrgütern³) sicherlich die Gestaltung des Austauschverhältnisses mitbeeinflusst. Die Entwicklung der Nachfragestruktur wiederum beruhte auf den Verbrauchsgewohnheiten⁴, der Einkommensverteilung (wofür die Investitionsquote als Barometer angesehen werden kann⁵) und der Sparquote.⁶

¹ Predöhl, A., Deutschlands Stellung in der Weltwirtschaft, Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 10, N. F., Berlin 1954, S. 25.

² Siehe hierzu Seite 111 ff.

³ Siehe hierzu auf den Seiten 99, 102, 107 ff.

⁴ Siehe hierzu Seite 88 ff.

⁵ Siehe hierzu Seite 94.

⁶ Siehe hierzu Seite 99/100.

SCHLUSSBETRACHTUNG

Die beiden Hauptabschnitte der vorliegenden Arbeit waren den Fragen gewidmet, welche Bedeutung die terms of trade in der Theorie haben und wie sie sich in praxi nach dem Zweiten Weltkrieg in Westdeutschland entwickelten. Nun gilt es noch, die Folgerungen aus diesen Untersuchungen zu ziehen und zwar sowohl im Hinblick auf die theoretische Forschung wie auch für die Konjunkturbeobachtung und die Wirtschaftspolitik.

1. Die terms of trade als das Verhältnis der durchschnittlichen Preise der Ausfuhr eines Landes zu den durchschnittlichen Preisen seiner Einfuhr sind eine statistische Größe. Bei dem Vorhandensein entsprechender Unterlagen lassen sie sich verhältnismäßig einfach und für alle Zwecke hinreichend genau errechnen. Allerdings beschränkt sich ihre fortlaufende Vergleichbarkeit auf einen relativ kurzen Zeitraum, weil die Zusammensetzung der Ein- und Ausfuhr eines Landes, auf der ihre Errechnung beruht, ständigen Veränderungen unterliegt. Je differenzierter dabei der Im- und Export ist, desto kürzer die zu Vergleichen geeignete Zeitspanne.
2. Die terms of trade sind eine Verhältniszahl des Warenhandels. Eine große Bedeutung für den Außenhandel besitzen aber auch die unsichtbaren Posten der Ein- und Ausfuhr, wozu wir in erster Linie die Dienstleistungen zählen. Wir haben gesehen, mit wie vielen Faktoren der Volkswirtschaft die Austauschrelationen in engen und wichtigen Beziehungen stehen. Unseres Erachtens wäre es daher angebracht, auf gleicher Grundlage wie die terms of trade eine Verhältniszahl der Dienstleistungen zu errechnen. Sie würde eine wertvolle Ergänzung zu den Austauschrelationen des Warenhandels bilden und dazu beitragen, manche heute noch bestehende Unklarheit, besonders in der Frage der Zuordnung, zu beseitigen.
3. Die Betrachtung der westdeutschen terms of trade hat ergeben, daß ein Einfluß auf andere Größen besteht und oft sogar eine Wechselwirkung beobachtet werden kann. Es wäre daher naheliegend gewesen, diese Einflüsse zu messen. Hiergegen sprachen jedoch gewichtige Gründe. Die Aufstellung mathematischer Formeln zur Errechnung der Wirkungen und Wechselwirkungen hätte keine großen Schwierigkeiten bereitet. Die Ermittlung der entsprechenden statistischen Größen zur Verwertung der Formeln, die nur von einer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung geliefert werden können, stößt in der Bundesrepublik zumindest vorerst noch auf unüberwindliche Hindernisse.
4. Damit ist der angewandten terms-of-trade-Forschung zunächst eine Grenze gesetzt. Es besteht jedoch die Möglichkeit, diese Grenze hinauszuschieben. In der von uns mehrfach zitierten Arbeit von Ferdinand Grünig¹ weist dieser auf die Wirksamkeit des Ausfuhrmultiplikators für

¹ Siehe hierzu u. a. die Seiten 83, 99 und 100.

das volkswirtschaftliche Wachstum in Westdeutschland hin. Das ist ein wertvoller Ansatzpunkt, denn wir wissen, daß die Austauschrelationen die Größe dieses Koeffizienten mitbestimmen. Wir können somit wenigstens ungefähr die obere und die untere Grenze der terms of trade angeben. Zweifellos hat dieser Koeffizient nicht die Bedeutung, die ihm viele Autoren vor allem in der Wirtschaftspresse beimessen wollten, als sie davon sprachen, daß der Aufstieg des westdeutschen Außenhandels in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg in erster Linie der Gunst der Austauschrelationen zu verdanken gewesen sei. Andererseits steht er jedoch mit vielen volkswirtschaftlichen Größen in Verbindung, wobei sein besonderer Wert darin besteht, daß von ihm eine nachweisbare Multiplikatorwirkung ausgeht, die immerhin so weit errechnet werden kann, daß es möglich ist, hieraus bestimmte Erwartungen abzuleiten.

5. Wenn wir nun im Anschluß hieran noch einmal auf die Ergebnisse des ersten Hauptabschnittes zurückgreifen, dann lassen sich diese wie folgt zusammenfassen:

a) Bei den terms of trade handelt es sich um eine Variable, die von anderen Faktoren bestimmt wird, darüber hinaus aber auch andere Größen mit beeinflußt.

b) Die terms of trade sind zwar nicht einfach zu fixieren, doch liefert uns jede einigermaßen umfassende Außenhandelsstatistik die hierfür notwendigen Unterlagen.

Wie sich aus dem zweiten Hauptabschnitt ergab, sind Änderungen der terms of trade oft wichtige Ansatzpunkte für die Konjunkturbeobachtung, doch darf ihr Einfluß nicht überschätzt werden. Ihren tatsächlichen Wert kann man nur dann erkennen, wenn die Austauschrelationen nicht isoliert betrachtet werden, sondern im Zusammenhang mit den übrigen Wandlungen des gesamtwirtschaftlichen Größengefüges.

TABELLARISCHER ANHANG

Tabelle I: Zinssätze des Zentralbanksystems¹

Gültig ab	Zinssätze im Verkehr mit Kreditnehmern außerhalb des Zentralbanksystems	
	Diskont	Lombard
1948 1. Juli	5	6
1. Dez.		
1949 27. Mai	4 1/2	5 1/2
14. Juli	4	5
1950 27. Okt.	6 ²	7
1. Nov.		
1951 1. Jan.		
1. Juli		
1952 29. Mai	5	6
21. Aug.	4 1/2	5 1/2
1953 8. Jan.	4	5
11. Juni	3 1/2	4 1/2
1954 20. Mai	3	4
1955 4. Aug.	3 1/2	4 1/2
1956 8. März	4 1/2	5 1/2
19. Mai	5 1/2	6 1/2
6. Sept.	5	6
1957 11. Jan.	4 1/2	5 1/2

Tabelle II:

Die Entwicklung der Position der Bundesrepublik Deutschland
in der E. Z. U. in Mio Rechnungseinheiten³

Juli 1950 — Juni 1951	— 284,6
Juli 1951 — Juni 1952	+ 583,9
Juli 1952 — Juni 1953	+ 266,2
Juli 1953 — Juni 1954	+ 530,2
Juli 1954 — Juni 1955	+ 310,2
Juli 1955 — Juni 1956	+ 599,8

¹ Monatsberichte der Bank deutscher Länder, April 1957, S. 85.

² Solawechsel aus der Exportförderungsaktion der Kreditanstalt für Wiederaufbau wurden nach der Diskonterhöhung vom 27. Oktober 1950 weiterhin zum Vorzugsatz von 4% diskontiert.

³ Monatsberichte der Bank deutscher Länder, April 1957, S. 92.

Tabelle III:

Gold- und Devisenbestände der Bank deutscher Länder (netto in Mio DM)¹

Jahresende	Gold- u. Devisenbestand insgesamt netto	Goldbestand	Insgesamt
1950	— 664	—	— 664
1951	+ 1 523	+ 116	+ 1 407
1952	+ 4 637	+ 587	+ 4 050
1953	+ 8 174	+ 1 367	+ 6 807
1954	+ 10 945	+ 2 628	+ 8 317
1955	+ 12 806	+ 3 862	+ 8 944
1956	+ 17 901	+ 6 275	+ 11 626

Tabelle IV:

Bargeldumlauf im Bundesgebiet und in West-Berlin (in Mio DM)²

Ausweisstichtag		Bargeldumlauf insgesamt
1948	30. Sept.	5 656,1
	31. Dez.	6 641,4
1949	30. Juni	6 974,0
	31. Dez.	7 737,5
1950	30. Juni	8 160,0
	31. Dez.	8 413,8
1951	30. Juni	8 570,4
	31. Dez.	9 713,3
1952	30. Juni	10 405,5
	31. Dez.	11 270,4
1953	30. Juni	11 658,8
	31. Dez.	12 434,9
1954	30. Juni	12 446,1
	31. Dez.	13 296,0
1955	30. Juni	13 794,5
	31. Dez.	14 642,4
1956	30. Juni	15 192,7
	31. Dez.	15 590,5

¹ Monatsberichte der Bank deutscher Länder, April 1957, S. 91.² Ebenda, S. 34.

Tabelle V: Kassenmäßige Entwicklung des Bundeshaushalts (in Mio DM)¹

Zeit	Kassen- einnahmen	Kassen- ausgaben	Kassenüberschuß (+) bzw. -fehlbetrag (—)
Rechnungsjahre			
1950/51	—	—	— 619
1951/52	16 322	16 757	— 435
1952/53	20 734	19 696	+ 1 038
1953/54	22 042	20 283	+ 1 759
1954/55	23 566	22 374	+ 1 192
1955/56	26 726	23 867	+ 2 859
1956/57	28 710	28 802	— 92

Tabelle VI:

Index der industriellen Produktion im Bundesgebiet arbeitstäglich;
Originalbasis 1950 = 100, umbasiert auf 1936 = 100²

Zeit	Gesamt	Kohlenbergbau	Maschinenbau	Verbrauchsgüter
1948	—	77	52	52
1949	89	91	89	86
1950	111	98	116	113
1951	131	107	155	129
1952	140	111	180	130
1953	154	113	177	152
1954	172	115	198	166
1955	198	119	243	184
1956	213	123	265	199

Tabelle VII: Arbeitsmarkt³

Durchschnitt	Beschäftigte in Mio insgesamt	Arbeitslose in Mio insgesamt
1950	13 827,0	1 579,8
1951	14 556,2	1 432,3
1952	14 994,7	1 379,2
1953	15 582,7	1 258,6
1954	16 286,0	1 220,6
1955	17 175,0	928,3
1956	18 056,4	761,4

¹ Monatsberichte der Bank deutscher Länder, April 1957, S. 85.

² Ebenda, S. 93.

³ Ebenda, S. 94.

LITERATURVERZEICHNIS

1. Bücher:

- | | |
|---|--|
| <i>Benham, Frederic</i> | Economics, 3. Aufl., London 1946. |
| <i>Budge, Siegfried</i> | Geschichte der volkswirtschaftlichen Ideen und Theorien, Die Handelshochschule, Bd. 2, 1. Aufl., Berlin 1928. |
| <i>Ellsworth, P. T.</i> | The International Economy, Its Structure and Operation, New York 1950. |
| <i>Enke, Stephen und Salera, Virgil</i> | International Economics, London 1950. |
| <i>Franke, Hans-Joachim</i> | Die Entwicklung der Außenwirtschaftstheorie seit dem Ende des Ersten Weltkrieges. Eine Kritik der klassischen Lehre vom internationalen Handel, Mainz 1955 (Diss.). |
| <i>Gaettens, Richard</i> | Inflationen, München 1955. |
| <i>Goldmann, Botho</i> | Die Bedeutung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staate Israel vom 10. 9. 1952 für die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik und Israels, dargestellt am Beispiel der Erfüllungsperiode 1952/53 bis 1955/56, Mainz 1956 (Diss.). |
| <i>Graham, Frank D.</i> | The Theory of International Values, Princeton 1948. |
| <i>Haberler, Gottfried</i> | Der internationale Handel, Berlin 1933.
Prosperity and Depression, Genf 1940. |
| <i>Harrod, R. F.</i> | International Economics, (rev. ed.), London 1939.
Die internationalen Wirtschaftsbeziehungen, deutsche Ausgabe, Bern 1948.
Dynamische Wirtschaft, Wien 1949. |
| <i>Heck, Harold J.</i> | Foreign Commerce, New York-Toronto-London 1953. |
| <i>Herwig, Günter</i> | Das Bardepotverfahren als Instrument der Import- und Kreditpolitik. Technik, praktische Bewährung und kritische Würdigung, Mainz 1955 (Diss.). |
| <i>Jevons, W. St.</i> | The Theory of Political Economy, London 1888. |
| <i>Kahn, Alfred E.</i> | Great Britain in the World Economy, New York 1946. |

- Keynes, John M.* The Economic Consequences of Peace, London 1920.
Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, deutsche Übersetzung von Fritz Waeger, München-Leipzig 1936.
Vom Gelde, ins Deutsche übersetzt von C. Krämer, München-Leipzig 1932.
- Kindleberger, Ch. P.* The Dollar Shortage, New York 1950.
- Lademann, John* Probleme des auswärtigen Realaustauschverhältnisses, Zürich und St. Gallen 1955 (Diss.).
- Lewis, W. A.* Economic Survey, 1919 - 1939, London 1949.
- Machlup, Fritz* International Trade and the National Income Multiplier, Philadelphia 1943.
- Marjolin, Robert* Europe and the United States in the World Economy, Durham 1953.
- Marshall, Alfred* Money, Credit and Commerce, London 1923.
- Meade, James E.* The Balance of Payments, Oxford University Press, London-New York-Toronto 3. Aufl. 1954.
- Mill, John Stuart* Grundsätze der politischen Ökonomie, nach der Ausgabe letzter Hand (7. Aufl. 1871) übersetzt von Wilh. Gehrig, Jena 1921.
- Monroe, A. E.* Early Economic Thought, Cambridge (Mass.) 1924.
- Mun, Thomas* England's Treasure by Forraign Trade. Or The Ballance of our Forraign Trade is The Rule of our Treasure, London 1664.
- Nöll von der Nahmer, Robert* Der volkswirtschaftliche Kreditfonds, Versuch einer Lösung des Kreditproblems, Berlin 1934.
Außenwirtschaft, Eine Einführung, Heidelberg 1959.
- Oblin, Bertil* Interregional and International Trade, Cambridge (Mass.) 1933.
- Pareto, Vilfredo* Manuel d'Economie politique, 2. Aufl., Paris 1927.
- Perroux, François* Le plan Marshall ou l'Europe nécessaire au monde, Paris 1948.
- Predöhl, Andreas* Außenwirtschaft, Göttingen 1949.
- Reuss, Ingo* Ökonomie des Außenhandels, Baden-Baden - Frankfurt/M. 1956.

- Robinson, Joan* Essays in the Theory of Employment, New York 1937.
- Röpke, W.* Weltwirtschaft und Außenhandelspolitik, Berlin 1931.
- Rostow, W. W.* The Process of Economic Growth, New York 1952.
- Schneider, Erich* Einführung in die Wirtschaftstheorie, II. Teil, Tübingen 1956 (4. Aufl.).
Einführung in die Wirtschaftstheorie, III. Teil, Tübingen 1957, (4. Aufl.).
- Stewart, James* Untersuchungen über die Grundsätze der Volkswirtschaftslehre, deutsche Ausgabe von A. John, Jena 1913.
- Taussig, F. W.* Theorie der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, deutsche Ausgabe von M. Palyi, Leipzig 1929.
- Tinbergen, Jan* Einführung in die Ökonometrie, deutsche Ausgabe, Wien 1952.
On the Theory of Economic Policy, Amsterdam 1952.
- Viner, Jacob* Studies in the Theory of International Trade, New York 1937.
- Zimmerman, L. J.* Geschichte der theoretischen Volkswirtschaftslehre, deutsche Ausgabe, Köln-Deutz 1954.

2. Wissenschaftliche Abhandlungen:

- Albrecht, Karl* Die Europäische Zahlungsunion und die Wiedergewinnung der Weltwirtschaft, Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, (Dtsch. Institut f. Wirtschaftsforschung), Berlin 1952, S. 218 ff.
- Anderson, Oskar* Die Messung des realen Austauschverhältnisses im Außenhandel, Weltwirtschaftl. Archiv, Bd. 55/2, 1942, S. 215 ff.
- Bastable, C. F.* On some applications of the theory of international trade, Quart. Journ. of Econ. IV, 1899.
- Benham, Frederic* The terms of trade, Economica, vol. VII, N. S., Nov. 1940, S. 360 ff.
- Bismarck-Osten, Ferd. v. und Zotschew, Theod. D.* Der deutsche Außenhandel im Rahmen der Welthandelsentwicklung, (Vergl. des Exports der wichtigsten Industrieländer), Weltwirtschaftl. Archiv, Bd. 69, 1952/2, S. 233 ff.

- Bloomfield, A.* Foreign-Trade Doctrines of the Physiocrats, *The American Econ. Rev.*, vol. XXVIII. No. 4, 1938, S. 719 ff.
- Clark, Colin* Die Zukunft der Austauschverhältnisse, *Zeitschrift f. National-ökonomie*, Bd. XIII, Heft 3, 1952, S. 390 ff.
- Edgeworth, Fr. Y.* Papers relating to political Economy, vol. II, *The pure Theory of International Values*, London 1925, S. 32 ff.
- Elliott, G. A.* The Theory of International Values, *Journ. of Polit. Econ.*, vol. LVIII, No. 1, Febr. 1950, S. 16 ff.
- Ellis, Howard S. und Metzler, Lloyd A.* Indroduction, Readings in the Theory of International Trade, Philadelphia-Toronto 1949, S. 6 ff.
- Enke, Stephen* The Monopsony Case for Tariffs, *The Quart. Journ. of Econ.*, vol. LVIII, Febr. 1944, S. 229 ff.
- Gatz, Werner* Gründe und wirtschaftspolitische Konsequenzen der deutschen Überschußsituation, *Die Weltwirtschaft, Halbjahresschriften des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel* 1954, S. 171 ff.
- Graham, Frank D.* The Theory of International Values Re-examined, *The Quart. Journ. of Econ.*, vol. XXVIII, 1923, S. 54 ff.
The Theory of International Values, *The Quart. Journ. of Econ.*, vol. XLVI, 1932, S. 581 ff.
- Grünig, Ferdinand* Der volkswirtschaftliche Wachstumsprozeß in empirischer Sicht, *Vierteljahresshette zur Wirtschaftsforschung*, (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung), Heft 1, 1955, S. 36 ff.
- Haberler, Gottfried* Some Problems in the Pure Theory of International Trade, *The American Econ. Journ.*, vol. LX, No. 238, Juni 1950, S. 295 ff.
Some Factors Affecting the Future of International Trade and International Economic Policy, *Readings in the Theory of International Trade*, Philadelphia-Toronto 1949, S. 940 ff.
Die Gleichgewichtstheorie des internationalen Handels, *Schriften des Vereins für Sozialpolitik*, N. F., Bd. 10, Berlin 1954, S. 43 ff.
- Harberger, A. C.* Currency Depression, Income and the Balance of Trade, *Journ. of Polit. Econ.*, vol. LVIII, No. 1, 1950, S. 47 ff.
- Kahn, R. F.* Tariffs and the terms of trade, *Rev. of Econ. Studies*, vol. XV, 1949, S. 14 ff.

- Kaldor, N.* A Note on Tariffs and the terms of trade, *Economica*, N. S., vol. VII, Nov. 1940, S. 377 ff.
- Keynes, John M.* The German Transfer Problem, *Econ. Journ.*, vol. XXXIX, 1929, S. 1 ff.
The Reparations Problem, a Rejoinder, *Econ. Journ.*, vol. XXXIX, 1929, S. 179 ff.
Views on the Transfer Problem: III a Reply, *Econ. Journ.*, vol. XXXIX, 1929, S. 404 ff.
- Kindleberger, Ch. P.* L'asymetrie de la balance des paiements et le probleme du Dollar, *Rév. économique*, Heft 2, 1954, S. 166 ff.
- Küng, Emil* Währungsordnung und Außenhandel, *Schriften des Vereins für Sozialpolitik*, N. F., Bd. 10, 1954, S. 66 ff.
- Leontief, Wassily W.* The Use of Indifference Curves in the Analysis of Foreign Trade, *The Quart. Journ. of Econ.*, vol. XLVII, Mai 1933, S. 459 ff.
- Machlup, Fritz* The Theory of Foreign Exchanges, *Economica*, vol. VI. N. S., Nov. 1939, S. 375 ff.
- März, Eduard* Einige prinzipielle Bemerkungen zum Problem der internationalen Austauschrelationen, *Zeitschrift für Nationalökonomie*, Bd. XIV, Heft 4, 1953, S. 113 ff.
- Meier, G. M.* Long Period Determinants of Britain's terms of trade, 1880 bis 1913, *Rev. of Econ. Studies*, vol. XX, 1952/53, S. 115 ff.
- Metzler, Lloyd A.* The Theory of International Trade, A Survey of Contemporary Economics, Philadelphia 1948, S. 210 ff.
Graham's Theory of International Values, *The American Econ. Rev.*, vol. XL, No. 3, 1950, S. 303 ff.
- Meyer, Fr. W.* Volkswirtschaftliche Probleme des deutschen Außenhandels, *Schriften des Vereins für Sozialpolitik*, N. F., Bd. 1, Berlin-München 1949, S. 31 ff.
- Nevin, E. T. und Lohmann, H.* The German Surplus in Perspective, *The Banker*, vol. 102 No. 338, London 1954, S. 151 ff.
- Nurkse, Ragnar* Conditions of International Monetary Equilibrium, Readings in the Theory of International Trade, Philadelphia-Toronto 1949, S. 13 ff.

- Ohlin, Bertil* The Reparations Problem, Index, April 1928, S. 2 ff.
The Reparations Problem: a Discussion, Econ. Journ., vol. XXXIX, 1929, S. 172 ff.
Mr. Keynes' Views on the Transfer Problem: II a Rejoinder, Econ. Journ., vol. XXXIX, 1929, S. 400 ff.
- Pigou, A. C.* The Real Ratio of International Interchange, Essays in applied Economics, London 1923, S. 149 ff.
- Predöhl, A.* Deutschlands Stellung in der Weltwirtschaft, Schriften des Vereins für Sozialpolitik, N. F., Bd. 10, 1954, S. 22 ff.
- Price, W. H.* The origin of the phrase "balance of trade", The Quart. Journ. of Economics, vol. XX, 1905, S. 157 ff.
- Quetelet, Ad.* Sur l'homme et le développement de ses facultés on essai de physique sociale (1835) deutsch Bd. 19 und 20 der Sammlung sozialwissenschaftlicher Meister, Jena 1914 bzw. 1921.
- Reinhardt, Herm.* Gegenwartsprobleme des deutschen Außenhandels, Schriften des Vereins für Sozialpolitik, N. F., Bd. 10, 1954, S. 140 ff.
- Richter, Hans* Zur Berechnung von Preisindizes der Ein- und Ausfuhr des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, Wirtschaft u. Statistik, 1. Jahrgang, N. F., Heft 6/1949, S. 161 ff.
- Robertson, D. H.* Die Austauschverhältnisse im Außenhandel, deutsche Übersetzung in der Zeitschrift für Nationalökonomie, Bd. XIII, Heft 3, 1952, S. 377 ff. (Original Titel: "The terms of trade" Utility and all that and other Essays, London 1952, S. 174 ff.)
- Rothschild, K.* Zur Frage der Auswirkungen einer Abwertung auf die internationalen Austauschbedingungen, Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 72, 1954, S. 225 ff.
- Samuelson, Paul S.* Welfare Economics and International Trade, The American Econ. Rev. vol. XXVIII, No. 2, 1938, S. 267 ff.
- Savosnick, Kurt M.* National Income, Exchange Rates and the Balance of Trade, Journ. of Polit. Econ., vol. LVIII, No. 1, 1950, S. 168 ff.
- Scitovsky, Tibor* A Reconsideration of the Theory of Tariffs, The Rev. of Economic Studies, vol. IX, 1942, S. 89 ff.
- Stacke, Hans* Bemerkungen zu den Austauschrelationen im Außenhandel, Zeitschrift für Nationalökonomie, Bd. XIII, Heft 3, 1952, S. 415 ff.

- Stevens, Robert W. New Ideas in the Theory of International Trade, The American Econ. Rev., Juni 1951, vol. XLI, No. 3, S. 383 ff.
- Taussig, F. W. International Trade under Depreciated Paper, The Quart. Journ. of Economics, vol. XXXI, 1917, S. 380 ff.
- Wicksell, Knut International Freights and Prices, The Quart Journ. of Economics, vol. XXXII, 1918, S. 404 ff.
- Williams, John W. The Theory of International Trade Reconsidered, Readings in the Theory of International Trade, Philadelphia-Toronto 1949, S. 253 ff.

3. Sonstige Aufsätze in Sammelwerken, Zeitschriften und Zeitungen:

a) Aufsätze in Sammelwerken:

- Albert, H. Die Entwicklung des deutschen Außenhandelsgeschäftes, Akademie für Welthandel, Wiesbaden o. J., S. 236 ff.
- Schulze, R. Der deutsche Außenhandel mit den Marshallplan-Ländern, Akademie für Welthandel, Wiesbaden o. J., S. 543 ff.
- Ungenannt Terms of trade, Außenhandelsjahrbuch, 1953/54, Hamburg-Frankfurt/M.

b) Aufsätze in Zeitschriften:

Div. Artikel und Aufsätze aus:
 Der Volkswirt (1947 - 1956),
 Die Weltwirtschaft (1955 - 1956),
 Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen (1949 - 1956).

c) Artikel aus Wirtschafts- und Tageszeitungen:

Div. Artikel aus:
 Wirtschaftszeitung, (später: Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung), ab 1946;
 Handelsblatt, ab 1946;
 Economic Review;
 Neue Züricher Zeitung;
 The Economist;
 The Financial Times.

4. Statistische Unterlagen:

Div. Aufsätze über die laufende Entwicklung des westdeutschen Außenhandels in Wirtschaft und Statistik, N. F. von 1949 - 1956.

Foreign Trade, OEEC-Statistical, Bulletins, Ser. I, Febr. 1952.

Monatsberichte der Bank deutscher Länder ab 1949.

Mitteilungen der Bank deutscher Länder ab 1949.

Der Volkswirt ab 1947.

Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen ab 1949.

5. Gesetze und Verordnungen:

Proklamation Nr. 2 des Alliierten Kontrollrates vom 20. 9. 1945 veröffentlicht im Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland Nr. 1 vom 29. 10. 1945.

Verordnung über das Verbot von Preiserhöhungen vom 26. 11. 1936 RGBl., Teil I, Nr. 110, 1936.

JEIA-Anweisung Nr. 1, Ausgabe vom 4. 4. 1947.

JEIA-Operational Memorandum Nr. 25 vom 1. 5. 1948.

JEIA-Operational Memorandum Nr. 25, Änderung Nr. 1 vom 21. 6. 1948.

JEIA-Anweisung Nr. 1, 1. Neufassung vom 1. 12. 1948.

Ausfuhr-Rundschreiben 2/49, Verwaltung für Wirtschaft, Hauptabteilung: Außenwirtschaft vom 19. 3. 1949.

Allgemeine Genehmigungen der Bank deutscher Länder zu den Devisenbewirtschaftungsgesetzen (veröffentlicht im Bundesanzeiger).

Zolltarifgesetz vom 16. 8. 1951, BGBl., Teil I, Nr. 42, 1951.

LEBENS LAUF

Am 11. Januar 1922 wurde ich als Sohn des Bankprokuristen Jakob *Kleinhanß* und dessen Ehefrau Gusti, geb. Manefeld, in Mainz/Rhein geboren.

Nach vierjährigem Besuch der Grundschule trat ich Ostern 1932 in die damalige Mainzer Oberrealschule ein und legte an dieser Anstalt im Frühjahr 1940 die Reifeprüfung ab.

Anschließend kam ich zum RAD und nahm im Herbst des gleichen Jahres das Jura-Studium an der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt/Main auf.

Da ich bereits im folgenden Sommer einberufen wurde, mußte ich das Studium unterbrechen.

Nach Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft im Jahre 1945 arbeitete ich im Großhandel und nahm das Studium erst im Jahre 1953 an der Universität Mainz wieder auf. Im Herbst 1955 bestand ich die Diplom-Volkswirte-Prüfung.

Seit dem Frühjahr 1957 bin ich bei der Deutschen Bank AG. beschäftigt.

Die mündliche Doktorprüfung legte ich am 28. Juli 1959 ab.

